

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV. Nr. 1983.

Freitag, den 15. Juni 1906.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV. Nr. 1984.

Abonnements-Bedingungen:
Monatlich 30 Pf. (Postgebühren 1.10 Mk.,
vierteljährlich 90 Pf., frei ins Ausland
zusätzliche 5 Pf.). Sonntags-
nummer mit illustrierter Sonntags-
beilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Post-
abonnements: 1.10 Mark pro Monat.
Eingetragen in die Post-Zeitungs-
Verzeichnisse. Unter Kreuzband für
Deutschland und Oesterreich-Ungarn
2 Mark, für das übrige Ausland
3 Mark pro Monat. Postabonnements
nehmen an: Belgien, Dänemark,
Holland, Italien, Luxemburg, Portugal,
Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Erkaltet täglich außer Montags.

Die Inserions-Gebühr
Beträgt für die sechsstelligen Anzeigen
zelle über deren Raum 50 Pf., für
politische und gesellschaftliche Vereins-
und Verbandsanzeigen 30 Pf.,
„Kleine Anzeigen“, das erste (jetzt-
gedruckte) Wort 20 Pf., jedes weitere
Wort 10 Pf., Stellenangebote und Schul-
stellen-Anzeigen das erste Wort 10 Pf.,
jedes weitere Wort 5 Pf., Worte über
15 Buchstaben zählen für zwei Worte.
Inserate für die nächste Nummer müssen
bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition
abgegeben werden. Die Expedition ist
bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegramm-Adresse:
„Sozialdemokrat Berlin“.

Die reichsländischen Klerikalen und das Zentrum.

Strasbourg, 12. Juni.

Die elsass-lothringische Zentrumsparlei veröffentlichte zu Anfang des Monats in allen klerikalen Tageszeitungen des Reichslandes einen Aufruf an die Bevölkerung, sie möge sich „unter der Fahne des Zentrums“ zusammenscharen. Dieses offene Hervortreten der erst fünf Vereine umfassenden Partei ist bedeutsam. Vor zwölf Jahren sprach man in Elsass-Lothringen zum erstenmal vom Zentrum. Ganz schüchtern wurde auf eine engere Verbindung der jungdeutschen Klerikalen mit der großen altdeutschen Bruderpartei hingewiesen. Dieser erste Ruf verhallte jedoch wirkungslos, und wo er ein Echo zu erwecken vermochte, antwortete ihm ein Schrei der Entrüstung. Was liegt aber zwischen 1894 und 1906? Und wie konnte diese kurze Periode eine solche Aenderung hervorbringen?

Nach dem Kriegsjahre beherrschte der Protest das politische Denken und Fühlen in Elsass-Lothringen. Das politische Fühlen, weil die Bevölkerung sich mit der brutalen Annexion, mit der rohen Losreißung von Frankreich, mit dem sie eine jahrhundertlange Geschichte und die Tradition eng verbunden, nicht abfinden konnte. Das politische Denken, weil die Verschiebung der Zollgrenze vom Rhein an die Vogesen nicht zuletzt in Anbetracht der entschiedenen Schutzollpolitik Frankreichs Handel und Gewerbe in Elsass-Lothringen von ihrem bisherigen Absatzgebiet mit einem Schlage abschchnitt und damit eine Störung im Wirtschaftsleben des Landes zur Folge hatte, die seine Interessen aufs empfindlichste schädigte. Die starke Auswanderung nach Frankreich findet ihre Ursachen nicht nur in den nationalen Bestimmungen der Elsass-Lothringer, sondern zum guten Teil auch in diesen besonders für die elsässische Industrie sehr schwierigen Verhältnissen. Zahlreiche Betriebe gründeten Zweigniederlassungen auf französischem Boden, und viele sagten der Heimat völlig Lebewohl. In dieser ersten Periode gab es nur zwei politische Parteien: einerseits Protestler, andererseits Gouvernementeale. So konnten sich in jeder der beiden „Parteien“ Leute zusammenfinden, deren tieferes politisches Denken einander völlig fremd war. Und was sich später trennen mußte, was heute sich wild bekämpft, lebte damals unter dem Bande des Protestes einträglich zusammen. Die Textilarbeiter des Oberelsaß standen auf einem Plane mit ihren Ausbeutern — die über die Sozialdemokratie höhnte, ein solches „Berlinerisches Produkt“ werde es im Elsass nie geben — und in Colmar z. B. waren die heute schroff geschiedenen Gegner Mumenthal, Freiß und Wetterle ein Herz und eine Seele.

Der Protest hatte aber keine allzulange Lebensdauer. Er war entstanden aus Motiven des nationalen Gefühls und des wirtschaftlichen Interesses. Ganz so starb er nicht. Vielmehr ist es sehr interessant und lehrreich festzustellen, daß es zwar wieder wirtschaftliche Momente sind, die ihm den Garaus machten, daß sie sich aber durchsetzen entgegen den nationalen Gefühlen, trotz ihrer, und daß sie sich stärker erwiesen als alle Tradition und Erziehung. Ja, man kann noch viel weiter gehen und sagen: die Wandlung im Wirtschaftsleben hat auch eine Wandlung in dem politischen Gefühlsleben herbeigerufen. Nicht als ob die Elsass-Lothringer nun begeisterte deutsche Patrioten würden. Dazu dürfte es wohl nicht kommen. Aber das frühere protestlerische Empfinden ist einer Revision unterzogen und den ökonomischen Interessen anbequemt worden.

Wenn die Verschiebung der Zollgrenze nach dem Vogesen kam die Loslösung des Elsass und Lothringens von seinem Kundenmarkt zur nächsten Folge hatte, so bewirkte sie andererseits allmählich einen engeren Anschluß an Mitdeutschland. Die bereits vorhandenen geschäftlichen Verbindungen wurden ausgebaut, neue wurden geschaffen und die so geknüpften Bande wurden immer enger und enger gezogen. Die wichtigsten Produkte des Reichslandes, wie namentlich Baumwolle, gehen jetzt fast ausschließlich über den Rhein. Handel und Industrie, deren Ruin noch 1877 und 1879 von Bezanceau und Charles Grad festgestellt wurde, blühten auf, und schon 1895 konnte die Veranschlagung konstatieren, daß nur noch 38 Proz. der Bevölkerung in dem bislang durchweg kleindauerlichen Gebiete Landwirtschaft betrieben. Die nationalen Gegensätze, die im Wirtschaftsleben verschwunden waren, verschwanden nun auch aus der Politik, es entstanden die neuen Parteien: der Protest war tot.

Wie rasch diese Entwicklung, zuerst selbstverständlich in den Großstädten, vor sich ging, beweisen folgende Zahlen: bei der Reichstagswahl im Jahre 1893 wurde Deibel in Strasbourg gegen einen Gouvernementealen mit der Unterstützung der Klerikalen gewählt, 1894 forderte ein klerikales Blatt zum Anschluß an das Zentrum auf, bei der Reichstagswahl im Jahre 1898 wurde gegen die Sozialdemokratie des Kartell aller Ordnungsparteien gebildet! Seit 1890 wurde in Mühlhausen der sozialdemokratische Kandidat als Protestler gewählt, 1900 siegte das auch hier gegründete Kartell der Ordnungsparteien!

Diese Entwicklung ist im Grunde genommen der Boden, auf dem sich auch der Anschluß der einmal existierenden klerikalen Partei an das altdeutsche Zentrum vorbereiten und vollziehen konnte und mußte. In der ersten protestlerischen Zeit war diese Angliederung begreiflicherweise unmöglich, wie das Straßburger Zentrumsorgan, der „Elsässer“ in seiner Würdigung des Aufrufs der Zentrumsparlei zutreffend ausführt:

Uebergangszeiten stehen eben unter dem Zeichen des Gemüts. Unter den damaligen Konjunkturen war es nicht leicht, gewissen maßgebenden Kreisen beizubringen, daß eine gesunde Realpolitik, die sich nicht in leeren, wirkungslosen Demonstrationen ergehen will, sondern praktische Erfolge und wirksame Vertretung unserer Rechte erstrebt, auf dem Boden des Zentrums am besten erreicht wird.

Aber bald darauf, sowie der Protest als solcher aufgegeben war, konnte nur noch die Angst vor der Wählermasse den aufrichtigen Uebergang in das Zentrumslager verzögern. Bis dahin war die Abneigung gegen das Zentrum eine Folge der politischen, auf rein nationale Empfindungen gestimmten Auffassungen. Jetzt wurde die Verbeibehaltung der bisherigen Parteigestalt zu einer Frage der politischen Taktik. Und wenn der Aufruf der elsass-lothringischen Zentrumsparlei auch in der Zeitangabe übertreibt, so hat er doch grundsätzlich recht, wenn er erklärt:

Für Wahrheit, Freiheit und Recht! Auch in Elsass-Lothringen haben seit Eröffnung des ersten deutschen Reichstages bewährte Parlamentarier im Sinne dieses Wahlbundes gewirkt, wenn sie auch nicht dem Namen nach zur Zentrumsparlei gehörten. In allen wichtigen Fragen sozialer und kirchenpolitischer Natur fand man sie vereint mit den Abgeordneten des Zentrums.

Seither handelten die Debatten innerhalb des reichsländischen Klerikalismus auch nur noch um die Opportunität des Anschlusses an das Zentrum, und die Zahl der zu der neuen Taktik Bekehrten wuchs täglich an. Als der erste Zentrumsverein 1902 in Strasbourg ins Leben gerufen wurde, setzte es zuerst manchen harten Strauß innerhalb des Vereins ab, und später wollte der „Colmarer Kurier“ die Gründung von Zentrumsvereinen nur da für angebracht halten, „wo für die katholische Sache ohnehin nichts mehr zu verlieren sei“. Dem Straßburger Verein folgten aber im Laufe der nächsten Jahre weitere Gründungen in Colmar, Mühlhausen, Neß und Schlettstadt, die jedoch sämtlich die Existenz der klerikalen „elsass-lothringischen Landesparlei“ nicht tangierten. Auch von Altdeutschland her klang der lodende Sirenenfang. Im verflossenen Jahre wurde um des guten Zweckes willen der Katholikentag in Strasbourg abgehalten, dessen Klang und Pracht nach der Ansicht der Veranstalter so verführerisch auf das reichsländische Publikum wirkten, daß sein Vorsitzender, der Erbprinz zu Löwenstein-Wertheim, bei der Schließung die Hoffnung aussprach, die Katholiken im Elsass möchten einen Entschluß fassen, der dem Herrgott im Himmel und allen deutschen Katholiken die lebhafteste Freude bereiten werde. Und nunmehr sind wir ja zu der offenen Entfaltung des schwarzen Zentrumsbanners gelangt, wenn auch freilich immer noch die Namen einiger bekannter klerikaler Führer unter dem Aufruf fehlen. Aber die völlige Auffassung der „elsass-lothringischen Landesparlei“ durch die „elsass-lothringische Zentrumsparlei“ ist unermesslich. Die Entwicklung des reichsländischen Klerikalismus zum altdeutschen Zentrum kann als abgeschlossen erachtet werden.

Der Anschluß an das Zentrum ist eine Tat politischer Klärung. Er vereinfacht die Situation und gibt der wirklichen Lage einen ehrlicheren Ausdruck. Seine Ursachen aber stempeln ihn zu einem charakteristischen Teil des allgemeinen politischen Werdeganges des Reichslandes.

Politische Ueberblick.

Berlin, den 14. Juni.

Freisinnige Muster.

Unsere neuzeitliche Jurisdiktion des böden Anwurfes der „Voss. Ztg.“ gegen unser Leipziger Bruderorgan über dessen Artikel anlässlich des Attentats in Madrid hat einer gewissen Sorte von Verhändlern wieder Gelegenheit gegeben, im Polizeistil den „Vorwärts“ und die Partei der Uebereinstimmung mit dem Anarchismus und seiner Kampftaktik anzuklagen. Da solche Anklagen wie chronische Krankheiten nach jedem beliebigen Attentat regelmäßig wiederkehren, wir mögen dazu sagen was wir wollen, so würde es sich nicht lohnen, mehr als einmal zur Abwehr solchen Blödsinns darauf zurückzukommen, wenn nicht eine fromme Schwester der alten Tante Voss in Dresden diese noch nachträglich in einer Art und unter Verhältnissen mit einem Anwurf zu übertrumpfen suchte, der als freisinniges Musterbeispiel der Lüge und Verleumdung niedriger gehalten werden muß.

Auf unsere kurze Erklärung, daß nicht bloß mit Recht die „Leipz. Volksztg.“, sondern wir und die ganze Partei es ablehnten, anlässlich des Madrider Attentats in die Quemelei der bürgerlichen Presse einzustimmen, die an dem kapitalistischen Mord von Millionen Proletarier achlos vorübergehe, antwortet nämlich die „Dresdener Zeitung“, das schließliche Hauptblatt der Freisinnigen Volkspartei, wörtlich folgendes:

„Diese Erklärung ist ganz außerordentlich wertvoll, wenn auch nicht neu. Kenner der Sozialdemokratie wußten längst, daß diese

Banden nur auf eine Gelegenheit lauern, mit Mord und Gewalt ihren Zukunftsstaat einzurichten, und daß nur die Ohnmacht sie davor bewahrt, ihren Neigungen freien Lauf zu lassen. Man war im Bewußtsein dieser Ohnmacht meist auch so vorsichtig, diese Neigungen nach außen nicht zu veratzen, ja — namentlich in gerichtlichen Verhandlungen — wurden sie direkt abgelehnt. Seit den letzten Reichstagswahlen aber ist dieser Revolutionsparlei der Kampf so gewaltig geschwollen, daß sie vielfach glaubt, sich keine Fingel mehr anlegen zu brauchen und frei von der Leber wegreden zu können. Das ist hier nun wieder einmal geschehen, und wir haben hier einen wertvollen, unanfechtbaren Beweis, daß die deutsche Sozialdemokratie eine Partei ist, die Mord und Aufruhr als berechtigte Mittel zur Erreichung ihrer politischen Zwecke offiziell anerkennt. Daß diese Kundgebung weitere Folgen haben muß, liegt auf der Hand.“

Das ist so ziemlich das verleumderischste und schäbigste, was die bürgerliche Presse jemals gegen die Sozialdemokratie gebracht hat. Diese Verleumdungen und Gemeinheiten haben aber in diesem Falle wenigstens einen pilanten Beigeschmack. Unser Dresdener Bruderorgan nämlich, die „Vollwacht“, gibt folgenden Kommentar zu dem Anruf der „Voss. Ztg.“:

„Wenn der Chefredakteur der „Dresdener Zeitung“ ein ehemaliger Staatsanwalt wäre, könnte man diese Auslassung begreifen. Aber daß ein Neigung zu Mordtaten gerade von einem Manne nachgeredet wird, der selber einen Menschen über den Haufen geschossen hat, das ist doch ein bißchen stark. Dieser Duellmörder Oehle weiß recht gut, daß wir uns stetig mit Staatsanwalt und Gericht herumschlagen müssen, weil diese zum Schutze der bestehenden Gesellschaftsordnung eingesetzten Behörden nun absolut nicht unsere Verbrechen verstehen können und wollen. Wenn er als ehemaliger Vorsitzender des deutschen Journalistenbundes trotzdem diese erbärmliche Denunziation vom Stapel läßt, so zeigt das nur, wie verwerflich der Mensch ist, der berufen ist, das offizielle Blatt der freisinnigen Volkspartei und außerdem den Dresdener Fortschrittverein zu leiten.“

Ebensowenig wie die „Voss. Ztg.“ bis heute auf unsere neuliche Ohrfeige irgend eine Erwiderung gefunden hat, hat die „Dresd. Ztg.“ bis jetzt auf diese Keulenschläge der „Vollwacht“ etwas zu erwidern versucht. Weides hat eben gefessen, und es bleibt dem edlen Geschwisterpaar nur der Ruhm, heute von der — „konservativen Korrespondenz“ und ähnlichem Gelächter den wohlverdienten Bruder-schmag zu erhalten!

Habesant sibi! —

Verfassungsreform in Württemberg.

Stuttgart, 13. Juni. (Fig. Ver.)

Der letzte Akt hat begonnen, die Szene ist dramatisch bewegt. Es ist bekannt, wie kräftig die Kammer der Stände Herren mit dem Entwurf der Verfassungsreform umgegangen ist, den die Zweite Kammer geschaffen hatte. Sie hatte die 17 Proporz-Abgeordneten gestrichen, durch die die aus der Zweiten Kammer auscheidenden Privilegierten ersetzt werden sollten, sie verlangte für den König das Recht der Ernennung weiterer erblicher Mitglieder der Ständeherenkammer, verweigerte die Verpflichtung der Ständeheren, einen Wohnsitz in Württemberg zu haben, und verlangte ein weitergehendes Budgetrecht, als es die Erste Kammer bis heute besitzt. Die Debatte war in der Ersten Kammer während der ganzen Verhandlung über den Reformentwurf in einem so anmaßenden und herrischen Tone geführt worden, daß am Schluß dieser Verhandlungen die Aktien der Reform auf Null gesunken schienen.

Gleich nach Beendigung der öffentlichen Verhandlungen setzte nun eine von der Regierung geführte Vermittlungstätigkeit zwischen den beiden Kammern ein, die es vielleicht doch noch fertig bekommt, die Reform diesmal in den sicheren Hafen zu bugisieren. Der Vermittlungsversuch strebt an, die Erste Kammer zu bewegen, die 17 Proporzabgeordneten zuzugestehen und auf das königliche Ernennungsrecht weiterer erblicher Mitglieder der Ständeherenkammer zu verzichten, während dafür die Zweite Kammer in der Frage des württembergischen Wohnsitzes der Ständeheren nachgeben und in der Frage des Budgetrechts die Forderungen der Ersten Kammer zwar nicht ganz erfüllen, aber ihnen doch sehr weit entgegenkommen soll.

Das ist in der Hauptsache der Inhalt der gegenwärtig noch schwebenden Verhandlungen. Am Dienstag früh begann die Zweite Kammer mit ihrer Erledigung.

Es wurde am gestrigen Tage nicht mehr viel debattiert, dagegen fanden neun wichtige namentliche Abstimmungen statt. Mit 75 gegen 5 Stimmen beehrte die Kammer auf den 17 Proporzabgeordneten und beschloß mit 63 gegen 17 Zentrumsstimmen, den sogenannten Landesproporz, bei dem das ganze Land einen einzigen Wahlkreis bildet.

Dann ging man über zu der Zusammenfassung der Ersten Kammer. Mit 60 gegen 7 Stimmen der Vertreter des ritterschaftlichen Adels wurde das Kronrecht auf Ernennung weiterer erblicher Mitglieder der Ersten Kammer abgelehnt. 16 Zentrumsabgeordnete enthielten sich der Stimme. Die Zweifelslehre des Zentrums zeigte sich dabei in ihrer ganzen Widerwärtigkeit. Das Zentrum hatte sich, obgleich es nur einen kleinen Teil des Volkes hinter sich hat, schon eingeredet, von wirklich ausschlaggebender Bedeutung in der württembergischen Landespolitik zu sein. Döhrich hatte Gröber vor zwei Jahren, als die Protestbewegung gegen die Ständeheren einsetzte, den anderen Parteien zugerufen: „So machen Sie doch eine Verfassungsreform ohne uns — wenn Sie können!“ Und nun steht die von Gröber geführte Zentrumsfraktion des württembergischen Landtages vor der Möglichkeit einer elastanten

Niederlage in dieser politisch wichtigsten Frage des Landes. Seine jetzige Taktik entspricht auch völlig der Sachlagen-Situation, in die es sich veranlagt hat. Es weiß nicht recht, auf welche Seite es sich werfen soll. Mit den Standesherrn, deren gegenwärtige Majorität ihm stets treue Schildknappendienste leistete, darf es sich nicht überwerfen, ihre Forderungen muß es daher befürworten; die anderen Parteien aber muß es bekämpfen, koste es was es wolle, und wäre es selbst das Opfer des politischen Interesses. So tritt es den anderen Parteien in den Weg, weil sie den Standesherrn in der Ernennung der erblichen Mitglieder nicht entgegenkommen wollen und es belämpft sie bei der Frage des Budgetrechts darum, weil sie den Standesherrn zu weit entgegenkommen und daher „Vollrechte preisgeben“. Das Zentrum in die demokratische Toga gefüllt, daselbe Zentrum, welches seit Jahren sein schärfstes Ziel darin erblickt, dem württembergischen Volke die reine Volkssammer vorzuenthalten und die politische Macht in den Händen von einem Duzend Vertretern des feudalen Hochadels zu belassen — das ist ein politischer Zirkusstück ersten Ranges, der auch in der württembergischen Kammer die gebührende Heiterkeit hervorrief.

Die Frage des Wohnsitzes der Standesherrn wurde dahin erledigt, daß von dem Verlangen eines Wohnsitzes in Württemberg mit 73 gegen 10 Stimmen (7 Sozialdemokraten und 8 Bauernbündler) Abstand genommen und die Verpflichtung eines Wohnsitzes in Deutschland mit 63 Stimmen, bei 21 Stimmenthaltungen (18 Zentrum und 3 Bauernbündler) angenommen wurde.

Der heutige folgenschwerste Tage war der Budgetrechtsfrage gewidmet. Es kam zu sehr ausgedehnten und lebhaften Redekämpfen. Der Vermittlungsvorschlag, der hierzu vorliegt, besagt: „Diejenigen Steuern, deren Säße im Wege der ordentlichen Gesetzgebung fest bestimmt sind, werden außer im Falle der Ablehnung des Etats im ganzen, in diesen Säßen so lange und insoweit forterhoben, als nicht beide Kammern in der Ablehnung der Steuer oder in der Ermäßigung des Steuerfußes einverstanden sind. Die Erhebung einer solchen Steuer für eine Finanzperiode kann jedoch vom 1. April 1911 ab ohne Zustimmung der Ersten Kammer unterbleiben, wenn auch ohne diese Steuer und ohne Heranziehung anderer Steuern zu einem höheren Steuerfuß, als in dem letztvorangegangenen Etatsjahr, für den Staatsbedarf bei Zugrundelegung der von der Regierung im Entwurf des Hauptfinanzetats vorgeschlagenen Erträge des Kammerguts und der einzelnen Steuern volle Deckung vorhanden ist. Eines übereinstimmenden Beschlusses beider Kammern bedarf es, wenn eine Steuer, für welche in einem Steuerfuß ein fester Steuerfuß bestimmt ist, in einem höheren Betrage erhoben werden soll.“

Es geht hieraus hervor, daß die Erste Kammer in bezug auf die Gestaltung der etatsmäßigen Einnahmen des Staates im wesentlichen der Zweiten Kammer gleichberechtigt sein soll und daß letztere in der Hauptsache nur über die Gestaltung des Ausgabenetats selbständig verfügt. Kamens der bürgerlichen Mehrheitspartei begründeten für die Volkspartei Abg. Friedrich Hausmann und für die Nationalliberalen Abg. Prof. Hieber den Vergleichsvorschlag in eingehenden Ausführungen. Für die Sozialdemokratie sprach gegen das Zugeständnis an die Erste Kammer der Abg. Keil, der scharfe Kritik an dem steuerpolitischen Egoismus der Standesherrn übte, die sich nicht gekent hätten, anzusprechen, daß sie als große Steuerzahler persönlich an der Mitwirkung an der Steuererhebung interessiert seien.

In der Rolle des Vohgerbers, dem die Felle wegschwimmen, fanden sich die Sprecher des Zentrums, die Abgg. Gröber und Kembold-Günnd. Vergewisselt war die Debatte namentlich des letzteren Redners, der vom Hundertsten ins Tausendste kommend, sogar die schlechte Bezahlung von Konsumvereinsangehörigen und des alten Liebknecht (!) als Argument gegen die zulässige Gestaltung des Budgetrechts ins Feld führte. Das Ganze machte den Eindruck des Versuchs einer verunglückten Obstruktionsakt.

Während dieser Rede ereignete sich ein Zwischenfall ähnlich dem, der jüngst im Reichstage passierte. Der Hauptberichterstattter Friedrich Hausmann, der sich in den letzten Wochen wohl sehr überarbeitet hatte, erlitt einen tiefen Ohnmachtsanfall und mußte bewußlos nach dem Saal getragen werden. Die Sitzung wurde für 20 Minuten unterbrochen und Hausmann im Sanitätswagen nach Hause gefahren.

Bei der Abstimmung wurde der Vergleichsvorschlag in der Frage des Budgetrechts mit 59 gegen 28 Stimmen angenommen.

Dann folgte die Schlussabstimmung über das ganze Gesetz, das mit 64 gegen 23 Stimmen (20 Zentrumsgesandte und 3 „Ritter“) angenommen wurde.

Die schwere Arbeit ist fürs erste wieder beendet. Noch einmal geht der Zwischenfall vorüber. Wenn er wieder auftritt, wird die Szene in der Kammer der Standesherrn spielen und zeigen, ob sie wirklich gekommen ist, den ihr angebotenen Pakt abzuschließen. Darüber wird man vermutlich sehr bald Klarheit haben.

Ueber die Mentereien in Südwestafrika schweigt die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ weiter.

Schwurgericht und Presse in Bayern. Die „Korrespondenz Hoffmann“ demeritiert halbamtlich die Meldung, daß man sich im bayerischen Justizministerium mit dem Gedanken trage, dem Landtage eine Vorlage zu machen, durch welche Prehdelikte gegen den § 160 des Reichsstrafgesetzbuches künftig der Zuständigkeit der Schwurgerichte entzogen werden sollen und daß ein Gesetzentwurf schon in Vorbereitung sei. Die Nachricht sei vollständig aus der Luft gegriffen und eine derartige Absicht habe bei der Justizverwaltung zu keiner Zeit bestanden. Hoffentlich folgt diesem halbamtlichen recht bald das offizielle amtliche Dementi.

Wahlrechtsbewegung in Altenburg. Am Sonnabend und Sonntag hatten unsere Altenburger Genossen an die 40 große Demonstrationssammlungen für das allgemeine, gleiche Wahlrecht zum Landtage ab.

Eile und Weile des Reichsgerichts. Genosse Kressin von der „Leipziger Volkszeitung“ wurde am 1. März zu sechs Monaten Gefängnis verurteilt; seine gegen das Urteil eingelegte Revision ist vom Reichsgericht bereits am 12. d. M. verhandelt und — verworfen worden. Das ist die Eile des Reichsgerichts. Genosse Illenbaum in Ebersfeld, der wegen des Wahlrechtsflugblatts angeklagt war und am 19. Februar freigesprochen wurde, muß bis zum 2. Oktober d. J. warten, um zu erfahren, was das Reichsgericht mit der von dem Staatsanwalt gegen das Urteil eingelegten Revision zu tun gedenkt. Nach der Begründung des Urteils durch das Ebersfelder Landgericht ist kaum anzunehmen, daß die staatsanwaltliche Revision Erfolg hat — und da hält es das Reichsgericht zur Abwechslung mit der Weile. Diese „Weile“ ist insofern auch noch von materieller Bedeutung, als die etwa 100 000 Exemplare beschlagnahmter Flugblätter sich noch immer in dem sicheren Verwalter der Ebersfelder Staatsanwaltschaft befinden. Das Landgericht hatte in einem besonderen Beschlusse ausdrücklich die Freigabe der Flugblätter verfügt, aber das Oberlandesgericht in Köln hob auf Beschwerde des Staatsanwalts diesen Beschlusse auf. Auch da völlig haltlosen Standpunkt des

Oberlandesgerichtes in dieser Sache werden wir später zurückkommen.

Spech's Ehren doktor. Die Politik der Liebenwürdigkeiten für Uncle Sam hat dem Deutschen Reich schon wieder einen Erfolg gebracht. Der deutsche Vorkämpfer in New York, Spech v. Sternburg, ist zum Ehren doktor der Universität Urbana im Staate Illinois ernannt worden. Bei einer Feiern dieser Universität hat Spech eine schöne Rede gehalten über die Beziehungen einer guten Bildung zu einer guten Regierung und über die geistigen Bande zwischen Amerika und Deutschland. Ob die Ernennung nach dieser schönen Rede oder vor ihr erfolgt ist, geht aus der Meldung nicht hervor.

Der seit Jahren nicht mehr zur Sozialdemokratie gehörige Herr Buch, über dessen spurloses Verschwinden wir neulich berichteten, hat etwas von sich hören lassen, und zwar an die „Oberelb. Landesztg.“, die darüber also berichtet:

„Der frühere Sozialistenführer Buch kann nicht, wie in der Stadt erzählt wird, auf der Fahrt nach Amerika begriffen sein, denn er sendet uns „aus einer ruhigen Ecke“ mit dem Datum vom letzten Sonntag durch Voten ein Schreiben, das eine Verächtigung der Zeitungsmeldungen von seinem „Durchbrennen“ enthält. Herr Buch gibt an, durch seine seit Monaten hochgradige Nervosität genötigt worden zu sein, sich eine Zeitlang aller Geschäfte zu entschlagen. Durch Ruhe, Einlamkeit und frische Luft hofft er binnen wenigen Wochen „wieder auf dem Damm“ zu sein. Dann würden auch alle, welche von ihm etwas zu fordern haben, wenn dieselbe nicht auf einmal, so doch bis zum letzten Freitag befriedigt werden. Nur diese tröstliche Hoffnung Interessenten zu vermitteln, haben wir von dem Schreiben des Herrn Buch hier Notiz genommen.“

Das Fiasko der Kornhäuser. Als der Zusammenbruch des Daleschen Kornhauses in der Öffentlichkeit bekannt wurde, bemühte sich die agrarisch-konservative Presse kühn und dreist zu beweisen, daß von einem Fiasko der preussischen Kornhäuser, die mit den Groschen der Steuerzahler subventioniert werden, gar keine Rede sein könne; die Kornhäuser „florierten“ nach wie vor, nur die antinationalen und ausschließliche Presse könne solche „falschen Nachrichten“ in die Welt hinausschleppen. Wer das „Geben“ der Kornhäuser öffentlich in Abrede stellte, wurde mit Verächtigungen und Klagen bedroht. Jetzt läßt nun die königliche Eisenbahn-Betriebsinspektion zu Halle a. S. bekannt machen, daß die auf fiskalischem Grundstücke erbauten 8 Kornflös auf Abruch öffentlich verkauft werden. Ob nun die Agrarpresse von dem Bedenken der Kornhäuser noch weiter faßelt?

Die Verkürzung der Militärdienstzeit ist nötig. Die „Königsberger Volkszeitung“ teilt mit: Am Sonntag, den 27. v. M., feierte der Königsberger Artillerieregiment im Tiergarten bei Restaurateur Bentz ein Fest. Da zu derartigen Festen in der Regel eine Menge Bedienungspersonal gebraucht wird, so freute sich schon vorher eine Anzahl Kellner auf einen guten Tag. Allein ihre Freude wurde zu Wasser. Am Festtage trat eine erhebliche Anzahl Soldaten von der 1., 2. und 3. Kompanie des 43. Infanterieregiments an, welche die Bedienung der Gäste besorgten.

Es werden nicht nur Soldaten als Kellner benützt, sondern unsere Brüder im bunten Rock müssen auch vor den Türen der Stadt als Landarbeiter tätig sein. Der Herr Buchstein aus der Altrothgärtter Predigerstraße beschäftigt auf seinem Grundstück vor dem Rosgärtter Tor fünf Soldaten mit landwirtschaftlichen Arbeiten. Ueber Mangel an Personal hat der Mann anscheinend nicht zu klagen, denn er hielt es in der vorigen Woche noch für nötig, seinen Faktor zu entlassen. Diese Beobachtung, daß Leute entlassen und Soldaten beschäftigt werden, haben wir schon oft machen können.

Ausland.

Frankreich.

Die armen Reichen!

Paris, 14. Juni. (B. L. V.) In einem heute abgehaltenen Ministerrat wurde über die allgemeine Politik verhandelt. Die Regierung beschäftigt sich mit dem Plan einer internationalen Konferenz zur gegenseitigen Unterdrückung von Defraudationen in allen Ländern, in denen eine Einkommen- und Erbschaftsteuer in irgend einer Form besteht!

Italien.

Aus Kasid Königreich.

Rom, 14. Juni. (B. S.) Die Unruhen in Trapani sind beendet, die Stadt ist von einer starken Truppenabteilung besetzt, welche jede Zusammenrottung verhindert. Die Polizei verhaftete mehrere Anarchisten und Agitatoren, welche herbeigekürt waren, als die Nachrichten von den Unruhen bekannt wurden. Bürger der Stadt haben ein Komitee ernannt, welches beauftragt ist, Mittel und Wege ausfindig zu machen, um Protestkundgebungen gegen die Ablehnung der Wiederwahl des früheren Minister Rasi zu organisieren.

Der kampflustige Papst.

Rom, 14. Juni. (B. S.) Im Laufe einer Audienz, die der Papst französischen und fremden Pilgern gab, erklärte er, daß er das Trennungsgesetz ablehne und daß er keineswegs bereit sei, irgend ein Kompromiß anzunehmen. Er erklärte sich als Anhänger des Widerstandes und drohte die Mitglieder von Kultusgemeinschaften, welche sich entgegen seinem Willen bilden sollten, zu exkommunizieren.

Spanien.

Das Attentat und die spanischen Sozialisten.

Die Tat des Morales brachte der internationalen Scharfmacherschule wieder eine willkommene Gelegenheit, gegen die Sozialdemokratie zu hetzen und von den Regierungen den Erlaß von Ausnahmemaßnahmen zu fordern. Was nützt es den Sozialdemokraten, wenn sie sich noch so stark und deutlich gegen die sinnlose Tat aussprechen, was nützt es ihnen, daß ihre Literatur ungezählte Beweise dafür erbringt, daß sie die Propaganda der Tat auf das entschuldigendste bewirkt! Die Heber stellen sich so, als ob sie an einen Zusammenhang zwischen sozialistischer und anarchistischer Anschauung glaubten. In Wirklichkeit haben die spanischen Anarchisten keinen größeren und erfolgreicheren Gegner als die spanischen Sozialisten. Das bringt ein spanisches bürgerliches Blatt „El Pais“ in einem Artikel jetzt eben recht deutlich zum Ausdruck.

Im Gemeinderat von Madrid hatte man bekanntlich unseren Genossen Pablo Iglesias, als er sich zum Attentat äußern wollte, nicht zu Worte kommen lassen. Dies tabelt das genannte Blatt und es schreibt dann weiter:

„Die sozialistische Partei ist diejenige, die am meisten Einfluß besitzt, um mit Ruhe und Geschlossenheit und unter Verwendung des Tagesgesprächs vorzugehen; sie hat noch stets die Attentate verurteilt und sich dadurch den grimmigsten Haß der Anarchisten zugezogen. Noch nie haben die Sozialisten ein Attentat gutgeheißen, nicht einmal damals, als Mac An Len in einem solchen zum Opfer fiel, während die (spanische) Bourgeoisie darüber jubilierte. Auch den Bombentwurf des Moral verurteilten die Sozialisten, und sie bedauern die Opfer desselben herzlich und aufrichtiger als es diejenigen tun, welche sich an Stierkämpfen und dergleichen belustigen. Die Haltung der Sozialisten, die bei aller Gegnerschaft wider das monarchische Prinzip das Attentat gegen das junge Königspaar verwerfen, nicht vorrückhaft ab von dem verurteilten Beginnen, das Verbrechen in eigenmächtiger Weise politisch auszuwerten.“

Condit das bürgerliche Blatt, dessen vernünftige Haltung sich unsere deutschen Scharfmacherschule zum Muster nehmen können. Die erste Nummer des „El Socialista“, des Zentralorgans der sozialistischen Partei Spaniens, die nach dem Attentat erschienen ist, beschäftigt sich ebenfalls mit denselben. „Wie alle Welt“ — so heißt es da u. a. — so verurteilen auch wir Attentate wie das vom 31. Mai, die der Allgemeinheit nichts nützen, dagegen einzelne

verwunden oder vernichten. Ebenso wenden wir uns aber auch gegen jene, die sich über das Attentat wohl entrüsten, sich andererseits aber nicht genug tun können, die Attentäter möglichst qualvoll zu richten und die — um nur recht viele Schuldige zu finden — auch Unschuldige mißhandeln. Obwohl wir die größten Gegner der Anarchisten sind, beurteilen wir es doch, daß man sie wie wilde Tiere hegt, statt nur diejenigen zu bestrafen, die wirklich Verbrechen begangen haben. Und diese Stellung nehmen wir ein, nicht nur, weil es die Humanität verlangt, sondern eben so sehr im Namen jedes Landes, das nicht als ein barbarisches gelten will.“

Mit diesen Ausführungen des Zentralorgans unserer spanischen Bruderpartei vergleiche man folgendes Zitat aus einem „Hochzeit und Bombe“ überschriebenen Artikel der spanischen katholischen Wochenchrift „El Adalid“, die herausgegeben wird vom Parochialgeistlichen Calderon in Torrelavega. Es heißt da:

„Die Anarchisten wollten während der königlichen Hochzeit ihre pyrotechnischen Fähigkeiten glänzen lassen. Es ist bekannt, daß solche Spielereien, aus der Ferne gesehen, sich sehr schön ausnehmen. Die Zeitungen sind voll von Protesten und blähen sich förmlich vor Entrüstung. „El Adalid“ protestiert nicht, noch entzürstet er sich. Wenn man das Leben der Anarchisten garantiert, wenn die Regierung ihre Lehre und ihre Propaganda gestattet, so ist es nicht der Anarchist, der die verderbbringende Bombe geschleudert hat, sondern die liberale Regierung! Und darum protestiert „El Adalid“ nicht. Dagegen protestiert er gegen die liberale Verfassung und gegen die liberalen Regierungen, die Urheber und Züchter der Anarchisten und Sozialisten, der Gottlosigkeit und Unfrömmigkeit. Es lebe die Freiheit des Guten! Tod der Freiheit des Bösen!“

England.

Aus den Kolonien.

Für die in Natal gegen die aufständischen Eingeborenen kämpfenden Truppen sind in Regierungarsenalen Handgranaten angefertigt worden. Die Wurfgeschosse bestehen aus einer Stahlhülle, die mit Schießbaumwolle gefüllt ist. Bei der Explosion richten die Granaten in einem weiten Umkreise schwere Verwüstungen an. Die Handgranaten haben sich besonders im Katabele-Kriege gut bewährt! —

Nach einer Meldung der „Morning Post“ aus Lagos sind im südlischen Nigeria politische Unruhen ausgebrochen, und der Gehälfe des Kommissars im Hinterland von Oka ist von Eingeborenen ermordet worden. Eine britische Abteilung von 200 Mann, die mit größter Beschleunigung zur Verhaftung der Schuldigen entsandt wurde, hat diese gefangen und die Verfolgung aufgenommen, so daß weitere Kämpfe zu erwarten sind.

Niederlande.

Gemeindevahlfrage.

Amsterdam. (Fig. Ver.) Bei einer Ersatzwahl, die am 8. d. M. für den Amsterdamer Gemeinderat im III. Wahlkreise stattfand, siegte Genosse B. S. Blieger schon im ersten Wahlgange mit 3709 Stimmen über den liberalen und den christlichen Gegner, die es auf 1973 bzw. 1163 Stimmen brachten. Gegenüber der letzten Wahl vor einem Jahre stieg unsere Stimmenzahl um 655. Diese Ersatzwahl hatte infolge der Mandatsüberlegung des Genossen Henri Polak stattgefunden, der wegen seiner Ernennung zum Vorsitzenden des niederländischen Gewerkschaftsverbandes neben seinen bisherigen Funktionen in der Amsterdamer und internationalen Diamantarbeiter-Organisation sowie wegen eines Ehrenlebens seit Mandat nicht mehr gehörig und seinem Bunsche gemäß erfüllen konnte.

Am selben Tage wurde in dem Amsterdamer benachbarten ländlich-industriellen Kolos-Städtchen Weesp Genosse G. A. Baber als erster Sozialdemokrat in den dortigen Gemeinderat gewählt, nachdem bereits einmal um diesen Sitz gekämpft worden war.

Amerika.

Gegen die Einwanderungsbeschränkungen werden — wie aus Atlanta und Houston in Texas telegraphisch gemeldet wird — an vielen Orten in den amerikanischen Südstaaten Protestversammlungen abgehalten. —

Australien.

Richard Seddon.

London, 12. Juni. (Fig. Ver.)

Vor zwei Tagen starb Mr. Richard Seddon, der Premierminister von Neuseeland. Seddon war das Muster eines sozialen Imperialisten. Der britische Reichsgedanke fand in ihm einen leidenschaftlichen und einigermaßen reifemathastischen Verteidiger. Aber er sah im britischen Reich das Mittel, die britischen Arbeiter vor Not zu schützen und ihnen die Gelegenheit zu geben, sich allseitig zu entfalten und der britischen Rasse Ehre zu machen. Nur ein freies Land kann solche Imperialisten erziehen.

Seddon war im Jahre 1846 in Lancashire, England, geboren. Sein Vater war Arbeiter, und auch Richard ging nach Abschließung der Volksschule in eine Maschinenfabrik, um da als „Engineer“ zu lernen. In seinem 18. Lebensjahre verließ er seine Heimat und wanderte nach Australien aus, um Goldgräber zu werden. Er hat also die große Schule des Liberalismus, durch die die englische Arbeiterklasse in den sechziger Jahren hindurchging, nicht mitemgemacht. Ohne diese intensive liberale Kultur jener Jahre wären die meisten englischen Arbeiter sozial-imperialistisch geworden.

Als Kolonist in Australien und Neuseeland wurde Seddon nach und nach Sozialreformer, Schutzdollar und Imperialist. Seit 1893 bekleidete er das Amt des Premierministers. Er führte die verhältnismäßig tiefen und umfassenden Reformen durch, die Neuseeland zu dem am weitesten vorgeschrittenen Lande der Welt machten: Allgemeines Wahlrecht für Männer und Frauen zu allen Körperchaften, Alterspensionen, strenge Fabriksinspektion, kurze Arbeitszeit, progressive Grund- und Bodensteuer — alle diese und andere Reformen, die das Leben des Arbeiters erleichtern, wurden dort in den letzten vierzehn Jahren in Angriff genommen und durchgeführt.

Seddon ist bis zu seinem Lebensende einfach geblieben, und es lag ihm viel daran, mit den Arbeitern ungestört zu verkehren. Er lehnte deshalb den ihm angebotenen Adelsittel ab. Er wollte nicht „Sir“ Richard heißen, sondern kurz und populär: „Dick“. (Dies ist die englische Kosform für Richard.) Nichtsdestoweniger war er ein starrer Jingo und für den Krieg gegen die Boeren; denn er vermochte es nicht zu lassen, wie jemand an der britischen Regierungswiese Anstoß nehmen könnte! Er selbst war zu alt, um in den Krieg zu ziehen, aber seinen Sohn schickte er hin! Bei alledem war er ein großer Gegner der Chineseneinfuhr nach Transvaal. Nach seiner etwas altmodischen Theorie ging England nämlich in den Krieg, um den Briten zu helfen; deshalb — so meinte er — sollten englische Arbeiter zu hohen Löhnen in den Goldgruben beschäftigt und mühte dort eine britische Bevölkerung geschaffen werden. Als die englische Regierung doch die Chineseneinfuhr nach Transvaal gestattete, war Seddon tief enttäuscht und glaubte, er sei vom Mutterlande betrogen worden! Er konnte von da an den Gegnern des Boerenkrieges nicht mehr so selbstbewußt wie vorher entgegenreten.

England hat viele solcher Charaktere wie Seddon, besonders unter den Arbeitern: einfach, geradezu, stolz auf ihre politischen Leistungen, etwas verbohrt und hartköpfig, aber wohlmeinend und durch Umstände und Argumente bekehrbar. —

Aus der Partei.

Ein Parteitag der Sozialdemokratie Weiningens fand am Sonntag in Themar statt. Außer der Parteileitung, dem Reichstags-Abgeordneten Reichhaus, dem Verleger und der Redaktion des Parteiblattes, dem „Vollstimme“ in Saalfeld, dem Parteisekretär Abg. Vaudert waren aus 25 Orten 44 Delegierte anwesend. Beschlissen wurde, für die beiden Weiningen Reichstagswahlkreise eine einheitliche Organisation zu schaffen. Der monatliche Beitrag soll mindestens 20 Pf. betragen. Ein erfreulicher Aufschwung der Presse, die ihren Abonnentenstand innerhalb kurzer Zeit von 3900 auf zirka 6000 erhöht hat, wurde konstatiert. Mit dem Verhalten der Landtagsfraktionen im allgemeinen und der Ablehnung der geplanten Erhöhung der Beamten- bzw. Lehrergehälter erklärte sich der Parteitag einstimmig einverstanden. Nach einem interessanten Vortrag des Abg. Hofmann-Saalfeld über die Thüringer Eisenbahnschmerzen nahm der Parteitag eine Resolution an, in der ein gemeinsames Vorgehen aller sozialdemokratischen Landtagsfraktionen in Thüringen in den Eisenbahntatigkeiten gefordert wird. Als Delegierter zum Parteitag in Mannheim wurde Genosse Seige-Pöhlner gewählt.

Viertes internationales Arbeiterfest in den Alpenländern. Die letzte Delegiertenversammlung der an den Vordereisenstaaten bestehenden Organisationen hat beschlossen, daß das nächste Internationale Arbeiterfest in Dornbirn (Vorarlberg) stattfinden soll. Die Genossen Dornbirns haben als Festtag Sonntag, den 29. Juli, festgesetzt. Der Vorarlberger Arbeitersekretär Genosse Ed. Fril wird am Vormittag in der Delegiertenversammlung referieren, nachmittags auf dem Festplatze in der Enz werden die Genossen Reichstagsabgeordneter Ignaz Dazinski aus Krakau und Paul Pflüger, Pfarrer in Jülich, als Festredner sprechen.

Eine Gemeindevertretung mit sozialdemokratischer Mehrheit ist die von Klein-Deubusch in Schleien. Dort besitzen unsere Genossen die dritte Klasse und drei Sitze in der zweiten Klasse, so daß das Gemeindeparlament jetzt aus sieben Sozialdemokraten, zwei Konserverativen und drei Freisinnigen besteht. Bei der Wahl am 8. d. M. haben 97 Proz. aller Wähler abgestimmt. Die Mehrheit ist also nicht Zufallsmehrheit, sondern redlich erkämpft.

Totenliste. In Düsseldorf fand der Genosse Kuntze, Vorstandmitglied vom sozialdemokratischen Verein, einen jähen Tod. Bei Ausübung seines Berufes als Stukateur stürzte der Verdauungswerte vom Gerüst. Er war sofort tot. Genosse Kuntze war Familienvater und ein eifriges Mitglied der politischen wie gewerkschaftlichen Organisation.

Zum Parteisekretär in Bremen wurde der Genosse Wilhelm Bied gewählt.

Auch eine geistige Waffe. Eine Schmähschrift gegen die Sozialdemokratie, betitelt „Von Sozialisten zum Christen“, wird gegenwärtig in Schönebeck a. d. E. verbreitet. Der Verfasser, scheinbar die Magdeburger „Vollstimme“, magt es nicht, sein arbeitsloses Produkt mit seinem Namen zu deden, verlegt wird es in der Missionbuchhandlung von P. Ott in Gotha. Dem Stile nach könnte es von einem Mitglied der Heilsarmee geschrieben sein. Wer das Ganze zu Ende liest, kann des Gebrauches eines Drogenmittels oder des Nigruwädes für einige Zeit entraten.

Polizeiliches, Gerichtliches usw.

Die heilige Lex Heinze. Die von uns schon gestern telegraphisch gemeldete Beschlagnahme der Dienstanzeige der Rannheimer „Vollstimme“ ist vollständig verständlich. Das Gedicht ist eine Verpötlung der Lex Heinze, die es doch noch einmal zur Staatsverurteilung gebracht hat. Zudem hat die „Welt a. M.“ das „Jdyl“ bereits vor etwa 14 Tagen zum Abdruck gebracht, ohne daß es der Berliner oder einer anderen preussischen Staatsanwaltschaft — und die Preußen sind in Preßsachen bekanntlich sehr empfindlich, bemerkt die Mannheimer „Vollstimme“ — eingefallen wäre, etwas dagegen zu unternehmen. Es bleibt abzuwarten, wie der neue Mannheimer Preßherr bei den Richtern und in letzter Linie vor den Geschworenen bestehen wird.

Die unser Mannheimer Parteiblatt noch mittelt, wurde die Beschlagnahme und Hausdurchsuchung im Auftrage des kürzlich nach Mannheim veretzten Ersten Staatsanwalts Jungmans vorgenommen. Der Herr nahm die Sache sehr ernst, am Mittwochmorgen mußten die Polizisten die Wirtschaften nach den Nummern absuchen. Was die Hausdurchsuchung in der Redaktion sollte, ist auch dunkel, da die Redaktion die Quelle des Poems deutlich angegeben hatte. Wenn der Herr Erste Staatsanwalt etwa geglaubt hat, diese Quellenangabe sei falsch, so hat ihm die Redaktion am Mittwoch den Beweis der Richtigkeit ihrer Angabe geliefert.

Das Wochenchriftchen „Nach Feierabend“ hat gegen die Königsberger „Vollstimme“ eine Privatbeleidigungsklage angestrengt, weil sie auf Grund eines gerichtlichen Urteils, das gegen den Reichstagsabgeordneten, früheren Arbeitersekretär und Redakteur J. Giesberts in München-Gladbach gefällt worden war, den Arbeitern sagte, sich mit dem Wochenblattchen, das seine Abonnenten gegen Unfall versichert, auf nichts einzulassen, da bekannt geworden ist, daß die Versicherung sich gern um die Auszahlung fälliger werdender Summen drückt. Durch die letztere Bemerkung sowie durch die Andeutung „auf Gimpelgang ausgehen“ und „Käseblättchen“ fühlt sich das Schriftchen beleidigt und der Verleger Bernhard Meyer-Weipzig will sich jetzt wie in Gladbach wiederum befähigen lassen, daß „sein Unternehmen eine Spekulation auf die Massen sei.“ So hieß es nämlich damals in dem Urteil gegen Giesberts. Da wurde auch noch gesagt, daß es dem Privatklager im Grunde genommen nicht so sehr um die volksfreundliche, großartige Wohlfahrts-einrichtung zu tun ist, sondern nur, um unter dem Deckmantel der sozialen Tat zum größten Teil seinen eigenen Vorteil wahrzunehmen. Diese vernichtende Kritik kann wiederum gefällt werden, da es der „Vollstimme“ noch vor wenigen Tagen möglich war, einen Fall mitzuteilen, wo ein Arbeiter, der einen Unfall erlitten hatte, mit seinem Anspuche unter allerlei nichtigenden Nebenarten abgewiesen wurde. Durch die Gerichtsverhandlung kann wenigstens festgestellt werden, um was für ein lauberes Blättchen es sich handelt.

Kommunales.

Stadtverordneten-Versammlung.

28. Sitzung vom Donnerstag, den 14. Juni, nachmittags 5 Uhr.

Der Vorsitzende Dr. Langerscheidt eröffnet die Sitzung gegen 5 1/2 Uhr.

Die Befehung des Saales ist eine äußerst dürftige. Die Uebernahme der Wohlfahrts-polizei in Berlin auf die Stadtgemeinde gehört seit langem zu den frommen Wünschen der städtischen Behörden. Vor mehr als 9 Jahren hat die Versammlung in einer Resolution die Uebertragung der polizeilichen Funktionen auf allen Gebieten, deren sonstige Verwaltung der Stadtgemeinde obliegt, auf die Stadtgemeinde verlangt und Klarstellung der Sachlage nach der rechtlichen und verwaltungstechnischen Seite gewünscht. Dem letzteren Begehren kommt eine umfassende Denkschrift entgegen, welche der Magistrat der Versammlung zur Kenntnisnahme vorlegt.

Angesichts der Tragweite des Gegenstandes und des Umfangs der Denkschrift ist von dem Stadtv. Antrid u. Gen. (Soz.) und von anderer Seite Absehung dieses Punktes von der heutigen Tagesordnung bezw. Vertagung der Angelegenheit auf den September beantragt.

Ohne Debatte wird demgemäß beschlossen.

Vom 1. Juli et. ab soll der Sach der

Kur- und Verpflegungskosten für Kinder

in den städtischen Krankenkassen von 2 auf 2,50 M. erhöht werden. Danach würde vom gedachten Tage ab der Tarif für Erwachsene und Kinder der gleiche sein. Veranlaßt ist der Vorschlag durch das Vorgehen des Kultusministeriums, das dieselbe

Erhöhung für die Charité im März d. J. verfügt hat. Der Magistrat fürchtet ohne entsprechende Erhöhung die alsbaldige Ueberfüllung der städtischen Krankenhäuser, wie er auch 1890 durch die damalige Erhöhung der Sätze der Charité um je 50 Pf. zu der gleichen Maßnahme sich genötigt sah.

Stadtv. Dr. Weul (Soz.): Wir stimmen gegen diese Vorlage, schon weil uns die angegebenen Motive nicht stichhaltig erscheinen, aber auch aus einer Reihe anderer Gründe. Die vom Magistrat gegebene Motivierung anzuzweifeln habe ich keine Ursache; aber die erwähnte „Befürchtung“ gibt doch zu eigentümlichen Betrachtungen Veranlassung. Es steht fest, das Kinderkrankenhaus und die Pavillons für Kinder in den anderen städtischen Krankenhäusern sind schon jetzt fast stets gefüllt oder überfüllt. (Redner führt den von uns mitgeteilten Fall an, wo eine Frau mit einem kranken Kinde vergeblich einen ganzen Tag von Krankenhaus zu Krankenhaus eilte und schließlich vor dem letzten mit einem toten Kinde landete.) Es handelt sich nach der Meinung weiter Kreise jedenfalls auch darum, den Stadtsäckel auf diesem Wege zu füllen. Diese Hoffnung dürfte eitel sein. Nach dem jüngsten Verwaltungsbericht haben in dem Kinderkrankenhaus im ganzen 84 263 Verpflegungs-tage stattgefunden; als Erhaltung sind aber nur 34 000 M. eingegangen. Steigert man die Kosten um 25 Proz., so würde diese Summe rechnerisch um 8000 M. steigen, aber wohl niemand hier und im Magistrat wird diese Aufzehrung machen, denn sie würde in der Luft schweben. Alles in allem würde das mögliche Plus 20 000 M. betragen, vorausgesetzt, daß für dieselbe Zahl von kranken Kindern statt 2 M. 2,50 M. gezahlt werden. Aber das wird nicht eintreten, denn je höher die Sätze, desto geringer die Erstattungen. Was die Krankenhausverwaltung eventuell mehr einnimmt, würde beim Armenrat wieder verausgabt werden müssen. Es muß hier ganz besonders an das Verantwortungsgefühl der Versammlung appelliert werden. Noch im vorigen Jahre haben wir Maßnahmen beschlossen und finanziell unterstützt, die die Kindersterblichkeit vermindern sollen; tritt nun eine solche Erhöhung der Sätze für kranke Kinder ein, so steht das doch zu jenen verständigen sozialen Maßnahmen in direktem Widerspruch. Unsere wertvolle Bevölkerung sieht sich doch auch aus Rücksicht auf das einzige wichtige politische Recht, das Wahlrecht, verhindert, ihre kranken Kinder den Krankenhäusern zuzuführen, wenn sie nicht sofort die Gebühren erlegen kann. Bisher hat man diesen Beweiskonflikt nicht lösen können; die Annahme der Vorlage steigert den Konflikt zu noch größerer Schroffheit und Festigkeit, und dafür wird der Magistrat und die Mehrheit der Versammlung die Verantwortung hoffentlich nicht tragen wollen. Die richtige Antwort auf das Vorgehen des Kultusministeriums wäre die Beschleunigung der Errichtung eines weiteren städtischen Kinderkrankenhauses gewesen. Vor mehr als 2 Jahren hat Stadtrat Straßmann ausdrücklich den Koststand auf diesem Gebiete anerkannt. Dieser Koststand besteht bis heutigen Tages in gleicher Schroffheit weiter; aber noch hört man nichts vom Bau des neuen Krankenhauses, für das doch die Gelder längst bewilligt sind. Vielleicht bringen diese Ausführungen es dahin, daß der Magistrat etwas mehr Dampf hinter die Sache setzt.

Stadtv. Dr. Weigert: Wenn die Meinung in der Bevölkerung vorhanden sein sollte, daß die Vorlage finanziellen Erwägungen ihre Entstehung verdankt, so weiß ich nichts davon; auch ich es doch nicht üblich, jemandem Motive unterzuschreiben, zu denen er sich nicht selbst bekennt. Wir sind nolgedungen zu dieser Vorlage gekommen, weil, wenn wir nicht mit der Erhöhung mitgehen, eine Ueberfüllung eintreten muß; sie ist also bloß ein Akt der Notwehr. Die Krankenhausdeputation hat die Frage im Gegenwart des Vorredners beraten und da hat er kein Wort der Gegnerschaft geäußert. (Hört! hört!) Der angeführte Fall beweist nur, daß in Zukunft die betreffende Frau nur zu uns und nicht auch zur Charité gehen, die Gefahr also, daß das Kind überhaupt keine Unterkunft findet, noch größer sein würde. Der Umbau des Kaiser und Kaiserin Friedrich-Kinderkrankenhauses wird eifrig betrieben und es bedarf da einer besonderen Anregung nicht; die Pläne sind in der Ausarbeitung begriffen, sie können nicht von heute auf morgen fertig werden. Auch wenn wir noch so viel Kinderbetten haben, werden wir immer genötigt sein, bezüglich der Preise auf gleichem Niveau mit der Charité zu bleiben. Von Blutmacherei ist keine Rede.

Stadtv. Dr. Nathan (Soz.-fortschr.): Die Vorlage scheint mir fehlerhaft zu sein, insofern über die auswärtigen Kinder nichts gesagt ist, aber sicher besteht die Absicht, für diese den Satz auf 3 M. zu erhöhen. Die Erklärung des Magistratsvertreters war ja insofern erfreulich, als er jede Absicht der Blutmacherei bestrittet. Ein böses System solcher Art besteht allerdings in der Charité. Aber wenn für uns die finanzielle Frage ausscheidet, müssen wir denn der Charité nachsehen? Ich glaube nicht. 1890 handelte es sich um die gesamte Bettenzahl der Charité, jetzt nur um 183 Kinderbetten. Wir aber verfügen schon jetzt über 600, und mit den 200 in Virchow-Krankenhaus über mehr als 800 Kinderbetten. Die „Ueberfüllungstheorie“ ist nicht bewiesen; man hätte doch mindestens nachweisen müssen, daß seit dem 1. April, wo die Charité des höheren Satz erhebt, schon eine Ueberfüllung stattgefunden hat oder die Einstellung weiterer Kinderbetten eine Unmöglichkeit wäre. Mindestens wären statistische Unterlagen zu beschaffen, und wir beantragen daher Ausschußberatung. Mit jeder Erhöhung der Kur- und Verpflegungskosten verringert sich die Reizung der Bevölkerung, überhaupt ihre Angehörigen ins Krankenhaus zu geben; damit wächst die Gefahr von Epidemien. Daneben spielt das Argument des Wahlrechts natürlich mit.

Stadtv. Ballach (A. L.), mit allgemeinem Oho! empfangen, bemerkt: Ich verzichte! (Geisterzeit.)

Stadtv. Dr. Weul (Soz.): Herr Ballach ist gewissermaßen der Schöpfer dieser Vorlage, denn er hat bei der Stadtsberatung dem Magistrat einen entsprechenden Wink gegeben. (Widerpruch des Stadtv. Ballach.) Ich habe in der Krankenhausdeputation allerdings geschwiegen, aber mein Freund Singer hat ausdrücklich vor der Abstimmung erklärt, daß wir der Maßregel nicht zustimmen könnten, und ich hoffe von der Loyalität des Stadtrats, daß er das Befähigen wird. Ich habe außerdem ausdrücklich erklärt, daß ich dem Magistrat keine anderen Motive unterlege, als die Vorlage enthält, aber in weiten Kreisen der Bevölkerung ist eben jene andere Meinung vertreten. (Große Unruhe und Widerspruch.) In den Kreisen, die wir die Ehre haben zu vertreten, besteht diese Auffassung und wir haben alle Veranlassung, ihr entgegenzutreten dadurch, daß wir den Magistrat zur Bekämpfung einer derartigen Mißstimmung in der Bürgerschaft auffordern. Wir müssen hier darauf hinweisen, da uns das Abgeordnetenhaus verschlossen ist, daß der preussische Staat an der Krankheit armer Kinder sich bereichert. Für den Antrag Nathan werden wir natürlich eintreten.

Dieser Antrag wird jedoch abgelehnt und die Vorlage angenommen.

Die Grundstücke Neue Kottstraße 14 und 10 sollen zum Zweck der Verbreiterung der Wallstraße zwischen Neue Grün- und Inselstraße freihändig erworben werden. Der Kaufpreis für Nr. 14 ist auf 450 000 M., für Nr. 10 auf 720 M. pro Quadratmeter ermäßigt worden.

Die Vorlage wird nach kurzer Erörterung angenommen. Für Gemeindefürsorge will der Magistrat das Grundstück Unionstraße 5 im nördlichen Noabit erwerben. Es handelt sich um zirka 7141 Quadratmeter zum Preise von 95 M. pro Quadratmeter.

Die Stadtv. Grafe (A. L.) und Friederici (A. L.) wünschen Ausschußberatung. Ihnen schließt sich Stadtv. Bergmann (Soz.) an, der zwar den großen Sanitätsstand in jener Gegend, wo 63 Klaffen in Mieträumen bzw. Baracken stecken, voll anerkennt, aber auch bezweifelt, ob das sehr ungenügend geschnittene Grundstück genügen wird, und 85 M. als Preis für den Quadratmeter reines Hinterland für ungemein hoch ansieht.

Die Vorlage geht an einen Ausschuß, den der Vorstand sofort ernannt.

Die speziellen Entwürfe zum Neubau von Gemeindefürsorge an der Greifenhagener, Sonnenburger, Driefener-, Bölow- und Christburgerstraße und die bez. spezifizierten Kostenanschläge.

Stadtv. Jacobi (A. L.) hat den Auftrag von seiner Fraktion, den Stadtbaurat zu ersuchen, den Frage der Dichtzuführung zu den

Schulräumen andauernd die allergrößte Sorgfalt zuzuwenden, und entledigt sich desselben unter ausdrücklicher Betonung, daß es ihm fern liege, das bisher Geleistete zu bemängeln.

Stadtbaurat Hoffmann: Bei jeder neuen Schulbauabnahme ist und lebhafter bezeugt worden, daß die Ansprüche an die Sauberkeit der Räume voll erfüllt waren; wir werden aber selbstverständlich weiter und in dieser Richtung noch Vollkommeneres zu leisten bemühen.

Stadtv. Hellriegel (A. L.) konstatiert, daß das Ergebnis bei der Abnahme des Baues in der Rudwigerstraße ein ganz ausgezeichnetes gewesen ist.

Die Entwürfe werden genehmigt. Für die städtischen Gaswerke soll auf dem Grundstück der ehemaligen Waisenkirche an der Waisenbrücke und auf dem anstehenden städtischen Grundstück Stralauerstraße 57 ein eigenes Verwaltungsgebäude errichtet werden. An Kosten sind überschläglich 1 718 000 M. ermittelt.

Stadtv. Stapp (A. L.) ist mit dem Projekt einverstanden, hält aber Ausschußberatung für nötig, um noch Spezialien der benötigten Raumverteilung zu erörtern.

Stadtv. Bergmann (Soz.): Wir können auch das Projekt an sich nicht billigen. Muß denn eine einzelne Verwaltung sich ein eigenes großes Verwaltungsgebäude errichten? 1898 haben wir den Bau des zweiten städtischen Verwaltungsgebäudes beschlossen; noch ist dies nicht einmal fertig, und da kommt man mit diesem neuen Projekt! Genügt der Bau an der Judenstraße nicht, so muß doch einmal zunächst das Raumbedürfnis überhaupt gründlich und umfassend erörtert werden. Für eine Stadt wie Berlin ist es ohnehin nicht besonders repräsentabel, wenn sie ihre Verwaltungen so gesplittert unterbringt — womit ich nicht etwa der Vergeudung von Mitteln der Steuerzahler für Luxusbauten das Wort reden will. Das zweite Gebäude an die Judenstraße zu stellen, war vielleicht ein Fehler; der ist nicht mehr gut zu machen. Aber in unserer nächsten Nähe, auf dem Terrain, wo die zwei ungeheuren ungeschönten Schornsteine aufragen, wäre vielleicht die Möglichkeit einer Erweiterung des Rathauses gegeben.

Stadtv. Labwig (A. L.) widerspricht dem unausführbaren Gedanken, eine Verwaltung vom Umfang der Berliner in einem Gebäude unterzubringen.

Stadtv. Wommisen (Fr. Fr.): Ein eigenes Gebäude braucht die Verwaltung der Gaswerke unbedingt, aber ob es durchaus auf diesem bevorzugten Platze stehen muß, ist eine andere Frage, die im Ausschusse zu prüfen wäre.

Die Vorlage geht an einen Ausschuß, den der Vorstand ebenfalls sofort ernannt.

Der Hilfsausschuss für die notleidenden Deutschen Rußlands

hat den Magistrat um einen Beitrag erlucht; das gleiche ist erfolgt seitens des Deutschen Hilfskomitees für die durch den Ausbruch des Vesuv geschädigten Anwohner. Der Magistrat schlägt vor, 10 000 bezw. 5000 M. von Stadt wegen zu spenden. In der Motivierung des ersten Antrags wird ausgeführt: Die Anruhen in Rußland, die am Ende 1905 mit den bekannten Judenverfolgungen begannen, haben in ihrem weiteren Laufe auch einen erheblichen Teil der in Rußland lebenden etwa 2 Millionen Deutschen in größte Bedrängnis gebracht. Namentlich gilt dies von einer großen Anzahl der etwa 175 000 Deutschen, welche in den baltischen Provinzen Livland, Kurland, Estland leben. Hier, wo in jahrhundertelanger Kulturarbeit Gewerbe, Handel und Wissenschaften durch deutschen Fleiß zu hoher Blüte gelangt waren, haben irregelmäßige Scharen durch Stadt und Land in schredenerregender Weise gegen Leben, Gesundheit und Eigentum der deutschen Bewohner gewütet. Dadurch ist insbesondere eine große Zahl von deutschen Ärzten, Pastoren, Lehrern, Angestellten und Arbeitern, Forstern, Inspektoren, Müllern, Gärtnern ihres Eigentums und ihrer Erwerbsquellen beraubt und dadurch in große Not geraten. — Auch in den übrigen Teilen des russischen Reiches sind viele der dort wohnenden Deutschen, wobei es sich namentlich um industrielle Angestellte, Arbeiter, Werkmeister u. a. handelt, durch die Handel und Wandel unterbindenden Anruhen schwer geschädigt. — Eine große Anzahl Deutscher, besonders aus vielen Industrieorten Rußlands-Polens, mußte fliehen, ist nach Deutschland zurückgekehrt und hofft hier Unterstützung und Gelegenheit zu Arbeit und Erwerb oder die Mittel zu erhalten, nach eingetretener Veruhigung nach ihrer Arbeitsstätte und zu ihren Familien zurückzukehren. Weiter wird noch u. a. bemerkt, daß die Geldmittel des Hilfsausschusses in keiner Weise Angehörigen der baltischen Ritterschaft zuzuführen.

Stadtv. Stadthagen (Soz.): Für die 5000 M. nach Italien werden wir stimmen. Anders sehen wir zu der ersten Forderung, deren Begründung wir aus entschiedenste zurückweisen müssen. Zunächst, was haben wir als Stadt überhaupt mit den russischen politischen Verhältnissen zu tun? Wenn sie uns etwas angeben, dann haben wir doch zu prüfen, für wen etwas gegeben werden soll. Die Vorlage spricht von „Deutschen“. Meint sie Leute, die die deutsche Nationalität haben oder die deutsche Reichsangehörige sind? Es wird uns nur gesagt, daß die baltische Ritterschaft nicht mitbedacht werden solle. Die Angehörigen dieser Ritterschaft gehören nicht zu den deutschen Reichsbürgern; sie sind gerade die Träger der Unkultur gewesen. Es ist auch nicht richtig, daß die Wirren und die Judenverfolgungen erst Ende des vorigen Jahres begonnen hätten. Die schwarzen Hundert, diese von der Regierung bezahlte Bande, die sind viel länger schon auf dem Plan, und für diese Bande, scheint es, werden über 10 000 M. verlangt! Die Schädigung sei bewirkt durch „irregelmäßige Scharen“. Meint der Magistrat damit die Kosaken, die schwarzen Hundert, diese Bande, die aller Greuel sich schuldig gemacht hat? Wenn die Zeitungsnachrichten über die Verhandlungen der sog. geschiedenen „Duma“ richtig sind, so hat man da am 1. Juni über die Greuelthaten gerade in diesen baltischen Landen verhandelt. Der Generalmajor Orlow hat als Strafrepedient von Mitte Dezember 1905 bis Mitte Februar 1906 18 Leute erhängt, 621 erschossen, 320 von Soldaten bestialisch ermorden lassen, und eine große Anzahl, wesentlich Deutsche, körperlich mißhandeln lassen. Daneben wurden in kurzer Zeit eine Unmasse amtlicher und privater Gebäude heruntergebrannt. Die Vorlage datiert vom 7. Juni; will sie diesen Opfern der Kosaken, der baltischen sog. „Edelleute“ helfen, von denen in der Duma am 1. Juni die Rede war? Insbesondere von diesen sich deutsch nennenden, aber russisch feindlichen Edelleuten ist in der bestialischen Weise vorgegangen worden. (Redner verliest die Ausführungen aus der Dumaversammlung; der Vorsitzende ermahnt ihn, nicht zu weit in die Details einzugehen und nicht vorzulesen; Redner erwidert unter Heiterkeit der Versammlung, daß er nur kurze Auszüge gebe, da es viel länger dauern würde, wenn er die Dinge frei behandeln müßte. Professor Perzenstein hat den größten Beifall ausgelöst durch seine Darlegung, daß gegen die Schandwirtschaft der Kosaken und gegen ihre Heckerarbeit endlich eingeschritten werden müsse. Und nun will der Magistrat 10 000 M. für die deutschen angeblichen Handwerker usw. haben, die geschädigt sein sollen! Es handelt sich hier um keinen Rationalitätensampf! Die Junterlaste allein kommt in Betracht, mit dem Kampf gegen die Rechtslosigkeit der dortigen wirklichen Bevölkerung haben wir es zu tun. Haarsträubende Berichte von Schändungen, von Mißhandlungen von Frauen, von brutalster Unterdrückung der dortigen Ueberbevölkerung, der Esten, Litven, Kuren und besonders auch der Juden liegen sich zitieren. Baron von Osten-Saden ließ Juden drei Tage in einer Synagoge einschließen und verlangte ungeheure Summen Lösegeld. Später ließ er ihnen erklären, er sei für sie Jar und Gott, verlangte ihre Redalver und Flinten und nahm fünf von ihnen als Geiseln mit. Die auferlegte Strafe mußten sie zahlen, einige ließ er verhaften und prägel, nicht weniger als 10 Frauen wurden gefoltert und ebenfalls verprügelt. (Auf: Pfui!) Wie kann der Oberbürgermeister eine Vorlage bringen, die von der Großmut der baltischen Ritterschaft spricht, weil sie auf etwas verzichtet, was ihr eigentlich gebührt, und daß sie die Kultur dort hingebraht habe! Und haben wir nicht in Deutschland genug Not und Elend zu lindern, wo es sich um rechtshaffene Leute handelt? Für diese Heckerfrachten und Blutbunde der Reaktion

Sollen wir etwas bewilligen? Es wäre eine Schande für die Stadt, diese Bewilligung auszusprechen! (Weißfall bei den Sozialdemokraten.)

Oberbürgermeister Kirchner: Ich kann sehr kurz sein: „Was gehen und die Gewalttaten, die Zustände in Russland an?“ fragte der Vorredner. Hätte er nur danach gehandelt! Die von ihm vorgebrachten Tatsachen können wir nicht kontrollieren. Der Magistrat ist überzeugt, daß eine Reihe von Deutschen, deutscher Abstammung, gleichviel ob deutsche oder russische Staatsangehörige, durch die Wirren in sehr bedrängte Verhältnisse gekommen sind. Diesen Rotleidenden soll eine Unterstützung gewährt werden. Vorwärtsüber ist noch hinzugefügt, daß die baltischen Barone von der Unterstützung ausgeschlossen sind. Der Hilfsausschuß hat bereits 2700 Personen unterstützt, zum großen Teil dadurch, daß ihnen die Mittel zur Rückkehr in die Heimat gewährt worden sind; Arbeiter, Handwerker, Lehrer befinden sich darunter. Daß diese Leute, unverschuldet oder verschuldet, jetzt hilflos bedürftig sind, kann nicht bezweifelt werden. Daß es auch in Deutschland Unterstützungsbedürftige gibt, trifft zu, aber das gute Herz der Berliner hat sich noch immer dann bewährt, wenn gerade solche ungewöhnlichen Notstände vorliegen.

Stadt. Dinske (R. L.): Ich will selbstverständlich Herrn Stadthagens Ausführungen nicht beifügen, aber der größte Teil meiner Freunde hat sich entschieden, gegen die 10 000 M. zu stimmen. Stadt. Kämpf (R. L.): Ich werde keine politische Rede halten. Wir bedauern, daß diese Vorlage erst jetzt kommt; vor 3 Monaten hätte dieselbe Summe eine weit größere Wirkung gehabt. Trotzdem werden wir für beide Forderungen stimmen.

Stadt. Dr. Nathan (Soz.-forsch.): Für meine Glaubensgenossen in Russland habe ich selbst schon größere Summen veranlaßt. Ich war auch selbst in Russland und kenne die Not dort aus eigener Anschauung. Es handelt sich um keine politische Vorlage. Ich halte es für geboten, die Familien deutscher Abstammung zu sorgen, die aus schwersten Gelitten haben. (Weißfall.)

Stadt. Stadthagen (Soz.): Der Oberbürgermeister hat bestätigt, daß alle Deutschen, ob deutsche Staatsbürger oder deutscher Abstammung, getroffen werden sollen, daß also die baltischen Edelleute in erster Reihe dazu gehören würden, wenn sie nicht freiwillig verzichtet hätten. Entscheiden soll das baltische Notstands-Komitee. Hand aufs Herz: wo haben wir jemals uns eingemischt bei Notständen im Auslande, hervorgerufen durch innere Unruhen? Die Stadt und die Verwaltung als solche darf kein politisches Wort aussprechen. In Russland sind Millionen, die Hunger leiden, jahraus, jahrein gewesen; jetzt geht dort die Saat früherer Zeiten auf. Die heutigen 10 000 M. sind lediglich nach der politischen Seite zu bewerten. Nicht Vinderung einer Not, sondern Parteinahme innerhalb eines Kampfes ist der Gegenstand. Die Frage, wer die „irregulierten Scharen“ sind, hat der Magistrat nicht beantworten können. Wer sind die Herren vom Hilfskomitee? Ich bitte Sie nochmals dringend, diese Vorlage abzulehnen. Hier in Berlin allein sind mehr als 10 000 M. notwendig für Hunderte und Aberhunderte von Rotleidenden; denken Sie doch nur an die eben beschlossene Erhöhung der Krankenhauskosten für Kinder! Will man menschlich sein, Humanität beginnt im eigenen Hause. Wir aber sollen das Geld hergeben für diejenigen, die das Unglück verschuldet haben, für die, die die Konterrevolution und die Reaktion führen! (Lebhafter Weißfall bei den Sozialdemokraten.)

Stadt. Sonnenfeld (R. L.): Es handelt sich eben tatsächlich nur um einen Akt der Humanität, den die internationale Courtoisie geboten erscheinen läßt; wir nehmen damit keineswegs Stellung in dem politischen Kampfe zugunsten einer politischen Partei. Nicht den Kosaken, nicht den Helfershelfern der Regierung soll etwas zugewendet werden, sondern den Opfern der dortigen Zustände! (Zustimmung.)

Damit schließt die Diskussion. In namentlicher Abstimmung wird die Summe von 10 000 M. für Russland mit 46 gegen 34 Stimmen bewilligt; ein erheblicher Teil der Versammlung verläßt vor der Abstimmung den Saal. Einstimmig werden dann die 5000 M. für Italien votiert. Das spezielle Projekt für eine Feldbahn auf dem Rieseburg wird genehmigt. Schluß der öffentlichen Sitzung gegen 8 Uhr.

Gewerkschaftliches.

Ein Dokument der Scharfmacher-Ehre.

Unter welchen Umständen und mit welchem Menschenmaterial die Metallindustriellen die streikenden Schlosser in Berlin niederrücken wollten, erhellt aus einem Revers, den man Streikbrechern zur Unterschrift vorlegte. Ein solches Dokument liegt uns im Original vor, es lautet also:

Verband der Metallindustriellen im Bezirk Leipzig. Die Arbeitsnachweiskehle befindet sich Rathhärtzschhof 2. Fernsprecher 2477.

Leipzig, den 14. Mai 1906.

Hebers!

Wir Endesunterzeichneten verpflichten uns zur Reise nach Berlin gegen freie Fahrt in IV. Wagenklasse und 1 M. Fahrgehalt. Nach Ankunft in Berlin verpflichten wir uns, die uns überwiesenen Arbeiter bei der Firma, welche uns durch den „Bund der Arbeitgeber-Verbände Berlins“ nachgewiesen wird, auf 4 laufende Wochen anzunehmen und auszuführen. Ferner sind wir davon in Kenntnis gesetzt, daß bei der Firma, in welcher wir Arbeit nachgewiesen erhalten sollen, 3 St. gestreikt wird resp. Aussperrung besteht. Wir bekennen außerdem, daß uns, falls wir die Arbeit in Berlin freiwillig vor Ablauf der angegebenen 4 Wochen, vom Tage des Eintritts an gerechnet, niederlegen, das vorauslagte Reisegeld vom Lohn zu kürzen ist. Zur Sicherung dieses Unternehmens haben wir laut Verzeichnis unsere Legitimationspapiere abgegeben, sind vollständig mit den dortigen Verhältnissen und den uns gewordenen Verpflichtungen vertraut gemacht und in allen Punkten einverstanden, erklären außerdem, daß wir aus vollständig eigenem Antrieb die Arbeit in Berlin annehmen. Auch sind wir davon in Kenntnis gesetzt, daß der Stundenlohn in Berlin sich auf 45—60 Pf. stellt.

Unterschrift,

Quittung.

Wescheinege hiermit den Empfang einer Fahrkarte nach Berlin IV. Wagenklasse 3 M. 50 Pf. sowie 1 M. Fahrgehalt und 1 M. für Benutzung der Droschke in Berlin, Unterschrift.

Damit die Herren Klausenreißer nicht ermüden, stellt man ihnen sogar eine Droschke zur Verfügung. Wie human! Oder hatte die Fürsorge einen anderen Zweck? Etwas vermischen wir in dem Dokument. Es ist in dem Revers den Metallindustriellen nicht bestätigt worden, daß sie von den Herren Arbeitswilligen als gleich ehrbare, staatsstreue und nützliche Elemente anerkannt werden. Wir meinen, solche Bestätigung hätte sich doch auch noch erlangen lassen.

Berlin und Umgegend.

Die Vernichtung des Buchbinder-Verbandes ist jetzt offen als Ziel des Verbandes der Buchbinderbesitzer proklamiert worden. In einem von Ueberhebung zeugenden Briefe des bekannten Herrn Frißche an den Vorstand des Buchbinder-Verbandes wird nach Empfang der von letzterem eingereichten Tarifvorlage erklärt:

„Wir halten aber nicht nur die Entwürfe für ungeeignet für den Abschluß einer neuen Tarifgemeinschaft, sondern wir halten sogar Ihren ganzen Verband für ungeeignet, mit uns eine neue Tarifgemeinschaft einzugehen.“

„Begründet“ wird diese Auffassung mit dem Hinweis, daß es dem Deutschen Buchbinder-Verband nicht gelungen ist, einen allgemeinen Tarif in allen Buchbinderbetrieben Deutschlands einzuführen. Demnach müßte auch der Buchbinder-Verband als „ungeeignet“ für eine Tarifgemeinschaft befunden werden, da auch bei ihm Unterschiede in der Entlohnung bis zu 25 Proz. stattfinden, und zwar gemäß des auch von den Prinzipalen anerkannten Buchdrucker-Tarifs. Außerdem wird dem Buchbinder-Verband der Vorwurf gemacht, daß er „hinter dem Rücken seines Kontrahenten“, also des tariffrüherigen Buchbinderbesitzer-Verbandes, „agitiere“, weil er — man höre und staune — Sondertarife mit einzelnen Firmen, unter Umgehung des Buchbinderbesitzer-Verbandes, jetzt abzuschließen versuche. Wirklich köstlich! Derselbe Unternehmerverband, der unter der „glorreichen Führung“ des königlich-sächsischen Kommissionsrates Frißche den Tarif erst gebrochen, dann gekündigt und zur Durchdringung seiner unlauteeren Zwecke nahezu 4000 ehrliche Arbeiter und Arbeiterinnen aufs Pflaster geworfen hat, verlangt noch Vertragstreue von den so mitschandelten Arbeitern und ihrem Verband!

Aber Herr Frißche hat sich nicht damit begnügt, solchen Brief zu schreiben, sondern hat ihn auch, bevor er an den Empfänger abging, in einem Flugblatt veröffentlicht, das er von seinen Helfern an die Streikenden verteilen ließ. In diesem Flugblatt sind auch die Ausgaben des Buchbinder-Verbandes angegeben, angeblich nach dem Jahresbericht von 1905. Die Zahlen sind entweder plumper Schwindel oder der Verfasser ist komplett unfähig.

In Fettdruck heißt es dann weiter in diesem „Wahrheitsgetreuen“ Flugblatt:

„Wir erkennen Ihren Verband nicht mehr an.“ — „Unsere Mitglieder geben den Mitgliedern Ihres Verbandes keine Stellung in ihrem Betriebe.“

Unterschiedet ist das Flugblatt: „Verband deutscher Buchbinderbesitzer.“

Damit ist auch die Bahn klar für den Deutschen Buchbinder-Verband und er wird den Kampf so weiter zu führen wissen, daß die gegen ihn geschmiedeten Pläne zunichte werden.

Der große „Kalkül“ Frißche aber wird seinen Verband zu derselben „Müte“ emporführen, wie das von ihm geleitete Unternehmen. Und zu spät werden die von Herrn Frißche geführten Buchbinderbesitzer erkennen, daß sie die Angeführten sind.

Der Streik im Töpfergewerbe beendet. Aus Breslau wird telegraphiert: Vor dem Einigungsamt ist heute durch eine gemeinsame Kommission von Arbeitgeber und Arbeitnehmern des Töpfergewerbes eine Einigung zustande gekommen, indem die Arbeitnehmer die ihnen bewilligte Lohnzulage von 7 Proz. angenommen haben. Sowohl in den Breslauer wie in allen übrigen deutschen Ofenfabriken soll Anfang nächster Woche die Arbeit wieder aufgenommen werden.

Ein Ausstand in der Luzuspapierfabrik. Die Arbeiter und Arbeiterinnen der Buchbinderabteilung der Luzuspapierfabrik von Schloß in der Alexanderstraße befinden sich seit Dienstag im Ausstand. Dieser Konflikt steht in einem gewissen Zusammenhang mit der Kaiserfeier. Wegen Beteiligung an der Kaiserfeier suchte die Firma am Tage darauf eine Arbeitsordnung durchzusetzen, die den Arbeitern unannehmbar war. Das führte zu einem kurzen Streik, der mit der Zurückziehung der Arbeitsordnung endete. Zu Pfingsten aber wollte sich die Firma in anderer Weise für die Kaiserfeier rächen und den Arbeitern und Arbeiterinnen die bisher für die Feiertage gewährte Entschädigung von 8 und 2 M. nicht mehr zahlen. Bald darauf wurde der Vertrauensmann der Buchbinderabteilung entlassen. Eine Verfassungskommission, die hierzu Stellung nehmen sollte, suchte die Firma dadurch zu vereiteln, daß sie am dem Abend die Arbeiterinnen um 5 statt um 6 Uhr Feierabend machen ließ. Um dem Plan entgegen zu wirken, machte auch ein Teil der Arbeiter nach Rücksprache mit dem Geschäfts- oder Werksführer um 5 Uhr Feierabend. Dafür wurden sie ausgesperrt. Verhandlungen mit der Geschäftsleitung führten zu keiner Einigung. Der Streik, der die Folge jener Maßnahmen war, umfaßte gestern bereits 15 Arbeiter und 45 Arbeiterinnen.

Herr Gastwirt Bausch, Rigdorf, Allee 8/9, ersucht und mitzuteilen, daß in seinem Lokal kein Unterbrecher serviert habe. Der Betreffende (ehemalig selbstständig) sei nachweisbar gewerkschaftlich und politisch organisiert. Die Unterstellung, als ob er für arbeitereindliche Unternehmen sein Lokal zur Verfügung stelle, weise er mit Entschiedenheit zurück.

Deutsches Reich.

Aus dem Saarrevier.

Da der Streik auf der Burbacher Hütte täglich an Umfang zunahm, war die Hütte an demselben Tage, an welchem sie die bürgerliche Presse mit Verachtungen überschüttete, in welchen sie den Ausstand als unbedeutend hinzustellen suchte, gezwungen, die noch beschäftigten Arbeiter zu beurlauben. Die Arbeiter schlossen sich auf die versprochene Unterstützung hin in Scharen dem christlichen Metallarbeiterverband an, dem es bei seiner notorischen Geldsakamität sehr unheimlich dabei werden mochte und einen baldigen Frieden auf alle Fälle herbeisehnte. In der Not rief der Teufel Bliegen, und in höchster Not ersuchte die Streikleitung den nationalliberalen Reichstagsabgeordneten Volz um Vermittlung. Dieser gab seine Zusage. Die Verhandlung fand ohne Hinzuziehung von Arbeitern statt und wurde das Resultat in einer am Sonntag stattgehabten Versammlung bekannt gegeben. Die Rede des Abgeordneten Volz war ein einziges Loblied auf die Burbacher Hüttenverwaltung. Der christliche Sekretär Wenerus winselte beinahe um Gnade; er fand den Mut zu folgender Erklärung: „Wir gestehen der Hütte zu, daß wir voreilig gehandelt haben, nehmen aber für uns in Anspruch, daß wir in gutem Glauben gehandelt haben.“ — In den letzten Wochen und Monaten drehte sich der Kampf ausschließlich um das Koalitionsrecht. Die Hütte hat den Arbeitern in Burbach die Lokale abgetrieben, so daß diese sich nach Saarbrücken und St. Johann flüchten mußten. Sie hat einen Hüttenverein gegründet, welcher als Ableiter dienen sollte. Die von der Hütte direkt oder indirekt gespeiste „Burbacher Zeitung“ hat die Organisation und deren Führer in der unsäglichsten Weise mit Schmutz beworfen. Der Krämmer-Prozess hat seinen Ausgangspunkt in der Verweigerung des Koalitionsrechtes genommen und das ganze saarabische System steht und fällt mit der Frage des Koalitionsrechtes. Daß ein Arbeiterführer nach all diesen Vorwürfen den Mut finden kann, die Hütte zu entschuldigen und sich selbst als den schuldigen Teil zu bekennen, ist wahrlich ein starkes Stück. Erklärlicherweise wurde dadurch die Direktion in ihrer Hartnäckigkeit bestärkt und die Arbeiter haben den Schaden. Richtwiedereinstellung der vor dem 1. Juni entlassenen Arbeiter, welche die Kerntruppe der Organisation bilden, Verlust deren Knappschaftsrechte, bedingungslose Unterwerfung, die Reuebesetzungen von Posten werden in keinem Falle rückgängig gemacht. Das sind die Bedingungen, unter denen die Arbeit wieder aufgenommen werden mußte. „An diesen Kleinigkeiten“, so sagte Herr Wenerus, „stoßen wir uns nicht.“ Sie werden aber den von der Hütte erstrebten Erfolg haben, eine Zerstückelung der Arbeiter herbeizuführen. Somit gestaltet sich der ganze Ausstand zu einer kompletten Nieder-

lage der Christlichen, die sich ein zweites Mal die Finger nicht wieder verbrennen werden. Diese Niederlage ist herbeigeführt durch die Unfähigkeit der christlichen Führer, welche die Situation durchaus nicht beherrschten.

Die Arbeiter werden aber einsehen, daß sie klüger gehandelt hätten, wenn sie anstatt dem christlichen Verbande dem Deutschen Metallarbeiter-Verbande beigetreten wären, der sicher nicht die schmachvollen Bedingungen der Hütte akzeptiert haben würde. Was verabsäumt wurde, muß jetzt schleunigst nachgeholt werden.

Neue Kämpfe in der Dresdener Metallindustrie.

Die Vereinbarungen, die schließlich zur Beendigung der Metallarbeiteraussperrung in Dresden führten, enthielten auch den Passus, daß die Arbeitsbedingungen nach Wiederaufnahme der Arbeit nicht verschlechtert werden dürften. Daran haben sich aber einige Firmen, vor allem die Eisengießerei Louis Paul in Kadebeul nicht gehalten. Sie nahen Lohnreduktionen vor und als dieses vertragsbrüchige Verhalten von der „Sächsischen Arbeiterzeitung“ festgestellt wurde, mahngelte sie zwei Arbeiter. Darauf haben die Arbeiter der Firma am Donnerstag mit einmütiger Arbeitsniederlegung geantwortet.

In den ersten Wochen der Metallarbeiteraussperrung erklärten die Metallindustriellen in Dresden durch große Plakate, die zur Irreführung des Publikums dienen sollten, sie könnten mit den organisierten Arbeitern keine Vereinbarungen abschließen, weil der Metallarbeiterverband keine Gewähr für Einhaltung der Verträge biete. Jetzt hat sich gezeigt, daß der Mangel an Gewähr für Vertragseinhaltung bei den Unternehmern zu suchen ist.

Der Mauerstreik in Bayreuth verschärft sich. Die Unternehmer wollen, dem Beispiele ihrer Kollegen in Hof folgend, Streikbrecher aus Italien kommen lassen. Es scheint, daß die Unternehmer sich schon lange auf den Streik vorbereitet hätten, um sich von ihrem im vorigen Jahre gegebenen Versprechen, in diesem Frühjahr die Löhne freiwillig aufzubessern, zu drücken. Aus einem unserem Bayreuther Parteiblatt zugewandten, an einen dortigen Bauunternehmer gerichteten Schreiben eines italienischen Streikbrecheragenten geht hervor, daß die Herren sich schon vor längerer Zeit wegen der Heranziehung italienischer Arbeitskräfte bemüht haben.

Ausland.

Der Reumstundentag auf dem Bormarsche in der Schweiz. In den Malern und Gipfern haben nun auch die Tapezierer in Zürich den Reumstundentag errungen, ebenso ein Teil der Zimmerer, während etwa 100 derselben noch im Kampfe stehen. Weiter haben in Zürich den Reumstundentag die Buchdrucker (in der Grilli-Deuderei die 8 1/2 stündige Arbeitszeit), die Anschläger, Steinhauer und Schreiner. Auch in St. Gallen haben dieses Jahr schon die Tapezierer den Reumstundentag errungen. — Nun hat auch die Gotthardbahn den Reumstundentag in ihren Werkstätten eingeführt und müssen die Bundesbahnen, die von dem radikal-kapitalistischen Klängel beherrscht werden und die noch immer den Reumstundentag haben, in aller Kürze nachfolgen.

Rassenstreik. Am Montag findet in Reichenberg (Böhmen) eine Versammlung familiärer Fabrik- und Werkstätten-vertretern statt mit der Tagesordnung: Die Vorbereitungen zum Rassenstreik.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Internationaler Arbeiterschutz.

Bern, 14. Juni. (B. Z. B.) Der Bundesrat beschloß heute, die an der Internationalen Konferenz für Arbeiterschutz vertretenen gewesenen Staaten zu einer neuen diplomatischen Konferenz einzuladen; dieselbe soll in der zweiten Hälfte des September in Bern zusammentreten und sich mit der Frage der Aufstellung eines internationalen Vertrages betreffend Verbot der Nachtarbeit der Frauen in der Industrie befassen. Die Konferenz wird vom Bundesrat Deutscher eröffnet werden. — Was das Verbot der Verwendung des gelben Phosphors betrifft, so hat man für den Augenblick davon abgesehen, ein internationales Abkommen vorzuschlagen; da die von verschiedenen Staaten gestellte Bedingung, nämlich Zustimmung Japans zu den Beschlüssen, nicht erfüllt wurde.

Zur Auslieferung des Ingenieur Rutenberg.

Bern, 14. Juni. (Meldung der Schweizerischen Telegraphenagentur.) Im eidgenössischen Justiz- und Polizeidepartement hat man keine Nachricht von einem Auslieferungsbegehren gegen den Ingenieur Rutenberg, das der „Kowojc Dremja“ zufolge gestellt worden sein sollte.

Die Duma.

Beirburg, 14. Juni. (B. Z. B.) Reichsduma. Nach Wiederaufnahme der Verhandlungen beschloß das Haus, einem Antrage auf Ausschluß des Abgeordneten Ulanow, der Redakteur eines gerichtlich unterdrückten Blattes ist, nicht stattzugeben. Die Sitzung wird in der Folge geradzu kürmisch; der Oberprokurator im Kriegsministerium, General Pawlow, erklärt, die Todesstrafe könne von dem Kriegsminister nicht abgeschafft werden; dieser habe nicht das Recht, sich den Entscheidungen der Gerichte in den Weg zu stellen. (Rufe: Mörder! Mörder!) Der Präsident droht, die Sitzung zu schließen. Die Abgeordneten Kusin, Larasow und Lebusch halten heftige Reden unter lärmendem Beifall; sie richten Angriffe auf die Regierung und lenken die Aufmerksamkeit auf die Bergweisung, die sich des ganzen Landes bemächtigt und zu fürchterlichen Geschehnissen führen könnte. Der Priester Monastiew erinnert an den Namen des Leutnant Schmidt in Sebastopol, den er als Freiheitskämpfer feiert. Redner schließt damit, der Jörn Gottes werde auf die Uebelthäter niederfallen und sie würden bei dem Gesetz keinen Schutz finden, wenn das erbitterte Volk aufstehen werde.

Differenzen zwischen Rumänien und Griechenland.

Athen, 14. Juni. (Meldung der Agence Havas.) Die diplomatischen Beziehungen zwischen Griechenland und Rumänien sind offiziell abgebrochen. Aufstand übernimmt den Schutz der griechischen Untertanen in Rumänien mit Ausnahme von Traila, wo dies der französische Konsul tut. Alle griechischen Konsuln in Rumänien sind abberufen worden.

Kampf zwischen Griechen und Türken.

Konstantinopel, 14. Juni. (Meldung des Wiener I. I. Korrespondenz-Bureaus.) Wie aus Konstantinopel telegraphisch gemeldet wird, fand am 11. Juni in Kaza Florina ein heftiger Kampf statt zwischen einer 150 Köpfe zählenden griechischen Bande und türkischen Truppen. Die griechische Bande verlor manig Mann, achtzehn wurden gefangen genommen. Nach anderer Meldung beläuft sich der Verlust der Bande auf 25 Tote, 20 Verwundete und 5 Gefangene, der der Türken auf 3 Tote und 5 Verwundete.

Kämpfe in China.

Tientsin, 14. Juni. (B. Z. B.) Die Kämpfe der Chinesen gegen die Tsinguisen verlaufen auch weiterhin unglücklich. Die Tsinguisen hielten einen Zug an und erbeuteten 3000 an den Tartaren-general Chao gesandte Gewehre mit Munition. Der Verlust bei den Kämpfen auf Seiten der Regierungstruppen beträgt 60 Mann.

Die Revolution in Rußland.

Die Duma.

Petersburg, 14. Juni. Dieigenen Blättern zufolge wird die Reichs-Duma längstens bis zum 28. Juni beisammen bleiben und sich dann vertagen.

Petersburg, 14. Juni. In der heutigen Sitzung der Duma berichteten mehrere Abgeordnete unter lebhaftem Beifall auf das Wort, während einige andere lange Reden hielten.

Die Agrarfrage.

Petersburg, 14. Juni. (Z. L. V.) Von einem besonderen Berichterstatter. In einer gestern unter dem Vorsitz des Professor Petrazski abgehaltenen privaten Beratung sprachen sich die bäuerlichen Duma-Abgeordneten bestimmt gegen die Bildung eines Landfonds zur Verpachtung an landarme Bauern.

Zur Lage.

Die Lage in den Häfen des Schwarzen Meeres ist sehr bedenklich. In Sewastopol hat jeder Verkehr zur See aufgehört. In Odessa streifen alle Hafenarbeiter, Matrosen, Geizier und auch Köche.

Auch in Petersburg gärt es. Die Schiffer auf den Barken, welche Bau-, Holz- und Brennholz, Kohle und andere Materialien nach Petersburg und in die Umgegend liefern, sind in den Ausstand getreten.

Infolge dieses Streiks sind gegenwärtig die Preise für Holz und Kohle bereits bedeutend gestiegen. Wie die „Dwadzjat Wel“ meldet, herrscht auch in Kronstadt unter den Matrosen Erregung, weil in der vorigen Woche zwei Matrosen vom Panzerkreuzer „Gromoboi“ von einer Kavalleriepatrouille mit Kugeln geschlagen wurden.

Auch die Bauern scheinen mit den Reden in der Duma nicht befriedigt. Wie die „Wirschewija Wjedomosti“ meldet, wurden im Gouvernement Poltawa Proklamationen verbreitet, in denen die Bauern aufgefordert werden, nicht in den Wirtschaftsgebäuden der Gutsherren zu schlafen, da diese den Flammen geweiht sind.

Aus Charkow wird gemeldet, daß im Kreise Sumy seit Dezember 1100 Bauern verhaftet worden sind.

Verhaftungen unter den Truppen.

Wie die „Reich“ („Radetten“-Organ) erzählt, sind in der Zeit vom 24. bis zum 27. Mai in den Petersburg'schen Truppenteilen zahlreiche Verhaftungen erfolgt. So wurden z. B. im Ussoljarsk-Regiment drei Unteroffiziere verhaftet.

Die Regierung läßt indes alle Meldungen über angeblich im Heere aufgetretene Meutereien als falsch bezeichnen. Die Regierung könne sich unbedingt auf die Arme verlassen.

Demnächst würden 600 000 Mann nach dem Süden gehen und die Ruhe wieder herstellen.

Die Arbeitslosen auf dem kahlen Lande.

Die Gouverneure haben dem Ministerium des Innern Berichte über die große Ansammlung von Arbeitslosen in den Dörfern eingeschickt, welche aus den Redaktionen und den Gouvernementsstädten ausgewiesen sind. Den Arbeitslosen fehlt es an jeder Möglichkeit, Arbeit zu erhalten, und sie fallen in der Provinz ihren ohnehin darbenenden Angehörigen zur Last.

Ein Auslieferungsantrag Väterchens.

Petersburg, 14. Juni. Der „Kosmoje Wremja“ zufolge hat Rußland bei der schweizerischen Regierung beantragt, daß der Revolutionär Ingenieur Kutenberg, der sich nach der Schweiz geflüchtet hat, als gemeiner Mörder ausgeliefert werde, nachdem die Untersuchung ergeben habe, daß der ehemalige Priester Sapron von Autenberg und zwei Helfern desselben ermordet worden.

Die Angaben der russischen Behörden über die Taterschaft Kutenbergs verdienen natürlich das intensivste Mißtrauen. Auf alle Fälle ist es eine unerschämte Frechheit, daß die Inspiratoren der „Schwarzen Vanden“, Kreaturen, die schlimmer sind als gemeine Mörder, einen politischen Mord zum gemeinen Mord zu stempeln wagen.

Allgemeiner Fürsorgeerziehungstag.

In der heutigen zweiten und letzten Sitzung führte der Oberpräsident Graf v. Redlig und Trübschler in einer Begrüßungsrede u. a. aus: Ich will nicht verhehlen, daß ich die sanguinischen Hoffnungen, die an das Gesetz vielfach geknüpft wurden, nicht geteilt habe. Dazu sind die Schäden in unserem Volks- und gesellschaftlichen Leben zu tief.

Bestrebungen jede Unterstützung zuteil werden zu lassen. Soweit ich persönlich dazu imstande bin, können Sie auf meine volle Unterstützung rechnen.

Der Erziehungstag beschäftigte sich danach mit der Frage: Fürsorgeerziehung oder Gefängnis?

Anstaltsvorsteher Wicher (Wohlaw) fasste seine Ausführungen in folgenden Leitsätzen zusammen:

1. Die Bestrebungen der Neuzeit, Verbrechen vorzubeugen und die gefährdeten Jugendlichen vor dem sittlichen Verfall zu bewahren, sind mit großer Freude zu begrüßen und zu unterstützen; doch kann durch alle diese Maßnahmen, selbst durch eine ideal gedachte Handhabung des Fürsorgeerziehungsgesetzes nicht immer verhindert werden, daß ein Teil der Minderjährigen der sittlichen Verwahrlosung und dem Verbrechertum anheimfällt.

2. Fürsorgeerziehung und Gefängnis stehen darum häufig in Wechselbeziehung zu einander. Die jugendlichen Übeltäter wandern bald aus dem Gefängnis in die Fürsorgeerziehungsanstalt oder umgekehrt.

3. Ältere Fürsorgezöglinge ziehen manchmal das Gefängnis der Fürsorgeerziehungsanstalt vor und begehen Verbrechen, nur um ins Gefängnis hineinzukommen.

4. Die Ursachen dieser unnatürlichen Erscheinung sind mannigfaltig. Sie sind zu suchen:

- a) bei den Jünglingen selbst,
b) in der Art der Rechtsprechung,
c) in der Art des Strafvollzuges und
d) in der Organisation und der Verwaltung der Gefängnisse und der Erziehungsanstalten.

5. Dem Uebelstande, der Furcht der gefährdeten Jugendlichen vor der Fürsorgeerziehung und den Erziehungsanstalten muß nach Kräften entgegengetreten werden, und zwar:

- a) durch eine angemessene Erziehung und Befehrung der gefährdeten Jugendlichen, besonders durch Bedienung des in ihnen schlummernden Ehrgefühls,
b) durch Vermeidung von gerichtlichen Anzeigen bei kleinen Vergehen der Jugendlichen, welche durch die Erziehungsfaktoren wie Eltern, Lehrer, Vormünder und dergleichen geahndet werden können, durch häufigere Anwendung des § 1, Abs. 1 des Fürsorgeerziehungsgesetzes bei der Bestimmung der Jugendlichen zur Fürsorgeerziehung, durch Einführung von besonderen Gerichten für Jugendliche und durch häufigere Anwendung des gerichtlichen Verweises statt der Verurteilung zu kurzen Haft- und Gefängnisstrafen,
c) durch ausgiebigere Anwendung der Aussetzung der Strafvollstreckung und der bedingten Vergnügung,
d) durch Unterbringung der jugendlichen Übeltäter, wenn es durchaus sein muß, in Gefängnisse für Jugendliche und Schaffung einer besonderen Hausordnung für diese Strafanstalten,
e) durch Beseitigung des Gefängnischarakters einzelner Erziehungsanstalten wie durch Vermehrung aller Maßnahmen, welche die Erziehung der jugendlichen Verwahrlosten fördern können.

6. Im Interesse der verwahrlosten Jugend ist der Unterbringung derselben in Fürsorgeerziehung vor der Internierung in ein Armenhaus, Korrekthaus oder Gefängnis der Vorzug zu geben.

7. Die Fürsorgeerziehung darf nur in seltenen Fällen durch Verbüßung von Gefängnisstrafen unterbrochen werden, da sie dadurch nur ungenügend beeinträchtigt wird.

8. Alle maßgebenden Faktoren, Behörden, Anstaltsleiter und Anstaltsbeamte werden auf Mittel und Wege sinnen müssen, die Fürsorgeerziehung im Sinne des Wortes zu handhaben. Die Jünglinge müssen mit Liebe, Geduld und Rücksicht und vor allem unter Berücksichtigung ihrer Individualität behandelt werden; dann wird die Furcht vor der Fürsorgeerziehung aus den Köpfen der jugendlichen Verwahrlosten schwinden. Sie werden das Gefängnis nicht aufsuchen und der Zweck des Fürsorgeerziehungsgesetzes wird sicherer erreicht werden.

Gefängnisdirektor Hülsberg-Wohlaw: Der Prügelstrafe werde niemand das Wort reden wollen. Man habe in früheren Jahren mit der Prügelstrafe nichts erzielt. Als internes Disziplinarmittel bei ganz außergewöhnlichen Notheiten wäre die Prügelstrafe für jugendliche Gefangene vielleicht willkommen. Eine betrübende Erscheinung sei es, daß aus der Fürsorgeerziehungsanstalt auf ihrer verbotenen Wanderschaft Straftaten begangen, um nicht zurück in die Erziehungsanstalten, sondern ins Gefängnis zu kommen. Fast bei jeder Neueinführung erlebe man es, daß die Vorfahren auf die Frage nach dem Grunde ihres Entlaufens und ihrer Straftat in freimütiger Weise erklärten: Ich wollte ins Gefängnis, in die Erziehungsanstalt bringt mich keiner mehr hinein. Allerdings sei dies die Hefe der Jünglinge. Ein großer Uebelstand sei, daß ein sehr großer Teil der Knaben viel zu spät in die Fürsorgeerziehung komme, oftmals wenn sie schon ein- oder mehrere Male ins Gefängnis waren. Dittmars haben ihm jugendliche rückfällige Verbrecher erklärt: Wenn mir das erste Mal die Strafe erlassen worden und ich dafür gleich in eine Erziehungsanstalt gekommen wäre, so wäre ich jetzt ein ordentlicher Junge, hätte etwas Nützliches gelernt und wäre vielleicht nie mehr vor der Strafrichter gekommen. Es empfehle sich auch, jugendliche Strafgefangene nach Verbüßung ihrer Strafe, anstatt in eine Erziehungsanstalt in eine geordnete Familienpflege bei einem Bauer oder Handwerker unterzubringen. Die Furcht der Jungen vor der Fürsorgeerziehung sei selbstverständlich eine unnatürliche Erscheinung. Wir müssen uns vielleicht sagen, daß die Fürsorge für unsere verbrecherische Jugend nicht immer in der rechten Weise gehandhabt wird, daß Mängel und Schäden zutage getreten sind, die eine dringende Abstellung, eine gründliche Reform erheischen. Heute, wo die Familienverhältnisse in breiten Schichten mehr oder minder zerrüttet, die Familienbände gelockert seien, zumal in den Städten und großen Industriezentren, wachsen viele Kinder ohne Liebe, ohne Pflege, ohne Lebensfreude auf. Da müssen sie dem Vater alltäglich das nötige Quantum Schnaps holen, werden oft auf Bettel und Diebstahl ausgehändelt, da hören sie stets schimpfen auf jegliche Autorität, auf die Obrigkeit, Kirche und Schule. Die konfirmierten Knaben treten nur zu einem geringen Teil in die Lehre; die meisten gehen bloß auf Arbeit und werden gewöhnlich Fabrikarbeiter. Als solche sind sie vollstündig Herren über ihre freie Zeit, allen schlechten Einflüssen preisgegeben. Da gilt es frühzeitig den Hebel der Bewahrung und Rettung anzusetzen, ehe die Verbrechertumslaufbahn beschritten wird. Die strafmündigen Kinder müssen einer sorgfältigen, geordneten Erziehung zugeführt, die aus der Schule entlassenen in Fortbildungsschulen zusammengehalten, in Jünglingsvereinen gesammelt werden.

Errichtung von Jugendgerichten.

Unbedeutende Vergehen von Schulkindern dürfen nicht auf gerichtlichem Wege, sondern auf dem der Schulzucht geahndet werden. Wahrscheinlich, es tut mir jedesmal in der Seele weh, und ich finde es allen pädagogischen Anschauungen ins Gesicht geschlagen, wenn Väterchen, die kaum über den Tisch sehen können, aus der Schule herausgerissen, ins Gefängnis eingeliefert werden. Sie schauen gewöhnlich fröhlich drein, als hätten sie auch nicht im geringsten etwas verbrochen, als müßte es so sein, daß sie einmal zur Abwechslung hinter Schloß und Riegel kommen. Oftmals meinen sie jämmerlich, daß sie in die einlame Zelle wandern und fortan auf Monate der Aufsicht von Vater und Mutter befreit seien. Gutmär, es ist eine Gärte, solchen ungeborenen Jungen, die verdroge ihres unflaren Stillsitzensbewußtseins und ihrer unbestimmbaren Charakterbildung leicht be-

stimmbar sind, wegen geringfügiger Vergehen für ihr ganzes Leben den Stempel von Verbrechern aufzudrücken. Und welche Gefahr erwächst aus der Rückkehr eines Knaben aus dem Gefängnis in die Schule seines Heimatortes für seine Kameraden? Es ist dringend notwendig, daß der Richter von dem § 58 des Strafgesetzbuches, dem sogenannten Einflucht-Paragrafen, den weitesten Gebrauch mache. § 58 Str.-G.-B. lautet: Ein Angekluldigter, welcher zu einer Zeit, als er das zwölfte, aber nicht das achtzehnte Lebensjahr vollendet hatte, eine strafbare Handlung begangen hat, ist freizusprechen, wenn er bei Begehung derselben die zur Erkenntnis ihrer Strafbarkeit erforderliche Einflucht nicht besaß. Es empfiehlt sich nach dem Vorbilde anderer Staaten die Einrichtung von Jugendgerichten, auch für Jugendliche von 14 bis 18 Jahren bei erstmaligem Fehltritt. Jugendliche müssen nach Möglichkeit vor dem Gefängnis verurteilt und lieber der Strafe der Zwangs- oder Freiheits-erziehung überwiehen werden. Die Feststellung des Vorhandenseins oder Fehlens der Einflucht ist eine der schwierigsten Aufgaben. Die heilsamen Folgen der Bekämpfung des Verbrechens durch Erziehung zeigen sich in England. Während dort die Zahl der jugendlichen Verbrecher im beständigen Sinken begriffen ist, wächst sie bei uns in geradezu gefährlicher Weise. Fast 5000 Jugendliche werden jährlich bestraft, das sind 9 Proz. aller Gefangenen überhaupt. 24 Proz. sind bereits ein- oder mehrere Male vorbestraft. Als Strafverbüßungsanstalten für Jugendliche dürfen selbstverständlich nur solche Gefängnisse in Frage kommen, die entweder ausschließlich für Jugendliche bestimmt sind, oder eine Jugendabteilung anweisen, in der die Inhaftierten von jedem Verkehr mit erwachsenen Verbrechern ausgeschlossen sind.

Die wichtigste Frage im Strafvollzug an den Jugendlichen ist:

Was soll mit den Entlassenen geschehen?

Er versuche es mit der Unterbringung in einer Dienst- oder Lehrstelle. Jungen, die sich im Gefängnis gut geföhrt und fleißig gearbeitet haben, sollte man nicht nachträglich, gewissermaßen als Nachkur in eine Erziehungsanstalt bringen. Zum mindesten sollte man vorher ein Gutachten der Gefängnisdirektion über ihr Verhalten einholen.

„Rein Willeken“.

Sehr zu empfehlen sei es, die Jünglinge in den Erziehungsanstalten so zu behandeln, daß sie zu der Einflucht kommen, die Anstalt wolle ihnen das Vaterhaus ersetzen. Es müßte den Jungen gesagt werden, daß ihnen beim Eintritt in die Anstalt kein „Willeken“ (Prügel) winkt. Gänzlich falsch sei, Jünglinge zur Strafverbüßung aus der Erziehungsanstalt ins Gefängnis zu führen. Es müßten Einrichtungen getroffen werden, kurze Gefängnisstrafen in den Anstalten abzuheben zu lassen. Durch solches Eintreten für die Jünglinge wachse ihr Vertrauen, und sie gewinnen die Anstalt und ihren Leiter lieb. Letzterer müßte überhaupt in engster Beziehung zu den Jünglingen stehen, so daß sie zu ihm aufblicken wie zu einem Vater, dem sie zu jeder Zeit alle ihre großen und kleinen Sorgen und Mühen ohne Scheu vortragen. In letzteren gehört auch die Bekämpfung ihres gewöhnlich kolossalen Appetits. Lassen wir die Jungen sich ruhig einmal den Magen überladen, wir haben es auch früher manchmal getan. (Weiterleit.) Allerdings müßte der Leiter der Anstalt auch für Disziplin sorgen, die nicht meinen, mit Schimpfen, Flüchen und heimlicher Verabreichung von Bissen werde die beste Erziehung getrieben, die vielmehr durch väterliche, wohlwollende, wenn auch ernste und strenge Behandlung zeigen, daß sie mit den Jünglingen fühlen und ihr Bestes im Auge haben. Wenn die Erholungszeit der Jünglinge nicht zu knapp bemessen werde, wenn mit den Jünglingen größere Spaziergänge unternommen, tägliche Turnübungen und Bewegungsspiele, bei festlichen Gelegenheiten theatralische und musikalische Aufführungen veranstaltet werden, wenn ihnen gute Unterhaltungsbücher und Spiele zur Verfügung stehen, kurz, wenn die Jünglinge in allen Einrichtungen und Veranstellungen sehen, daß man ihnen das Elternhaus möglichst ersetzen wolle, dann werden sie die Anstalt als ihre zweite Heimat ansehen. (Lebhafter, langanhaltender Beifall.)

Pastor Roth-Gr.-Rosen: Die Jungen ziehen das Gefängnis der Erziehungsanstalt vor, weil in dem ersteren genau die Dauer bemessen sei. Es müßte auch Verbitterung herboren, wenn entgegen dem Grundgesetz: „No bis in idem“, die Jugend nach der Strafverbüßung noch in eine Erziehungsanstalt kommen.

Pastor Eichberg-Gr.-Strehly: Man solle in erster Reihe eine Verester jugendlicher Verbrecher ins Auge fassen. Gefängnis- oder Jugendstrafen tragen aber keineswegs dazu bei, dafür sprechen die vielen Rückfälligkeiten. Es empfehle sich das Apostelwort bei den jugendlichen Verbrechern: „Glaube, Liebe, Hoffnung, diese drei, und die Liebe ist die größte unter ihnen“, praktisch zur Anwendung zu bringen.

Oberlehrer Wunt-Döhlendorf bei Hamburg: In Hamburg habe man noch niemals gehört, daß Fürsorgezöglinge den Aufenthalt im Gefängnis der Erziehungsanstalt vorziehen. Der Redner trat im weiteren für Errichtung von Jugendgerichten nach dem Vorbilde von Nordamerika ein. — Warrer Peters (Wöhrensee bei Berlin) betonte in längerer Rede die Notwendigkeit, sich zu entscheiden, ob Erziehungsanstalt oder Gefängnis.

Vormundschaftsgerichte.

Pastor Seifert-Strandberg befragte folgenden Antrag: Der allgemeine Fürsorgeerziehungstag spricht den Wunsch aus, daß die Strafsachen gegen Jugendliche, soweit es irgend möglich ist, denselben Richtern wie die Vormundschaftsachen überwiesen werden und daß für eine zweckmäßige Schulung dieser Richter Sorge getragen wird.

Anstaltsvorsteher Rauber-Grottkau teilte eine Reihe von Entweichungen mit. Trotdem befragte er nicht gefängnisartige Einrichtungen, sondern liebevolle Behandlung. — Frau Regierungsrat Wegner-Breslau: Ganz besonders für Mädchen empfehle ich Jugendgerichte. Mädchen werden von den Strafgerichten oftmals in einer Weise ausgefragt, daß wenn sie noch nicht ganz verdothen seien, sittlich gefährdet werden. Die Rednerin beantragt im weiteren, zu beschließen, an zuständiger Stelle vorstellig zu werden, daß das Strafmündigkeitsalter auf das sechzehnte, die bedingte Zurechnungsfähigkeit auf das 21. Lebensjahr heraufgesetzt werde.

Regierungsdirektor Dr. Anapye-Drauschweig teilte mit, daß in Drauschweig bereits Bestimmungen für den Strafvollzug jugendlicher getroffen sei.

Fräulein Cäcilie Sachs (Breslau) rügte es, daß die Unterbringung jugendlicher in die Fürsorgeanstalten oftmals wegen des Streites, ob Staat oder Gemeinde die Kosten zu tragen haben, eine ganz ungebührlich lange Verzögerung erfahren.

Pastor Wachhausen (Hannover) befragte folgenden Antrag:

Der Allgemeine Fürsorgeerziehungstag richtet an den Herrn Justizminister die Bitte, die Strafrichter anzutreiben, daß ein Jugendlicher, wenn er in die Fürsorgeerziehung überwiesen ist, wegen derjenigen Vergehen, die seine Ueberweisung in die Fürsorgeerziehung herbeiführten, nicht auch zugleich bestraft wird, sondern das Verfahren gegen ihn einzustellen ist, falls die Art des Vergehens es irgendwie zuläßt.

Auf Antrag des Oberlehrers Wunt-Döhlendorf wurde beschlossen, sämtliche Anträge dem Vorstande zur Verdisziplinierung zu überweisen. Diefem Antrage wurde zugestimmt.

Pastor Wiohtow-Frankfurt a. O. sprach über: Die Schwierigkeit der Erziehung der älteren weiblichen Fürsorgezöglinge, insbesonheit der Prostituierten.

Der Redner legte seinem Vortrage folgende Leitsätze zugrunde:

- 1. Die Größe der Schwierigkeit wird offenbar, wenn das Ziel der Aufgabe, die Jünglinge zu religiös-sittlichen Persönlichkeiten zu erziehen, mit dem Zustand religiös-sittlicher Verkommen-

Welt verglichen wird, in dem die Mädchen den Erziehungsanstalten zugeführt werden.

2. Die sittliche Verkommenheit der Höglinge hat meist in der Verderbtheit aller sittlichen Anschauungen ihren Grund und tritt in dem lägenhaften, heuchlerischen, trägen und ungehorsamen Wesen der Höglinge zutage.

3. Große Schwierigkeit für die Erziehung bieten die verderblichen Einflüsse, die von sittlich verkommenen Familienangehörigen auf die Höglinge ausgehen. Auch können diese unter sich einen verderblichen Einfluss auf einander ausüben.

4. Sofern die Fehler der Höglinge nicht auf krankhafter Naturanlage beruhen, ist eine Besserung durch Erziehungsanstalten möglich und erfahrungsgemäß bei der größeren Zahl der Höglinge eingetreten.

Mit den üblichen Dankesreden wurde der Erziehungstag geschlossen.

Der nächste im Jahre 1908 abzuhaltende Fürsorgeerziehungstag soll in Südwestdeutschland stattfinden.

Verbandstag der Schuhmacher.

Kürnberg, 13. Juni.

Dritter Verhandlungstag.

Der erste Vorsitzende Simon teilt mit, daß ein sehr tätiges und fleißiges Mitglied der Jahreshalle Nürnberg, der Kollege Philipp, im städtischen Krankenhaus verstorben ist. Der Vorstand wird beauftragt, bei der Beerdigung einen Kranz im Namen der Generalversammlung am Grabe niederzulegen. Zu Ehren des Verstorbenen erheben sich die Versammelten von den Sitzen.

Dann erhält der Vertreter der Generalkommission, Knoll, das Wort. Er bemerkt, die gestrigen Auseinandersetzungen zwischen Ausschuss und Vorstand hätten ihm bewiesen, daß das Verhältnis zwischen den beiden wichtigen Körperschaften nicht ein solches sei, wie es erforderlich wäre, wenn ein gedeihliches Zusammenwirken im Interesse der Gewerkschaft zustande kommen sollte. Wenn man Reibungen in Zukunft vermeiden wolle, so müsse man sich dazu entschließen, an dem Statut eine organische Operation vorzunehmen in der Weise, daß der Ausschuss nicht als Kontrollorgan für den Vorstand, sondern als Beauftragter eingestuft wird.

Darauf erhalten die Berichterstatter das Schlusswort. Der erste Vorsitzende Simon geht auf die verschiedenen Bemängelungen, die in bezug auf Maßnahmen des Vorstandes vorgebracht wurden, ein und sucht dessen Haltung in verschiedenen Angelegenheiten zu rechtfertigen. Schließlich bemerkt sich Redner nochmals dagegen, daß der Vorstand bei Anstellung von Gaubeamten nicht von sachlichen Gründen, sondern von persönlichen Gefühlen geleitet worden sei. Endlich weist er die Bemerkung Haupt zum Rück, daß er, Simon, in der Sache Schaumburg den Kollegen Köller als Sprachrohr benützt habe. Er habe mit Köller über den Fall Schaumburg überhaupt nicht gesprochen.

Haupt-Magdeburg verteidigt in seinem Schlusswort zum Ausschussbericht die Entscheidungen des Ausschusses. Er habe nichts dagegen, wenn in Zukunft der Ausschuss bei Anstellungen nicht mehr mitreden dürfe. Gegenüber den Ausführungen Knolls bemerkt er, es sei tatsächlich richtig, daß Reibungsursachen zwischen Vorstand und Ausschuss vorhanden sind, aber es sei nicht richtig, den Ausschuss bloß als Beschwerdebüro zu betreiben zu lassen. Er müsse als Kontrollinstanz schon in Rücksicht auf die Revisionen der Kasse bestehen bleiben. Daß das Verhältnis zum Fachblatt bleibt, wie es jetzt ist, so lange Wod an der Spitze desselben steht, dagegen habe er nichts, zu der Anregung, daß verschiedene Punkte vertraglich festgesetzt werden, sei er nur durch verschiedene Umstände gekommen, da die Ausgaben für Expedition plötzlich gestiegen seien usw. Zum Schluss erklärt er, wenn er den Verlauf der Verhandlungen an sich vorüberziehen lasse, so müsse er sagen, er sei herzlich froh, daß der Ausschuss seine Entscheidungen so getroffen hat, wie geschehen. Wod-Gotha bemerkt nochmals, daß ein Vertrag wegen des Fachblattes schon existiert. Mit dem Verband werde über alle Ausgaben genau abgerechnet. Die Erhöhung der Ausgaben für die Expedition rühre daher, daß früher die Expedition des Fachblattes von der Expedition des Gothaer „Vollblatts“ mit versehen wurde. Als die Auflage noch klein war, zahlte der Verband einen kleinen Teil des Gehalts des Expedienten; die Auflage sei aber inzwischen so gestiegen, daß zur Expedition eine Arbeitskraft vollständig abfordere wird, deshalb habe der Verlag das „Vollblatt“ gefordert, daß der Verband das volle Gehalt des Expedienten zu bezahlen habe.

Nach einer kurzen Diskussion entscheidet sich die Versammlung für die Anstellung eines zweiten Kassierers. Dem Vorstand und Ausschuss wird Entlastung erteilt. Nachdem erfolgt die Spezialdiskussion und Abstimmung über die allgemeinen Anträge. Es wird zunächst der Antrag angenommen, wonach der Vorstand die Rückzahlungen nicht unter „sonstige Einnahmen“, sondern als Rückzahlungen zu buchen hat.

Hammacher-Berlin tritt für Anstellung eines Gaubeamten für die Provinzen Ost- und Westpreußen ein, welcher der polnischen Sprache mächtig sein soll. Das Gleiche befürwortet Frohn-Stettin. Ebenso tritt Knoll-Berlin als Vertreter der Generalkommission für Anstellung eines polnisch sprechenden Beamten ein. Es handle sich darum, der großpolnischen Agitation in diesen Gegenden wirksam entgegenzutreten. Simon-Kürnberg weist auf die Schwierigkeiten der Agitation in diesen Gegenden hin. Die Schulindustrie habe in letzter Zeit dort sehr an Ausdehnung gewonnen. Er empfiehlt ebenfalls die Anstellung eines Beamten für diese Gegend.

Der Antrag, aus Berlin und seinen Vororten einen eigenen Gau zu bilden, wird abgelehnt.

Kurze-Tutlingen tritt für Anstellung eines Ortsbeamten für Tutlingen ein. Haupt-Magdeburg macht den Vorschlag, die Jahreshalle, in denen Ortsbeamte notwendig sind, sollen für Verwaltung- und Agitationszwecke einen Lokalzuschlag von 5 Pf. pro Mitglied und Woche einführen. Unter dieser Voraussetzung wird die Anstellung eines Ortsbeamten für Tutlingen gutgeheißen. Ueber die Anträge, gegen den übermäßigen Alkoholenz eine besondere Agitation zu entfalten, wird zur Tagesordnung übergegangen. Diese Bekämpfung wird für selbstverständlich erachtet. Die Anträge, die auf Errichtung und Förderung von Arbeitsnachweisen hingingen, werden dem Vorstand zur Berücksichtigung überwiesen.

Weikers-Erfurt tritt für die Anstellung eines Gaubeamten in Thüringen und Provinz Sachsen ein mit dem Sitz in Erfurt. Unter den heutigen Verhältnissen könne von einer planmäßigen Agitation nicht die Rede sein. Für diesen großen Gau sei ein selbständiger Gaubeamter notwendig. Schilling-Magdeburg und Haupt-Magdeburg unterstützen den Antrag, beide erklären sich jedoch dafür, daß der Sitz der Gaubehörde nach Halle verlegt werde. Dietrich-Erfurt wünscht, daß der Sitz der Gauleitung in Erfurt belassen werde. Die Anstellung eines Gaubeamten für Thüringen und Provinz Sachsen wird beschlossen, doch kommt der Sitz nach Halle.

XV. Generalversammlung des Verbandes der Brauereiarbeiter.

th. Köln, den 13. Juni 1906.

(Erster Verhandlungstag.)

Nach Eröffnung der Sitzung durch Hodapp-Berlin werden zunächst geschäftliche Angelegenheiten erledigt.

Den Bericht des Hauptvorstandes erstattet Bauer. Die Kämpfe der letzten zwei Jahre haben viel Arbeit gebracht. Allein 22 Angriffstreiks seien notwendig gewesen. Die Aussperrungen und Nachregelungen haben 62 Abwehrtreiks erfordert. In 679 Betrieben mit 27000 Arbeitern sind bessere Löhne und Arbeitsbedingungen errungen. Bei der Raffenerbeit habe leider der Vorstand nicht immer genügend Unterstützung gefunden. Die Anstellung von Gaubeamten sei ein sehr glücklicher Beschluß gewesen, Ohue-

dem hätte man den vielen Angriffen der Unternehmer nicht standhalten können, noch viel weniger eine genügende Agitation treiben können. Zwar seien nicht alle Erfolge auf die Tätigkeit der Gaubeamten zu setzen, aber immerhin hätten sie sich bezahlt gemacht. Seit 1904 ist die Zahl der Jahreshallen von 163 auf 224 und die Mitgliederzahl von 18000 auf 26000 gewachsen. Die vom letzten Verbandstage beschlossene Statistik über Sonntagsarbeiten habe nicht ausgeführt werden können, weil nur ziele 20 Jahreshallen die Fragebogen ausgefüllt haben. Der Aufruf des Vorstandes zu dem Protest gegen die Draufsteuer sei nicht genügend beachtet. Die starke Fluktuation der Mitglieder beweise, daß immer noch mehr zur Erhaltung des Mitgliederbestandes getan werden müsse. Die Bestimmung über die Gewährung von Sterbegeld werde vielfach mißbraucht. Die Rechtschulungsprüfung sind von 90 auf 246 Fälle gewachsen und die dafür verwandten Ausgaben von 3520 M. auf 10791 M. Redner kritisiert es ferner, daß sich einzelne Jahreshallen nicht dem neuen Wahlmodus unterworfen haben und daß einzelne Delegierte mit gebundenen Mandaten kommen. Da das Fundament einer Organisation eine gute Kasse sei, möge die Generalversammlung für Stärkung des Kassenfonds Sorge tragen. Auch weist der Redner darauf hin, daß sich die weitere Anstellung von Gaubeamten notwendig mache. In mancher Hinsicht seien dem Vorstand zu sehr die Hände gebunden. Kagerl gibt den Kassenbericht. Die Einnahmen sind auf mehr als das Doppelte gestiegen, aber auch die Unterhaltungsansprüche sind erheblich gewachsen. Zu besorgen sei die saumselige Abrechnung vieler Jahreshallen. Die erhebliche Mehrarbeit erfordere eine Reformierung des Kassenwesens. Die Bilanz am Jahresabschluss weist eine Einnahme von 436 278,04 M. und eine Ausgabe von 426 411,81 M. auf. Der Bestand beträgt zurzeit 142 000 M. — Krieg gibt einen kurzen Bericht über die Redaktionsstätigkeit des Fachorgans.

Kastner-Berlin ist mit der Haltung des Fachorgans zum 1. Mai nicht einverstanden. Ein Gedicht von vier Strophen sei keine Propagierung der Forderungen, wie sie am 1. Mai von der gesamten Klassenbewussten Arbeiterschaft vertreten würden. Wenn eine Forderung noch so klein sei, ein Leitartikel für die Klassenforderungen am 1. Mai müsse von jeder Arbeitergeitung gefordert werden. (Sehr richtig!) Die weitere Diskussion dreht sich fast immer um dieselbe Materie. Teilweise sollen die Leistungen der Beamten den Erwartungen nicht entsprechen; von der großen Mehrheit der Delegierten wird jedoch die Tätigkeit der Gaubeamten anerkannt und eine Vermehrung der Gau- und Lokalbeamten gefordert. — Seitens des Kassierers Kagerl wird gefordert, daß die Gaubeamten für eine pünktliche Abrechnung der ihnen unterstellten Jahreshallen verpflichtet werden sollen, auch wünscht Redner, daß den Jahreshallen ein bestimmter Satz von etwa 20 Proz. am Orte verbleibt. Bezüglich der statistischen Berichte verweist Redner auf die Berichte der Generalkommission.

Amborn-Erfurt macht u. a. den Delegierten des Verbandes zum Kölner Gewerkschaftskongress Vorwürfe, weil sie nicht für die Resolution Glöde eingetreten sind. — In seinem Schlusswort rekapituliert Bauer nochmals die Stellung des Hauptvorstandes. — Auch Kagerl tritt nochmals die Reformvorschlüge bezüglich der Kassenführung. — Krieg sucht ebenfalls die gegen die Redaktion des Fachorgans erhobenen Vorwürfe zu entkräften. Redner wundert sich, daß man ihm erst jetzt Vorwürfe macht wegen des Fehlens von Raiffeisartikeln im Fachorgan, er habe schon seit fünf Jahren dieselbe Praxis geübt und befinde sich dabei in guter Gesellschaft, nämlich in der des „Correspondenzblatt“ der Generalkommission. Es scheine wohl, als ob die jetzige Strömung auch auf die Verbandkollegen eingewirkt habe. Erst wenn offiziell der Gewerkschaftskongress eine andere Haltung einnehme wie bisher, sei diese Frage spruchreif. Wenn die „Brauereizitung“ für die Propagierung der Arbeitsruhe am 1. Mai eintrete, könnten durch Ruhenlassen der Arbeit Kosten entstehen, die dann vielleicht an anderer Stelle sehr fehlen würden. (Ohorufel!) Die „Brauereizitung“ solle mehr Politik treiben — was denn für Politik? In bezug auf die Vertretung von Arbeiterschaft habe das Fachorgan mindestens daselbe geleistet wie andere Gewerkschaftsblätter. In die werde er dennoch dem Wunsche nach einem Mai-Leitartikel in Zukunft gerecht werden. Bezüglich des gewünschten Ausbaues der „Brauereizitung“ müsse von vornherein mit der Anstellung eines zweiten Redakteurs oder mit einer Entlastung seiner (Kriegs) Person in anderer Hinsicht gerechnet werden. — Es wird darauf dem Hauptvorstande Decharge erteilt. — Jakob-München berichtet für die Mandats-Prüfungskommission, daß alle Mandate einwandfrei und daß auch die beiden Proteste hinfällig seien. Die Mandate werden anerkannt, und die Beschwerden gegen den Ausschluß mehrerer Mitglieder einer fünfgliedrigen Beschwerdekommision überwiesen.

Richter-Berlin erstattet hierauf den Bericht des Ausschusses, woraus zu ersehen, daß Vorstand und Ausschuss mehrfach verschiedener Meinung gewesen sind. Die strittigen Punkte werden auf Antrag Tröger-Amborn einer fünfgliedrigen Kommission zur Vorberatung überwiesen.

Soziales.

Von der gesicherten Stellung der Forstarbeiter in Lychen.

Für die selbstherrliche Stellung der Polizeigewaltigen, die fast rechtlose Stellung der Arbeiter und die soziale Rücksichtslosigkeit der Verhältnisse auf dem platten Lande und in den kleinen Städten Ostpreußens ist folgender Bericht kennzeichnend, der uns aus Lychen, einem kleinen Städtchen im Kreise Templin (Provinz Brandenburg) zugeht.

Der 63 Jahre alte städtische Arbeiter Friedrich Hoffmann in Lychen war 25 Jahre lang Forstarbeiter, in den letzten fünf Jahren Vorarbeiter. Seine Arbeit hat er zur vollsten Zufriedenheit ausgeführt. Das befogt nachfolgendes ihm vom Stadtfürst über die letzten acht Jahre im Oktober 1905 ausgefertigter Brief:

Hiermit bescheinige ich dem Friedrich Hoffmann aus Lychen, daß derselbe unter mir in der Zeit vom Oktober 1892 bis 9. Oktober 1905 als Waldarbeiter in der Stadtförst Lychen beschäftigt war, und zwar in den ersten drei Jahren als Arbeiter, in den letzten fünf Jahren als Vorarbeiter. Der Friedrich Hoffmann hat sich in dieser Zeit stets als ein nützlich, bescheiden, fleißiger, zuverlässiger, ehrlicher Mensch gezeigt.

Hoffmann ist jetzt obdachlos und beschäftigungslos. Weshalb? Weil er eine vom Bürgermeister Wachhuber gegen seinen Sohn gerichtete Verleumdung („Du grüner 16 jähriger Junge“) nicht ruhig ertragen konnte. Der Fall liegt wie folgt.

Hoffmann bewohnt seit 18 Jahren in Lychen gegen einen vierteljährlichen Mietzins von 13,50 M. eine Wohnung im städtischen Armenhause zu Lychen. Im Oktober 1905 wurde bei seinem Sohn von dem Bürgermeister Wachhuber und dem Polizeidiener Stimme eine Hausdurchsuchung abgehalten. Hierbei fiel die oben wiedergegebene Apotrophierung des Sohnes durch den Bürgermeister. Wegen dieser wendete sich begreiflicherweise der Vater. Der wegen dieser Verleumdung angestellte Sühneversuch blieb erfolglos. Das zweites Anstrengung der Verleumdungslage gegen den Bürgermeister und Polizeivertreter erbetene Armenratessitz wurde von der Polizeiverwaltung in Lychen verweigert. Eine Beschwerde beim Landrat des Templiner Kreises wurde mit der Begründung zurückgewiesen, daß Hoffmann bei einem Verdienst von — 2 M. bis 2,25 täglich „sehr wohl in der Lage sei, die durch Inanspruchnahme der Rechts-hülfe erwachsenden Kosten zu tragen“!

Nach der Verleumdung des 16jährigen Sohnes des Hoffmann durch den Bürgermeister wurde dem Hoffmann die Wohnung zum 1. Januar 1906 gekündigt. Ferner setzte der Bürgermeister durch, daß dem alten Manne, der ein Vierteljahrhundert lang vorwurfsfrei für die Stadt seine Arbeitskraft verwandt hatte, seine Stellung als Forstarbeiter gekündigt wurde.

Aber damit nicht genug. Hoffmann erhielt am 1. Januar keine Wohnung. Er blieb deshalb in seiner Mietwohnung im Armenhause wohnen. Die Stadt-

gemeinde zog auch in der ersten Hälfte des Januar die Vierteljahrs-miete ein. Kurz darauf wurde dem Hoffmann die Miete zurückgezahlt, weil die Einziehung versehentlich erfolgt sei und — der Bürgermeister strengte gegen Hoffmann die Ermittlung an. Im Verhandlungstermin machte ihn der Richter darauf aufmerksam, daß die Miete wohl abgewiesen werden müsse. Darauf schloß er mit Hoffmann vor Gericht einen Vergleich dahin, daß der Bürgermeister sämtliche gerichtlichen und außergerichtlichen Kosten übernehme, während Hoffmann sich verpflichtete, die Wohnung am 1. April zu räumen.

Der durch die plötzliche Entlassung aus städtischen Diensten arbeitslos gewordene Hoffmann vermochte auch zum 1. April keine Wohnung zu finden. Bereits am Mittag des 2. April wurde Hoffmann aus dem Armenhause auf Grund des erwähnten Vergleichs ermittelt, seine Habeligkeiten wurden auf die Straße gesetzt, zwei Schinken für die im Januar gezahlte und zurückgezahlte Miete reiniert. Die Sachen wurden schließlich in der Cholerabarade und auf dem Hospitalhof untergebracht. Hoffmann war es unmöglich, eine Wohnung zu erhalten. Auf sein dringendes Ersuchen um Obdach wurde ihm und seiner Familie eine kleine Arrestzelle angewiesen, deren Fenster mit schwarzem Kasten abgedeckt ist. In dieser Verbredereizelle blieb Hoffmann nicht. Seine Frau ging auswärts zu Verwandten, er selbst nächtigte mal bei einem seiner Schwiegeröhne, mal im Freien.

Die bescheidene Wohnung im Armenhause, aus der Hoffmann nach 18-jährigem Mietverhältnis so hartnäckig ermittelt wurde, ist jetzt an einen siebenmal wegen Diebstahls vorbestraften Mann vermietet. Alle Besuche Hoffmanns an die Stadtverordneten-Versammlung sind erfolglos geblieben.

Nach 25-jähriger Arbeit auf Pfaffen geworfen, ermittelt, ohne Besitz seiner Habeligkeiten — das ist das Los eines Forstarbeiters in dem Lande, in dem nach bekanntem Ausspruch für den Arbeiter bis an sein Lebensende geforgt sein soll.

Dies für ostelbische Verhältnisse typische Vorgehen des Bürgermeisters und des Landrats hat in Lychen und Umgegend recht revolutionisierend gewirkt. Möge es auch darüber hinaus in derselben Weise wirken. Mit Worten wird die „Sozialreform“ Deutschlands gepriesen, in der Tat sieht Ostelbien voran in bornierter absolutistischer und antisozialer Betätigung. Wer nicht selbst durch Eintritt in die politischen Vereine der Sozialdemokratie gegen diese Wirtschaft eintritt, macht sich zum Mitschuldigen solcher Zustände. Unsere Genossen im Templiner Kreise können den Behörden für ihre unbenutzte rastlose Agitation zur Unzufriedenheit und damit zum Nachdenken und zum Anschluß an die sozialdemokratischen Organisationen dankbar sein. Bei der nächsten Reichstagswahl soll dieser Dank urkundliche Bestätigung in Form sozialdemokratischer Stimmzettel finden.

Warnung an Landarbeiter!

Die Landwirtschaftskammer der Provinz Brandenburg bemittelt den amtlichen Teil der Kreisblätter, um die Landwirte zu ersuchen, möglichst bald wegen Besorgung von Wanderarbeitern für dieses Jahr sich an das Arbeitsamt in der Koppentstraße und an die in der Provinz befindlichen Arbeitsamtsstellen zu wenden. An einer anderen Stelle des amtlichen Teils macht die Landwirtschaftskammer bekannt, welche „Kontraktbrüche“ in den Monaten März und April 1906 zu ihrer Kenntnis gelangt sind. Sie teilt unter Anführung des Standes und Namens, Alters und Geschlechts dann die Namen von 33 landwirtschaftlichen Arbeitern mit, gibt den jetzigen Aufenthalt der Kontraktbrüchigen, soweit dies der Kammer möglich ist (das ist in 4 Fällen), bekannt und veröffentlicht, daß in 2 Fällen eine Verstrafung (zu 5 bzw. 15 M.) erfolgte, in 2 weiteren Fällen die Strafverfolgung eingeleitet ist. Zum Schluss ersucht die Landwirtschaftskammer, „geeignete Maßnahmen zur Ermittlung der 29 Personen mit unbekanntem Aufenthalt zu treffen“ und richtet an die Landwirte die Bitte, fernere Fälle des Kontraktbruchs ihm mitteilen zu wollen.

Diese stadtbriefähnliche Verfolgung wird von der Landwirtschaftskammer ständig getrieben. Sie macht sich damit eine Verurteilung von Arbeitern an, zu der weder sie, noch die Arbeitgeber berechtigt sind, die sie mit Mitteilungen versorgt haben. Von den durch, teilweise rechtlich festgestellten Fällen des Kontraktbruchs durch Arbeitgeber teilt die Landwirtschaftskammer wohlweislich keinen mit. Sie unterläßt es auch, die Gründe anzugeben, weshalb die Arbeiter — von den 33 namentlich Aufgeführten sind 23 Ausländer (14 Galizier, 8 Russen, 1 Ungar) ihre Arbeitsstätte verlassen haben. Man ist wohl berechtigt anzunehmen, daß gute Behandlung, hoher Lohn und Mangel an Arbeit die Arbeiter zum Verlassen des Dienstes nicht veranlaßt haben. Die Stadtbriefe der Landwirtschaftskammer sind ein bereites Zeugnis für die jammervolle Lage der Landarbeiter. Leider wird bei den Stadtbriefen weder der Name der Arbeitgeber noch durcheinweg das Gut namhaft gemacht. Als „Ort, an welchem Kontraktbruch verübt wurde“ wird angegeben: aus dem Kreise Oberbarnim: Kerstenbruch in 4 Fällen, Verrenwiese in 1 Falle, Wöllsdendorf in 4, Wegendorf in 2 Fällen, aus dem Kreise Teltow: Stangenhagen und Rogitz in je 2 Fällen, aus Weeslow-Storlow: Klein Eichholz in 1 Falle, aus Osthaveland: Sobocoffen in 2 Fällen, aus dem Kreise Lebus: Heinersdorf in 1 Fall, Jaldob-dorf in 4 Fällen, aus dem Kreise Nieder-Barnim: Mählendorf in 4, Blumberg in 3, Nieder-Schönhausen in 2 Fällen. Aus nur einigen dieser Ortsangaben ergibt sich der Name des Gutes. Nur in diesen wenigen Fällen können ländliche Arbeiter die gegen ihre Arbeitskollegen gerichteten Stadtbriefe als Warnungen auffassen, in den genannten Güttern in Arbeit zu treten. Ebenso mögen sie nach dem Vorstehenden von der Arbeitsvermittlungstelle in der Koppentstraße sich fernhalten. Ein durchgreifendes Vorgehen gegen die Mitterklärungen der Landwirtschaftskammer wird freilich erst durch eine Organisation der ländlichen Arbeiter ermöglicht werden. Sie zu einer starken zu machen, ist jeder ländliche Arbeiter in der Lage. Sie sind für den Besitzer vielfach unentbehrlicher als er für sie. Mögen die Stadtbriefe der Landwirtschaftskammer die ländlichen Arbeiter zu noch engerem Anschluß an die politischen und gewerkschaftlichen Vereine treiben.

Gerichts-Zeitung.

Berpflichtung zur Ausbändigung der Papiere bei Auflösung des Arbeitsverhältnisses.

Als der Kassenbote L. aus seiner Beschäftigung bei der Berliner Filiale der Kniffhäuserstraße austrat, konnten seine Inhabitenversicherungskarte und sein Krankenkassenbuch ihm nicht ausgehändigt werden, weil der Expedient, der sie verwahrte, abwesend war. Er hatte weils gefordert. Er kam nicht wieder und der Filialchef vergaß die Angelegenheit. Erst nach Wochen erhielt L. Versicherungskarte und Buch, nachdem er bei der Zentrale in Arttern schriftlich vorstellig geworden. Durch Klage beim Gewerbe-gericht verlangte L. eine Lohnentkündigung, weil er mangels der Karte und des Buches keine andre Stellung habe antreten können. Die Kammer 6 des Gewerbe-gerichts vertrat gegenüber den Einwänden des Filialinhabers den Standpunkt, daß Beklagter den Kläger die Papiere hätte ausgeben müssen und wegen der Versäumung dieser Pflicht für den daraus dem Kläger entstandenen Schaden haftbar sei. Es wäre der Arbeiter, der bei Vermeidung der Vertragszeit seine Papiere nicht erhalte, nicht verpflichtet, wieder zu kommen, um sie sich abzuholen. Daß der Kläger ohne die Papiere anderweitig keine Stellung bekommen habe, wäre anzunehmen. — Auf die Verleumdung durch den Gerichtshof zahlte Beklagter im Vergleichswege 85 Mark an den Kläger.

Die vom Gewerbegericht dargelegte Ansicht stimmt mit dem Gesetz und der überwiegenden Rechtsprechung des Gewerbe-gerichts überein. Im Gegensatz hierzu wurde kürzlich von dem Gewerbe-gericht in Lichtenberg in der Klagesache des Bauers Kubanz aus Lichterfelde wider den Baumunternehmer Wagenmeißel in Lichtenberg (unter Vorsitz des Gerichtsassessors Arter und Beisitz des Direktors Steinhardt, Vätermeisters Werneiser, Schriftsetzers Wolf

und Storbücherei) die irrtümliche Ansicht vertreten, der Arbeiter sei verpflichtet, am folgenden oder einem späteren Tage die Karte zu holen. Der Kläger wurde deshalb abgewiesen. Die Urteilsgründe dieses Urteils machen ohne Angabe von Befehlsstellen die durchaus hinwärtige mit dem Befehl übereinstimmende Bemerkung: „es mußte als genügend angesehen werden, daß der Polier des Beklagten dem Kläger sagte, am nächsten Morgen siehe ihm die Karte zur Verfügung.“ Es ist vielmehr gesetzliche Pflicht des Arbeitgebers, sofort bei der Beendigung des Arbeitsverhältnisses die in seinem Gewahrsam befindlichen Karten, Legitimationspapiere, Papiere usw. dem Arbeiter herauszugeben. Die Nichterfüllung dieser gesetzlichen Pflicht macht nach übereinstimmender Ansicht aller Kommentatoren den Arbeitgeber regresspflichtig.

Pole oder Sozialdemokrat — also strafbar.

Der obenstehende Satz scheint in den verschiedensten Varianten als „Rechtsnorm“ Gerichten zu gelten. Das zeigt auch folgende Gerichtsverhandlung.

Wegen Uebertretung des Vereinsgesetzes und wegen Beleidigung des Gendarmen Schauhand, war der Ziegeleibesitzer Szydlowski vom Landgericht Bissa zu Geldstrafen verurteilt worden. Die Uebertretung des Vereinsgesetzes wurde darin gefunden, daß er auf seinem Ziegelei in Storchest ein Ganturnen der Sozialvereine des 8. Gaus ihres Verbandes gebildet und auch vorher dazu eingeladen habe, obwohl die polizeiliche Genehmigung zu einer öffentlichen Versammlung unter freiem Himmel nicht vorlag. Das Ganturnen wurde als eine solche Versammlung angesehen, zu der nach § 9 des Vereinsgesetzes eine polizeiliche Erlaubnis erforderlich sei. Bezüglich der Beleidigung des Gendarmen führte das Gericht an: Am Nachmittage desselben Tages habe aus Anlaß des Ganturnens im Gasthof ein Vergnügen stattgefunden. Als gegen 8 Uhr der Bürgermeister erschien, habe Szydlowski, der angeblich die Festleiter hier vertrat, ihn zum Verlassen des Saales aufgefordert. Viele Menschen umdrängten ihn. Dann sei der Gendarm Schauhand hinzugekommen. Szydlowski habe sofort gerufen: „Ich fordere den Gendarm zum Verlassen des Saales auf, zum ersten, zweiten, dritten und vierten Mal!“ Dabei habe Angeflagter den Gendarm, der in amtlicher Eigenschaft erschien, an den Armel gefaßt. Es sei als festgesetzt anzunehmen, daß er den Gendarm angefaßt der versammelten Menge habe verhöhnt und in der Ehre herabsetzen wollen. Zweifellos habe er das Bewußtsein gehabt, ihn zu beleidigen. Der Angeflagte legte Revision ein und betonte besonders, daß es ihm nicht eingefallen sei, Schauhand zu beleidigen. Er habe zur fraglichen Stunde die Aufsicht im Saal gehabt und sich für berechtigt gehalten, Bürgermeister und Gendarm hinauszuweisen. Diese hätten seiner Meinung nach nichts im Saal zu tun gehabt, da es eine geschlossene Veranstaltung gewesen sei, und so habe er nur in Ausübung seines Hausrechts gehandelt. Daß er den Gendarm an den Arm gefaßt habe, bestreite er nach wie vor.

Das Kammergericht verwarf jedoch dieser Tage die Revision mit der Begründung, daß ohne Rechtsirrtum sowohl eine Beleidigung des Gendarmen, als die Abhaltung einer öffentlichen Versammlung unter freiem Himmel festgesetzt sei.

Vorgen als Entlassungsgrund.

Der Inhaber eines technischen Bureaus, Herr Landé, hatte mit dem Schreibmaschinenfabrikanten A. gewisse Erfahrungen gemacht. Deshalb ließ er sich einen ganz spezialisierten Vertrag von ihm unterzeichnen, als er ihn zum zweitenmal in Arbeit nahm. Mit Entlassung wurde darin unter anderem für den Fall gedroht, daß A. jemandem aus dem Hause, wo sich das Bureau befindet, oder auch jemandem, der mit dem Chef in Beziehung trete, anberaht. Nachdem A. demnächst wieder entlassen worden war, klagte er gegen Landé beim Gewerbegericht auf Lohnschädigung wegen unrechtmäßiger Entlassung. Die Kammer III wies jedoch die Klage ab, weil Kläger dadurch Grund zur Entlassung gegeben habe, daß er entgegen den Pflichten aus dem neuen Vertrage die — Wirtschaftlerin des Beklagten mit 60 M. anberaht.

Aus Industrie und Handel.

Erhöhte Produktionskosten, mehr Dividende! Nach den Berichten der bürgerlichen Presse behauptet die Verwaltung der Niederlaufener Kohlenwerke in ihrem Jahresbericht für 1905/06, die Gesteinskosten hätten sich nicht unwesentlich gesteigert. Die gleichzeitig mitgeteilten Ziffern über die Betriebsergebnisse lassen solche Behauptung doch etwas sonderbar erscheinen. Es wird nämlich ausgewiesen eine Förderung von 12 225 832 Hektoliter gegen 10 350 207 Hektoliter im Jahre vorher, mithin eine Produktionssteigerung von 17,7 Proz. Der erzielte Betriebsüberschuss beträgt 844 095 M. gegen 634 000 M. im vorhergehenden Jahre. Das ist eine Steigerung um 33 Proz. Der Ueberschuss ist also viel mehr gestiegen als die Produktion und es können diesmal bei erhöhten Abschreibungen 8 Proz. Dividende verteilt werden, gegen nur 5 Prozent im Vorjahre. Wenn trotzdem die Gesteinskosten gestiegen sein sollen, dann müßten in dem Vorjahre besondere Missettungen und Verwendungen aus den Betriebsergebnissen das Resultat außerordentlich beeinflusst haben. Ob in diesem Jahre Ueberweisungen für Reserven u. a. aus den Betriebsergebnissen erfolgten, ist in den vorliegenden Berichten nicht angegeben. Jedenfalls hat man darauf verzichtet, da dem Reservefonds ein bei Ausgabe der neuen Aktien erzielter Agio von 200 000 Mark zugesprochen ist. Auf jeden Fall dürfen die Aktionäre zufrieden sein, wenn für sie bei Steigerung der Gesteinskosten eine erhöhte Dividende abfällt.

Sinken der Leistungen. Mit seltener und sicher wohlberechneter Hartnäckigkeit wird seitens der Unternehmer immer wieder das Märchen verbreitet, die Leistungen der Bergarbeiter seien gesunken. Solche Betrachtungen dienen mancherlei Zwecken, in der Hauptsache aber wohl dem, gegen die Arbeiter Stimmung zu machen.

Das „W. L.“ bringt einen Artikel „Vom rheinisch-westfälischen Kohlenmarkt“, in dem es heißt:

„Im Zusammenhange damit steht das Steigen der Löhne und die Zunahme der Selbstkosten. Letztere sind auf manchen Stellen erheblich gestiegen, da einmal die Preise für Materialien höher geworden und zum anderen die Leistungen der Arbeiter (pro Mann und Schicht) gegen früher beträchtlich ge-

sunken sind. Für das finanzielle Ergebnis kommt im Vergleich mit dem Vorjahr als Ausgleich in Betracht, daß die Preise am 1. April erhöht worden sind. Jedoch ist auf eine Umfrage in den verschiedenen Revieren die Antwort erteilt worden, daß die höheren Preise bei den meisten Fehern durch die erhöhten Selbstkosten aufgewogen werden.“

Vorläufig wollen wir nur darauf hinweisen, daß die Behauptung von der beträchtlich gesunkenen Leistung auf Schwindel beruht. Eine niedrigere Leistungsquote wird ermittelt, indem man die gesamte Belegschaft auf die Fördermenge verrecknet. Man läßt zunächst ganz unberücksichtigt, daß in der letzten Zeit eine große Zahl ungeschulter Arbeiter eingestellt worden sind. Das beeinflusst natürlich die Durchschnittsleistung. Aber was wichtiger ist, es werden zurzeit viele Arbeiter bei Kuanlagen, Koksöfenbau usw. beschäftigt, aber auch diese Arbeiter rechnet man der Kohlenfördernden Belegschaft zu. Und weiter! Die Erzeugung an Nebenprodukten und Koks wird jetzt ganz besonders forciert. Im Mai d. J. z. B. ist die Koksproduktion auf 96,13 Proz. der Beteiligung gestiegen, gegen nur 79,35 Proz. im Mai d. Jahres. Auch das bedingt wieder eine starke Vermehrung der Arbeitskräfte bei diesen Arbeiten. Aber wie bemerkt, die gesamte Belegschaft wird auf die Kohlenförderung verrecknet und der gutgläubige Spießer bekommt Gelegenheit, sich über die faulen Vergarbeiter zu entrüsten.

Krisis in der Großindustrie Rußlands.

Unter dem überaus nachteiligen Einfluß der anhaltenden Unruhen in Rußland haben jetzt selbst größere Geschäftsunternehmen eine überaus schwere Krisis durchzumachen, die nun dahin führt, daß solche Firmen vielfach aus einer Hand in die andere gehen. Dabei kommt es gar häufig vor, daß so manche russische Großfirma noch während der sich in die Länge ziehenden Unterhandlungen ihren Geschäftsbetrieb einstellen, den Konkurs anmelden und so das ganze Geschäft zum Spottpreis an einen anderen übergehen lassen muß. Zu solchen Opfern der jetzigen Krisis in der Großindustrie Rußlands gehört die sibirische Firma A. D. Stachew, die seit Jahren in fast allen größeren sibirischen Städten etabliert war, mehrere tausend Angestellte beschäftigte und einen nach vielen Millionen zählenden Jahresumsatz hatte. Um nun dieses Handelsunternehmens vor dem Ruin zu bewahren, entschloß sich Herr A. D. Stachew, seine Firma für etwa vier Millionen Mark an die Moskauer Gesellschaft A. F. Worow u. Söhne abzutreten. Kaum war diese Transaktion beendet, da wurde bekannt, daß die Administration in den Angelegenheiten einer der größten Kattunfabriken Rußlands, der in Jwanowo-Wodnesensk etablierten Firma A. R. Kowlow, sich gezwungen sah, diese an den Moskauer Baumwollfabrikanten D. G. Burdgin zu verkaufen, um die Gläubiger vor noch größeren Verlusten zu bewahren und nicht Tausende von Arbeitern Brotlos zu machen. Haben selbst die Großfirmen für Lebensmittel und Hausbedarf schon unter den wuchtigen Schlägen der revolutionären Bewegung in Rußland zu leiden, so nimmt es nicht wunder, wenn die Erbsengeschäften und sonstige Firmen der bearbeitenden Industrie insanken kommen. In dieser Beziehung sind bereits eine ganze Reihe von Firmen bekannt, die mit den Verhältnissen auf das furchtbarste ringen und schon demnächst gezwungen sein werden, ihren Betrieb zum Teil oder ganz einzustellen. Selbst eine solche Firma wie „Platin“, die die im Uralgebiet liegenden reichen Platinfelder des Moskauer Handelshauses A. Koll ausbeutet, muß jetzt trotz des gewinnbringenden Geschäftes liquidieren. Bei der sich immer mehr zuspitzenden Situation in Rußland ist ein Ende dieser Geschäftskrisis nicht abzusehen.

Ueber Japans Industrie macht der Kommerziant Kanadas in Japan interessante Angaben, die in Ottawa, Kanada, veröffentlicht wurden. Während des Jahres 1904 betrug danach der Wert der aus Japan ausgeführten Fabrikwaren 35 700 000 Dollar, der Wert von Erzeugnissen, die nur in Teilen fertiggestellt waren, 72 350 000 Dollar und der Wert der ausgeführten Rohprodukte 19 750 000 Dollar. Verglichen mit den Verhältnissen vor zehn Jahren ist der Export der Fabrikwaren um 216 Proz. im Werte gestiegen, der der Halbjenge usw. um 172 Proz. und der der Rohprodukte um 92 Proz.

Die Zahl der Fabriken im Lande wird auf 8274 angegeben, davon haben 3741 Motoren im Betrieb. Elektrische Motoren hat man erst in 86 Fabriken, sie kommen aber immer mehr in Aufnahme, mit Wasser als Kraftquelle. Die Einführung moderner Maschinen nimmt einen immer größeren Umfang an; man lernt ihre Wichtigkeit immer besser schätzen. Ueber die Zahl der in den Fabriken angestellten Arbeiter und Arbeiterinnen wird folgendes angegeben: Insgesamt wurden zuletzt gezählt 484 839 Angestellte, davon 182 404 männliche und 302 435 weibliche. Von den männlichen waren 178 820 über 14 Jahre und 8584 darunter. Von den weiblichen waren 269 051 über 14 Jahre und 92 384 darunter. Die Mehrzahl der weiblichen Angestellten arbeitet in Spinnereien und Webereien, die unter den Industrien Japans an der Spitze stehen.

Aus der Frauenbewegung.

Auflösung eines Frauen- und Mädchenvereins. In Belfert (Rheinland) hat in den letzten Jahren die Polizei einen äußerst staatsretterischen Drang gezeigt. Der Kampf zwischen dem Metallarbeiterverband und der Polizei ist so gut wie ununterbrochen. Trotz aller Schläppen, welche die Polizei in diesem Kampfe schon erlitten hat, werden den unteren Polizeiorganen in ihrer überreifen Betätigung der Staatsretterei keine Fesseln angelegt. Auf die Verdichte der die Versammlungen überwachenden Polizeibeamten ist jetzt auch die Auflösung des Vereins für Frauen und Mädchen der Arbeiterklasse zurückzuführen. Der Verein ist vor etwa 1 1/2 Jahren gegründet worden und hatte sehr hübsche Fortschritte zu verzeichnen. Die Schließung des Vereins ist auf Grund der §§ 8 und 16 des Vereinsgesetzes erfolgt, d. h. der Verein soll sich mit politischen Angelegenheiten beschäftigen. Wie die Belferter Polizei Schlussfolgerungen zieht, ergibt sich z. B. daraus, daß sie schlankweg behauptet, die wiederholt stattgefundenen öffentlichen Versammlungen für Frauen, in denen sozialdemokratische Redner auftraten, seien durch den Frauenverein einberufen worden. Das ist selbstverständlich nicht der Fall. Natürlich lassen sich die Mitglieder des geschlossenen Vereins die Polizeigatt nicht stillschweigend gefallen: sie haben sofort eine öffentliche Protestversammlung einberufen und werden auch den Beschwerdeweg beschreiten.

Zur Beachtung!

Von jetzt ab werden die Versammlungen der Frauen- und Mädchen-Bildungsvereine nur noch allwöchentlich in der Dienstag- und Freitag-Nummer unter nachstehender Uebersicht bekanntgegeben.

Versammlungen — Veranstaltungen.

Pantow. Sonnabend, 16. Juni. Unterhaltungsabend. Mitwirkende: Herr Balkotte und Frau. Entree 20 Pf.
Berlin. Verein für Frauen und Mädchen der Arbeiterklasse. Sonntag, den 17. Juni: Ausflug nach Potsdam. Abfahrt 8.10 ab Potsdamer Hauptbahnhof (Vorortzug bis Neu-Wabersberg). Besichtigung des Parks Wabersberg, Neuer Garten, Pfingstberg, Sanssouci, Branhausberg, Wadernmannshöh. — Proviant mitbringen!
Lichtenberg. Montag, den 18. Juni, 8 1/2 Uhr bei Gebr. Arnhold, Frankfurter Chaussee 5: Vortrag. Referent: H. Mühl.
Charlottenburg. Mittwoch, den 20. Juni, Rosinestr. 3: Vortrag H. Siebel: „Wie entstand die Unterordnung der Frauen?“
Adlershof. Sonntag, den 24. Juni: Ausflug nach Gasselwerder. Treffpunkt bei Weher, Wisdmarkstr. 10, nachmittags 2 1/2 Uhr.

Versammlungen.

Arbeiter-Sängerbund Berlins und Umgegend. In der Ausschussung am 10. Juni wurde das Ersuchen an die Delegierten gerichtet, für die Folge zeitiger zu erscheinen; die Sitzung soll alsdann pünktlich beginnen und um 12 Uhr geschlossen werden; es wäre so den Delegierten die Möglichkeit gegeben, sich noch an der Uebungsstunde zu beteiligen. — Eine längere und lebhaftere Debatte entspann sich nach der vom Vorsitzenden verlesenen **Mai-feier-Statistik**, speziell wegen des bei einzelnen Vereinen bemerkten schwachen Besuchs seitens der Mitglieder. Hierbei wurde von fast allen Rednern die Ansicht geäußert, daß infolge der Verhandlung, die den einzelnen Gesangsvereinen von Seiten der Parteigenossen bei der Maifeier zuteil wurde, eine gewisse Unlust, bei der Maifeier zu singen, eingerissen zu sein scheint; es sei dies auch zu verstehen. Ist es doch vorgekommen, daß das Podium, von dem aus gesungen werden sollte, völlig unzureichend war und dadurch viele Sänger von der Beteiligung an Gesänge ausgeschlossen blieben. Weiter wurde Beschwerde geführt darüber, daß auf einzelnen Plakaten von Gesangsaufführungen überhaupt nichts erwähnt war, wohl aber auf diesen Maifeier-Plakaten Ankündigungen von Kasperle-Theater und dergleichen mehr standen. Es zeugte dies von einer Zurückziehung des Sängerbundes, was mit aller Schärfe zu rügen sei. Ebenso wurde Beschwerde geführt über die mangelhafte Aufstellung des Programms zur Maifeier, und es wurde gefordert über die Rückständigkeit vieler Teilnehmer der Feier bei den Gesangsaufführungen: die geringe Aufmerksamkeit, die den Sängern zuteil werde und durch die die Leistungen derselben gar nicht zur Geltung kommen, verleihe es diesen beinahe, sich an der Maifeier noch durch Gesang zu beteiligen. Es sei nötig, daß endlich einmal dazu Stellung genommen werde; denn so, wie bisher, dürfe es nicht weiter gehen; es würde anderenfalls der Maifeier der würdevolle und ernste Charakter genommen werden.

Diesen Beschwerden wurde von anderen Rednern entgegengehalten, daß die Partei wegen der Mängel nicht verantwortlich zu machen sei; sollten die angeführten Missettungen vorhanden sein, so würde es sich empfehlen, daß die Sänger in den einzelnen Wahlvereinen darauf hinzuwirken, daß die Maifeier in einer Weise arrangiert werde, die allen Wünschen und speziell der Bedeutung der Maifeier gerecht werde. Es sei aber auch den Sängern nicht der Vorwurf zu ersparen, daß sie höchstwahrscheinlich nicht genügend Übung suchten in den Wahlvereinen; wäre dies der Fall, so könnte eine so rückständige Behandlung, wie sie in einzelnen Lokalen den Sängern zuteil wurde, niemals vorkommen. Durch Nichtbeteiligung werde nichts erreicht; es sei das Fehlen der Sänger aus schärfste zu rügen. Es sei auch bedauerlich, daß der Vorstand des Sängerbundes sich nicht vor der Feier mit den Vorständen der Wahlkreise verständigt habe, manchem unliebsamen Vorkommnis wäre dann vermieden worden. Von fast allen Rednern wurde aber auch der Hoffnung Raum gegeben, daß für die Folge durch die Reorganisation der Partei in Berlin, durch den Aktionsausschuß die Maifeier einen solchen Charakter erhalten würde, daß alle Beschwerden verstummen und die Würde der Feier gehahrt bleibe.

Der Vorsitzende verwahrte den Vorstand dagegen, daß er irgend etwas verjäumt habe. Der Vorstand müsse fordern, daß sich die Vereine und die Mitsieder des Bundes am 1. Mai auch dort einfinden, wohin sie seitens des Vorstandes delegiert werden. Ordnung müsse im Bunde herrschen. Der Vorstand behaupte es aus laibhaftigste, daß einzelne Vereine sich so langsam an der Feier beteiligten, und er verlange entsprechende Stellungnahme des Ausschusses gegenüber diesen Vereinen. Ebenso ersucht der Vorstand um Vollmacht dazu nach, daß er mit dem Aktionsausschuß in Verbindung trete, um für die Folge die angeführten Mängel unmöglich zu machen. Folgender Antrag wird sodann mit allen gegen drei Stimmen angenommen:

„Allen Vereinen, die am 1. Mai so mangelhaft und leichtfertig das Bundesinteresse vertreten haben, spricht der Ausschuh die schärfste Mißbilligung aus. Bei Wiederholung solcher Vorkommnisse behält sich der Ausschuh schärfere Mittel vor.“

Der Vorschlag des Vorstandes, mit dem Aktionsausschuß zwecks Abschaffung der Mißstände in Verbindung zu treten, wird zum Antrag erhoben und angenommen.

Der Vorsitzende teilt noch mit, daß die Statistikarten, sobald die Vereine sie erhalten, sofort ausgefüllt zurückzugeben seien. — Zum Provinzial-Sängertage in Rathenow, am 15. Juli, wird erwähnt, daß zum guten Gelingen desselben alles geschehen sei; es hätten sich bis jetzt schon gegen 600 Sänger zur Beteiligung gemeldet. — Ein Aufruf der „Typographen“ Wien, der zur Sammlung für ein Schenken-Denkmal auffordert, wird erwähnt, und die Vereine werden ersucht, den Beitrag, den sie zu geben gewillt seien, in der nächsten Ausschussung durch ihre Vertreter in eine Sammelliste zeichnen und abliefern zu lassen.

Feie- und Diskussionsabend „Norden“. Sitzung heute, Freitag, abend 8 1/2 Uhr, bei Rosk, Elisabeth-Str. 13. Vortrag des Genossen Guttmann: Was kümmert und Darwin? — Gäste willkommen.

Verein der Lehrlinge und jugendlichen Arbeiter Berlins und Umgegend. Abteilung Pantow. Heute im Lokale von Wendroß, Pfingstberg: Versammlung. Vortrag des Kollegen Schulz-Welkenes über „Jugendorganisation“. Diskussion.



Sunlight Seife

Sunlight Seife ist vollständig frei von allen schädlichen Bestandteilen: sie greift daher die Gewebe und Farben nicht an, sondern frischt sie auf, — sodass alles wie neu erscheint.

Wenn es gilt, ein Waschtisch, oder einen Sommeranzug des Hausherrn oder die Kleider der Kleinen schnell und gründlich zu reinigen, wird sich Sunlight Seife stets als Helfer in der Not erweisen. In Ihrem eigenen Interesse sollten Sie deshalb darauf sehen, dass in Ihrem Haushalt immer ein Vorrat der bewährten überall erhältlichen Sunlight Seife vorhanden ist.

Deutscher Holzarbeiter - Verband.

Heute Freitag, abends 8 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshause, Engel-Ufer 15:
Sitzung der Ortsverwaltung.

Sonntag, den 17. Juni, vormittags 10 Uhr:
Bezirksversammlung für Moabit
im Lokale der Brauerei Turmstr. 25-26.

Tages-Ordnung:
1. Wahl des Bezirksleiters, des Schriftführers und der beiden Beiragsammler für die Jahrestellen 9 und 26. 2. Wie stellen sich die Kollegen zu den Bezirksversammlungen? 3. Verbandsangelegenheit. 4. Verschiedenes.

Bautischler!

Montag, den 18. Juni, abends 8 Uhr:
Vertrauensmänner-Versammlung
für sämtliche Bezirke
im Gewerkschaftshause, Engel-Ufer 15 (Saal 4).

Tages-Ordnung:
1. Bericht von der Sitzung am 17. Mai zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer betreffend die stützigen Küchenfenster. 2. Stellung der Kommission zur Werkzeugfrage. 3. Verschiedenes.
Kollegen! In dieser Versammlung kommen die Nachträge zum Tarif zur Abstimmung, es ist daher Pflicht, daß jede Werkstatt vertreten ist.
Der Brauchenteiler: Karl Reichs.

Verband der Hafnarbeiter u. verw. Berufsgen.

Deutschlands.
Mitgliedschaft Berlin.
Sonntag, den 17. Juni, vormittags 10 1/2 Uhr, im Königsstadt-Kasino, Holzmärktstr. 72:

Mitglieder-Versammlung.
Tages-Ordnung:
1. Verbands-Angelegenheiten und Aufnahme neuer Mitglieder. 2. Jahresbericht des Delegierten der Gewerkschaftskommission. 3. Verschiedenes.
19/4 Der Vorstand.

Deutsche Metallarbeiter-Gewerkschaft

Bureau u. Arbeitennahweis Rosenthalerstr. 57 (2. Eingang: Hermannstr. 28).
Geöffnet von 9 1/2-2 und 4-8 Uhr. Telefon: III, Nr. 1296.

Sonntag, den 17. Juni, vormittags 10 Uhr, im Lokale Wohlfahrt, Rosenthalerstr. 57 (Hof):
Allgemeine Versammlung der Rohrleger und Helfer.

Tages-Ordnung:
1. Vortrag des Kollegen Schröder über „Unsere Neu-Organisation“. 2. Diskussion. 3. Gewerkschaftliches und Verschiedenes. 280/13

Montag, den 18. Juni, abends 8 1/2 Uhr, im „Rosenthaler Hof“, Rosenthalerstr. 11/12:
Mitglieder-Versammlung.

Tages-Ordnung:
1. Die Vorgänge bei der Halbewegung des H. E. G. Werkes (Vollstraße) und unsere Stellung dazu. 2. Anträge. 3. Gewerkschaftliches.
Ohne Mitgliedsbuch kein Zutritt.

Mittwoch, den 27. Juni, abends 8 1/2 Uhr, im „Rosenthaler Hof“, Rosenthalerstr. 11/12:
Allgemeine Schlosser-Versammlung.

Tages-Ordnung:
1. Vortrag. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes.
Zu diesen Versammlungen erwarten zahlreiches und pünktliches Erscheinen
Ortsverwaltung und Branchenleitungen.

Vergolder.

Montag, den 18. Juni 1906, abends präzis 8 Uhr:
Mitglieder-Versammlung
in den „Arminhallen“, Kommandantenstr. 20 (großer Saal).

Tages-Ordnung:
1. Rezitation des Schauspielers Herrn G. Walfotte: „Die größte Sünde“. 2. Verschiedenes.
Da der Vortrag präzis 8 Uhr beginnen soll, wird ersucht, pünktlich zu erscheinen. — Die Kollegen, welche im Besitze von Bibliotheksbüchern sind, werden ersucht, dieselben vor Beginn des Vortrages, behufs Revision, an die Bibliothek abzuliefern.

Am Sonnabend, den 23. Juni 1906, findet in der „Neuen Welt“, Fasanstraße 108/114, das diesjährige

Sommer-Fest

Konzert der 40 Mann starken Kapelle des Musikdirektors Herrn Bothe.
Große Gala-Spezialitäten-Vorstellung des gesamten Künstler-Ensembles.
Abends 7 1/2 Uhr:

Pracht-F Feuerwerk.

Von 8 Uhr ab: **Großer Ball** im Hofsaal.
Bei eintretender Dunkelheit: **Große Fackel-Polonaise**, wobei jedes Kind eine Stock-Laterne gratis erhält.
Eröffnung 9 Uhr nachmittags. — Anfang des Konzerts präzis 4 Uhr nachmittags. — Den Damen steht die Kaffeeliste von 3 Uhr an zur Verfügung.
Billetts à 25 Pf. sind bei den Vertrauensleuten, in den Jahrestellen, sowie bei den Vorstandsmitgliedern erhältlich. — Programme werden unentgeltlich an der Kontrolle verabfolgt.
Besmer werden an der Kontrolle für Kinder für 10 Pf. je 3 Karten verabfolgt; jede Karte berechtigt zur einmaligen Benutzung des Hofsaals, der Schaulust, der Vorstellung des mechanischen Theaters oder zu einer Vorstellung der lebenden Photographien (im hinteren Hofsaal).
Der Vorstand.

Waldschlößchen, Neue Mühle bei Königswusterhausen.

Empfehle mein seit 14 Jahren der Arbeiterschaft zur Verfügung stehendes Lokal an Vereine und Fabriken — nach jedem Tag von Mai bis September frei. Mitten im Landwald und am Wasser gelegen. Großer schattiger Garten. Saal, Regalbahnen und Schlangen.
C. Leiste.

Verantwortlicher Redakteur: Hans Weber, Berlin. Für den

Vereinigung der Zimmerer Deutschlands.

Sonntag, den 17. Juni 1906, vormittags 10 Uhr, in den „Industrie-Sälen“, Benthstr. 20:

Versammlung des Vereins der Zimmerer Berlins und Umgegend.

Tages-Ordnung:
1. Vereinsangelegenheiten. 2. Vortrag des Genossen Niesche über „Kapital und Kirche“. 3. Diskussion. 4. Verschiedenes.
Der Vorstand. B. H.: A. Juppelatz.

Zentral-Kranken- und Sterbekasse der Maler u. verw. Berufsgen. Deutschl.

Sonntag, den 17. Juni, vormittags 10 Uhr, im Gewerkschaftshause:

Kombinierte Versammlung

der Mitglieder sämtlich. Verwaltungsstellen v. Berlin sowie Rixdorf u. Friedrichsberg.
Tages-Ordnung: 1. Die Verschmelzung obiger Verwaltungsstellen auf Grund des § 15 des Statuts bezw. Errichtung einer Tageskasse und Anstellung von zwei Beamten. 2. Wahl der Beamten sowie der gesamten Verwaltung. 3. Verschiedenes. — Ohne Mitgliedsbuch kein Zutritt.
Der Vorstand. B. H.: R. Gehlert, 1. Vorsitzender.

Zentralverband der Dachdecker Deutschlands.

Verwaltungsstelle Berlin.
Sonntag, den 17. Juni, vorm. 10 Uhr, bei Feind, Weist. 11:

Versammlung.

Tages-Ordnung:
1. Bericht vom Sonntag. 2. Verbands-Angelegenheiten. 3. Zahlreiches und pünktliches Erscheinen erwartet.
Der Vorstand.

Zentral-Verband der Maurer Deutschlands.

Zweigverein Berlin. Sektion der Gips- und Zementbranche.
Gruppe: Zementierer.

Sonntag, den 17. Juni, vormittags 10 Uhr, im Gewerkschaftshause, Engel-Ufer Nr. 15, Saal I:

Gruppen-Versammlung.

Tages-Ordnung:
1. Bericht über das Ergebnis der Bautenkontrolle vom 23. Mai 1906. 2. Aushebung der Gruppen-Versammlungen. 3. Verschiedenes.
Der sehr wichtigen Tagesordnung wegen ist es dringend notwendig, daß jeder Kollege der Zementbranche zu dieser Versammlung erscheint.
Der Gruppenvorstand.

Verband der handgewerblichen Hilfsarbeiter Deutschlands.

(Zweigverein Berlin und Umgegend.)
Sektion der Backofen-Bauarbeiter.

Sonntag, den 17. Juni 1906, vormittags 10 Uhr, bei Augustin:
Sektions-Versammlung.

Sektion der Brunnenbauer und Hilfsarbeiter.
Sonntag, den 17. Juni 1906, vormittags 10 Uhr, bei Augustin:
Sektions-Versammlung.

Sektion der Kunststeinarbeiter.
Sonntag, den 17. Juni, nachmittags 3 Uhr, im Gewerkschaftshause, Engel-Ufer 15, Saal 7:
Sektions-Versammlung.

Die Tagesordnungen werden in den Versammlungen bekannt gemacht.
Zahlreiches Besuch erwartet.
Der Zweigvereinsvorstand.

Kenner
rauchen
Zenith-
Zigaretten
11489*

Feldschloß - Brauerei

Berlin: Gr.-Lichterfelde:
Telephon: Amt II 190, Telephon No. 9,
empfehlen ihre mehrfach prämierten

Tafelbiere

in Flaschen und Flaschen.
Täglich von der Michael-Brücke

Dampfer - Extrafahrten

mit Musik nach dem beliebigen „Voltersdorfer Schloß“. Fahrpreis hin u. zurück 50 Pf. Kinder 25 Pf. Abfahrt vorm. 9 Uhr, nachm. 2 Uhr von der Michael-Brücke. — Am Sonnabend u. Sonntag sind noch Dampfer dortselbst zu vermieten.
14962*

Inseratenteil betriebl.: Th. Wiede, Berlin. Druck u. Verlaß: Fortwächter Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW.

Berliner Arbeiter-Radfahrer-Verein

Mitglied des Arbeiter-Radfahrer-Bundes „Solidarität“.

Touren

zum Sonntag, den 17. Juni:
Früh 4 Uhr gemeinsame Tour für sämtliche Abt. nach Lübben. Start Schleißig Brücke.
1. Abt. früh 6 Uhr nach Grabowsee. Nachm. 1 1/2 Uhr nach Stolpe (Bergmann) Startis Bälowsstr. 50.
2. Abt. früh 6 Uhr nach Beeskow. Nachm. 1 Uhr nach Wannsee (Bayerhof) Startis Urdam- und Tempelherrenstr. 104.
3. Abt. früh 4 u. 5 Uhr nach Freienwalde. Nachm. 1 1/2 Uhr nach Herdebrucht Startis Mariannenpark.
4. u. 5. Abt. Sorewall-Tour Startis Sonnabend abend 7 u. 9 Uhr Herdebrucht. 4. Abt. nachm. 1 Uhr nach Tegeler (Riesitz). 5. Abt. nachm. 2 Uhr nach Teufelssee. Start Eglum.
6. Abt. früh 5 Uhr nach Straußberg. Nachm. 1 1/2 Uhr nach Baumhagen Startis Oberbergstr. 30.
7. Abt.: nach Lübben, vorm. 4 Uhr, Start: Schleißig Brücke, nach Freienwalde, vorm. 5 Uhr, Start: Schleißig Brücke, nach Oranienburg u. Hennigsdorf, nachm. 12 Uhr, Start: Ködimer Hof.
8. Abt. früh 6 Uhr Tour wird am Start bekannt gemacht. Nachm. 12 1/2 Uhr nach Bernau (Hylsum). Startis Stephanplatz.
9. Abt. nachm. 1 Uhr nach Königs- wusterhausen. Start Schillingstr. 22.

Fahrräder! Billig!

Mk. 48, 55, 60, 70, 85 h. 180 Pf. per Stück. Preislauf 3 R. mehr.
5 Jahre Garantie.
Laufdecken . . . 1,95, 2,50, 3.—, 4,50
Luftschläuche . 1,50, 2.—, 2,50, 3.—
Aufpumpen . . . 0,80, 1,15
Sattel 0,90, 1,50. Sättel 1,60, 2,50
Motorräder 190, 250, 375, 450, 550
Händlergen 0,50. Motordecken 9.—
Reparatur, billigst, schnell, haltbar.
Radrahmenbrüche 3,50. Umreifung 3,50
Radradialog 77 Pf. Motorradkatal. 77 M. anal. u. fr. Wiederhol. Radial.
Willi Hausscherr, Berlin 77, Alte Jakobstr. 93, an der Seebelitz.

Krankenfahrräder all. Systeme

jünglich von 25 R. an, auch leihweise unter günstigsten Bedingungen.
Koppische Krankerwagen, Eisasser- straße 95. 116/4*

Planino 30 R. u. vert. Gerichstr. 32

PINOL
verteilt
Ungeziefer aller Art,
in Haus u. Hof, Feld u. Garten.
GEBRÜDER KRAYER, MANNHEIM
Zu haben in den einschläg. Geschäften.

Zentralverband der Steinarbeiter

Berlin I.
Freitag, den 15. Juni 1906, abends 8 Uhr:

Mitglieder-Versammlung

im Englischen Garten, Alexanderstraße 27c.
Tages-Ordnung:
1. Der Streit im Mischelkalkgebiet. 2. Verschiedenes.
Mitgliedsbuch legitimiert.
Um zahlreiches und pünktliches Besuch bitten.
Der Vorstand.

Deutscher Holzarbeiter - Verband.

Zahlstelle Charlottenburg.
Sonntag, den 17. Juni, vormittags 10 Uhr, im Volkshause, Rosenerstr. 3:

Außerordentliche General-Versammlung.

Tages-Ordnung:
1. Bericht vom Verbandsstag. 2. Anträge der Ortsverwaltung bezw. Beitragsverhöhung. 3. Wahl eines zweiten Bevollmächtigten. 4. Gewerkschaftliches und Verschiedenes.
Es ist Pflicht eines jeden Kollegen zu erscheinen.
Ohne Mitgliedsbuch kein Eintritt.
Die Ortsverwaltung.

Verband der Lagerhalter u. Lagerhalterinnen

Deutschlands. Bezirk Berlin u. Umgegend.
Sonntag, den 17. Juni, nachm. 3 Uhr, im Gewerkschaftshause, Engel-Ufer 15:

Versammlung.

Tages-Ordnung:
1. Wie verhalten wir uns den letzten Vorkommnissen gegenüber? 2. Verbandsangelegenheiten.
Gäste willkommen. Zahlreiches Besuch erwartet.
Die Ortsverwaltung.

Arb.-Radf.-Verein „Rixdorf“

Mitglied des Bundes „Solidarität“.
Den Mitgliedern zur Kenntnisnahme, daß die Tour am Sonntag, den 17. Juni, nicht nach „Rahnsdorfer Mühle“, sondern nach

Baumschulenweg zum Sportfest

Rathfindel. Korso daselbst 2 Uhr. Start: mittags 12 Uhr bei Thiel.
Der Vorstand. B. H.: Fr. Richter.

Jedes Jenensia-Rad ein Meisterwerk deutscher Technik.

Teilzahlung! Zwei Jahre Garantie!
Sozial-Räder R. 65.—, Sozial-Luxus-, Schnell, R. 100.—, Gebrauchte Räder billig! Bitte genau auf Hausnummer „23“ zu achten.

23, R. Groskurth, Berlin C., Münzstr. 23,

Blitz-Schnell

kommt man mit der Hochbahn zu Weingarten, Gitschinerstr. 72, Station im Hause. Empfehlung:
1 Posten Monats-Anzüge, 1 Posten Monats-Paletots,
1 Posten Monats-Beinkleider zu staunend billigen Preisen,
auch für korpulente Herren passend.
Dieselben sind von feinen Cavalieren und Reisenden, die nur einen Monat ihre Gelderode fragen.
Fahrgeid wird vergütet. Bitte auf Hausnummer zu achten.
5352*

Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW.

Partei-Angelegenheiten.

Wahlloos. Am Sonnabend, den 16. d. M., abends 8 1/2 Uhr, findet im Lokale von Bernese, Dönerstr. 6, die Generalversammlung des Wahlvereins statt.

Rosen. Die Genossen werden hierdurch noch einmal auf den Sonntag, den 17. Juni stattfindenden Ausflug nach Mittenwalde aufmerksam gemacht.

Berman. Am Sonnabend, den 16. Juni, abends 9 Uhr, findet im Lokale von Friedrich, Bürgermeisterstr., die Wahlvereinsversammlung statt.

Berliner Nachrichten.

Aus der Stadtverordneten-Versammlung.

Die Verteuerung der Krankenpflege macht Fortschritte. Nun hat auch die Erhöhung der Kurkosten für die in städtischen Krankenhäusern verpflegten Kinder...

Zu einer bemerkenswerten Debatte führte der Antrag des Magistrats, eine „Unterstützung für die notleidenden Deutschen Rußlands“ zu bewilligen.

Eine Frage drängt sich uns hier auf. Wenn am 21. Januar in Berlin die Kanonen losgegangen wären — würden da die Berliner Gemeindebehörden sich in gleicher Weise der Opfer angenommen haben?

Die neuen Fernsprecher Berlin-Charlottenburg und 6 werden demnächst, darauf auch 7 nach dem Berliner System ohne Kurzel und Batterie bei den Sprechstellen eröffnet.

man wird sie höchstens in den noch unregulierten Straßen der Außenbezirke vermuten. Daß auch im Innern der Stadt und in einer der besseren Straßen eine solche Reliquie aus Berlins Kanalisationsloser Zeit sich erhalten haben könnte...

Wenn Kinder in Fürsorgeerziehung kommen sollen, wird oft auf eine Weise verfahren, die nicht als die zarteste zu bezeichnen ist.

So wird uns jetzt ein Fall aus der Elisabethstraße mitgeteilt, nach dem am Dienstag in der Wohnung einer Handelsfrau zwei Kriminalbeamte erschienen, um ein fünfzehnjähriges Mädchen abzuholen.

Praktiken der Kleinbahn.

Das Fahren auf der Staatsbahn gehört gewiß nicht zu den Annehmlichkeiten für einen, der sich nicht mehr als die vierte Klasse leisten kann.

Wer zum Beispiel nach Mühlentempel fahren will, muß sich einer solchen Kleinbahn anvertrauen, und tut er das, so kann er manchmal recht sonderbare Erfahrungen machen.

Aus dem Straßengeräte.

Wier Zusammenstöße im Straßenbahnbedriebe werden vom gestrigen Tage gemeldet. Gegen 9 Uhr morgens fuhr der Straßenbahnwagen Nr. 2215 der Linie 67 an der Einmündung der Victoriastraße...

Straßenbamm überschritt, beobachtet er vor dem Grundstück Nr. 29 nicht das Herannahen einer Droschke. Der Meise wurde umgerissen und so unglücklich auf die Straße geschleudert...

Unter der Rangiermaschine. Ein schwerer Unglücksfall ereignete sich gestern abend auf dem Tempelhofer Rangierbahnhof.

Begen einer Benzin-Explosion wurde am Donnerstag die Feuerwehr (der 18. Zug) nach der Linienstraße 199a gerufen, wo in einer Fahrradhandlung die Explosion durch Fahrlässigkeit entstanden war.

Die Tat eines Geisteskranken rief gestern in der Chausseestraße eine große Aufregung hervor. Der 33jährige Wärendler Georg Ahrends begab sich gestern in eine Gastwirtschaft in der Chausseestraße und ließ sich ein Glas Bier geben.

Seine Obstruktion auf die Straße werfen. Zwei Opfer hat die Unfälle, Obstruktion auf die Straße zu werfen, gestern abend gefordert.

Ueber einen Raubmordversuch, der sich in Summ an der Nordbahn zugetragen haben soll, werden verschiedene Mitteilungen verbreitet.

Von Dresden nach Berlin übergeführt wurde am Mittwoch der wegen verschiedener Nordlaten verhaftete Max Dietrich.

Ein bedauerlicher Bauunfall ereignete sich gestern nachmittags in der dritten Stunde auf dem von der Firma Gause ausgeführten Neubau am Pariser Platz.

Ein Kommissionsschwinder auf Uhren hat zahlreiche Viehge Wäschstücke schwer geschädigt. Der Gauer, der 29jährige Wilhelm Gedas, welcher bei einem Wäschefabrikanten-Unternehmer in Köpenick beschäftigt war, hatte ein äußerst raffiniertes Betrugsmanöver erdacht...

Vermißt wird seit dem 12. d. Mts. der Bankklingling Wilhelm Königstädt, 18. Juli 1886 zu Berlin geboren. Der Vermißte ist 1,72 Meter groß, schlank, hat frische Gesichtsfarbe...

Feuerwehrbericht. In der letzten Nacht wurde die Feuerwehr nach dem Schiffbauerdamm 3 gegenüber der Weidendammer Brücke gerufen.

Arbeiter-Samariter-Kolonie. Heute abend 9 Uhr: 3. Abteilung in Schöneberg bei Obf. Reiningerstraße 8. Vortrag über Verletzungen, Wundbehandlung, Wundheilung.

Vorort-Nachrichten.

Charlottenburg. Die Charlottenburger Stadtverordneten-Versammlung nahm am Mittwoch Stellung zu dem am 24. und 25. September in Küstrin stattfindenden Brandenburgischen Städtetage...

Kolonisten, betreffend die Errichtung eines Ledigenheims und betreffend Beschaffung von Mitteln für die Erweiterung des Elektrizitätswerkes gelangten debattelos zur Annahme. Dagegen wurde die Vorlage betreffend Erbauung einer Wasserfilteranlage auf Gasanstalt II entsprechend dem Ausschusseantrage abgelehnt. Zu einer lebhaften Debatte gab der Bericht des Ausschusses über die Vorlage betreffend Erteilung des Zuschlages auf die städtische Müllabfuhr Veranlassung. Einige Hausagrarier versuchten noch in letzter Stunde mit Rücksicht auf ihre Sonderinteressen der Uebernahme der Müllabfuhr in städtische Regie Schwierigkeiten zu bereiten, allerdings vergeblich, die Vorlage wurde schließlich doch mit großer Majorität angenommen. Immerhin hat das Austreten der Hausagrarier von neuem den Beweis für die Gemeingefährlichkeit des Hausbesitzerprivilegs erbracht, die Herren haben gar keinen Zweifel darüber gelassen, daß sie ihre materiellen Interessen höher stellen, als die Mühsucht auf die Gesundheit der Einwohner.

Die Wahl des 2. Bürgermeisters für die Amtsbauer von zwölf Jahren zeitigte als Ergebnis die Wiederwahl des bisherigen zweiten Bürgermeisters Matting, auf den 40 von den 48 abgegebenen Stimmen entfielen.

Die Öffentlichkeit von hoher Bedeutung war die Besprechung der Nichtbestätigung des liberalen Stadtverordneten Dr. Penzig als Mitglied der Schuldeputation. Der Regierungspräsident hatte die Bestätigung ohne Angabe von Gründen verweigert. Der Fall ist kürzlich bei der dritten Beratung des Volksschulunterrichtsgesetzes im Abgeordnetenhaus zur Sprache gekommen, der Vertreter des Ministers erklärte, keine Auskunft erteilen zu können, da sich weder Herr Dr. Penzig, noch die Stadt Charlottenburg über die Nichtbestätigung äußern konnte. Diese Ausführung des Regierungsvertreters veranlaßten nun den Stadtverordneten Dr. v. Liszt (liberal) den Antrag auf Einreichung der Beschwerde beim Kultusminister zu stellen. Herr von Liszt ließ sich dabei von rein praktischen Gesichtspunkten leiten, er erkennt ein Bestätigungsrecht der Regierung für Mitglieder der Schuldeputation nicht an, hält auch die in dem bekannten Vorseiden Erlaß aufgestellten Grundsätze, wonach Mitglieder der sozialdemokratischen Partei nicht Mitglieder städtischer Schuldeputationen sein dürfen, für ungesetzlich, rät aber trotzdem zur Einreichung der Beschwerde, weil er auf diese Weise Auskunft von der Regierung zu bekommen hofft. Tatsächlich liegt eine solche Auskunft, wenn auch nicht in offizieller Form, bereits vor. Der Regierungspräsident hatte den Oberbürgermeister zu der Erklärung ermächtigt, daß Herr Dr. Penzig die Bestätigung aus dem Grunde verweigert ist, weil er Dissident ist und wiederholt in Wort und Schrift für die Entfernung des Religionsunterrichts aus dem Lehrplan der Volksschule eingetreten ist. Die Redner der sozialdemokratischen Fraktion Hirsch und Dr. Borchardt erklärten sich zwar mit den Ausführungen des Stadtverordneten Dr. v. Liszt im wesentlichen einverstanden, kamen aber trotzdem zu dem Schluß, daß man von einer Beschwerde Abstand nehmen und einfach Herrn Dr. Penzig nochmals oder aber einen Sozialdemokraten wählen sollte. Wenn man ein Bestätigungsrecht der Regierung nicht anerkenne, dann könne man sich logischerweise doch nicht bei derselben Regierung über eine verweigerte Bestätigung beschweren. Die Hoffnung der Liberalen, daß die Regierung ihnen eine befriedigende Antwort geben werde, konnten unsere Redner nicht teilen. Die Liberalen beharrten jedoch auf ihrem Standpunkt, und der Antrag des Stadtverordneten Dr. v. Liszt gelangte gegen die Stimmen der Sozialdemokraten zur Annahme.

In der am 8. d. M. abgehaltenen Delegiertenversammlung der Charlottenburger Gewerkschaftskommission berichtete der Obmann, Genosse Flemming, über die Stimmung in den einzelnen Gewerkschaften betreffend die Anstellung eines besoldeten Arbeitersekretärs. Da einige größere Gewerkschaften das Projekt des Ausschusses, zur Besoldung des Sekretärs eine Kopfsteuer von 60 Pf. pro Jahr aufzubringen, abgelehnt haben, solle die Sache in sich zusammenfallen. Der Ausschuss müsse demzufolge einen anderen Weg suchen, auf welche Weise den Auskunftsstudierenden gedient werden könne. Namentlich im Hinblick auf die kleinen Gewerkschaften, die noch auf schwachen Füßen stehen, sei dieses außerordentlich notwendig. — Die Genossen Wilde, Ahrens, Schmidt und Scheible stimmten diesem bei und betonten, daß der Ausschuss Mittel und Wege suchen möge, um die Sache in geordnete Bahnen zu lenken. — Zu dem Punkt: „Agitation in den Gewerkschaften für die Genossenschaftsbewegung“ hatte der Genosse Winter das Referat übernommen. Genosse Winter resümierte sich dahingehend, daß die Charlottenburger Gewerkschaften, analog den Beschlüssen des Kölner Gewerkschaftskongresses, mehr als bisher für den am Orte bestehenden Konsumverein und die Bäderei-Produktivgenossenschaft agitieren und wirken mögen. Es sei geradezu bedauerlich, daß in einer Stadt wie Charlottenburg von nahezu 7000 gewerkschaftlich organisierten Mitgliedern der Konsumverein Charlottenburg nur 1100 Mitglieder aufweise. — Genosse Flemming ersuchte die Delegierten, in ihren Versammlungen diese Materie zu besprechen und Mitglieder zu werben.

Unter „Gewerkschaftlichem“ teilte Genosse Flemming mit, daß im 8. Wahlbezirk eine Nachwahl in Sachen der verunglückten Gewerkschaftswahl vom 20. Januar cr. stattfindet. Die Nachwahl findet am Mittwoch, den 11. Juli, statt und hat jetzt der Magistrat für den Wahlbezirk A die Turnhalle der 5/8. Gemeindeschule in der Kaiserin Augusta-Allee 4a als Wahllokal hergegeben. In den beiden anderen Wahlbezirken B und C bleiben die Wahllokale dieselben.

Ueber einen Antrag der Handwerks- und Transportarbeiter: „Die Charlottenburger Gewerkschaftskommission möge sich der Berliner Gewerkschaftskommission als Unterkommision anschließen“, ging man, nachdem vom Obmann erklärt wurde, daß hierzu die Vorbedingungen noch fehlten, zur Tagesordnung über. Unentschieden fehlten die Vertreter der Buchbinder, Fleischer und Schuhmacher.

Niddorf.

Ein Rencontre mit einem Schuhmann führte den Schraubendreher Ruschowski vor das hiesige Schöffengericht. Am 2. Mai, mittags 1 Uhr, fand eine Versammlung der Metallearbeiter in der „Neuen Welt“ statt. Da der Saal bereits vor der festgesetzten Zeit überfüllt war, hielten Schaulente die Späterkommenden von dem Eintritt in den Versammlungsraum zurück. Als auch dem Schraubendreher Gottlieb Ruschowski der Eintritt verweigert wurde, soll er gewaltsam versucht haben in den Saal einzudringen. Der Schuhmann Dörwald hielt ihn jedoch zurück, indem er ihn beim Arm faßte. Hierfür verhandelte sich A. durch Verhörungen gegen den genannten Polizeibeamteten, die beleidigender Natur sein sollten. Der Staatsanwalt beantragt mit Rücksicht auf das offene Geständnis und die Unbescholtenheit des Angeklagten eine Geldstrafe von 30 M. Das Gericht erkennt unter Jubiligung mildernder Umstände auf 20 M. Geldstrafe.

Auf der Suche nach einem Verkauften. In eine seltsame Lage ist die Niddorfer Kriminalpolizei verwickelt worden. Sie hat gestern nachmittags einen dreizehnjährigen Knaben verhaftet, sucht jedoch vergeblich die Person des Verkauften zu ermitteln. Der 37 Jahre alte „Geflegenheitsarbeiter“ Hermann Thiel, Hohenzollernplatz 17 wohnhaft, hatte sich seit einigen Tagen durch seine große Freigebigkeit verdächtig gemacht. Er lebte in Sauf und Bräu und gab in vielen Lokalen den Gästen Wein und andere Getränke zum besten. Natürlich wunderte man sich über den plötzlichen Reichtum des T., und bald erhielt auch die Kriminalpolizei davon Kenntnis. Die Recherchen führten gestern nachmittags zur Verhaftung des Verdächtigen. Er war durch einen Raub in den Besitz des Geldes gekommen. Bei seiner Vernehmung gab er an, am Richardplatz sei ein unbekannter Herr an ihn herangeritten, habe ihm einen Zettel in die Hand gedrückt und ihn auch noch zu einem Glase Bier eingeladen. In einem Lokal in der Herbergstraße habe ihn der Fremde im Laufe des Gespräches zwei Portemonnaies und einen Beutel gezeigt, welche sämtlich große Mengen Geld enthielten. Während der Unterhaltung habe T. seinem Gastgeber unbemerkt die goldene Uhr geraubt, und als der letztere sich

einen Augenblick entfernte und eines der Portemonnaies auf dem Tische liegen ließ, habe er es auch an sich genommen und sei dann geflohen. In der Geldbörse fand die Polizei noch 40 M. vor. Auch die Uhr besah T. noch. Wieviel er von dem gestohlenen Gelde schon ausgegeben hatte, vermag der Verhaftete nicht mehr anzugeben. Die Kriminalpolizei ist nun bemüht, den beraubten Unbekannten zu ermitteln.

Wilmerdorf.

Der geflohene Hirtenknabe. Ein unglaublich dreister Diebstahl ist während der Nachtstunden in Wilmerdorf verübt worden. An der Vorderfront der Görardschen Villa in der Umlandstraße war als Fassaden schmück die Figur „des Hirten, die Flöte blasend“, ein mehrere Zentner schweres Bildwerk aus Metall, angebracht worden. Die Figur, welche künstlerisch von hohem Werte war und die etwa 6000 M. als Objekt repräsentierte, war auf einem Sockel durch eiserne Schrauben befestigt. Als der Besitzer morgens seine Villa ansah, bemerkte er zu seinem Entsetzen, daß die Figur verschwunden war. Trotzdem der Verkehr an der betreffenden Stelle ein äußerst lebhafter ist, hatten es dreiste Diebesgesellen fertig gebracht, unbemerkt die schwere Metallfigur vom Sockel loszuschrauben und zu entwinden. Von den Tätern fehlt bisher jede Spur.

Steglich.

Die Sammelisten für die ausgesetzten Lithographen und Stein-drucker sind bei den Delegierten der Gewerkschaftskommission und bei dem Obmann der Kommission, dem Genossen F. Döring, Steglich, Hübnerstraße 5, Seitenflügel IV. zu haben. Ueber die einlaufenden Gelder wird öffentlich quittiert. Die Gewerkschaftskommission für Steglich und Umgegend.

Ober-Schöneweide.

Die Eltern derjenigen jungen Leute, welche die Schule verlassen haben, werden erucht, ihre Söhne zu der am Freitag, den 15. Juni, abends 8 1/2 Uhr, bei Starke, Siemensstr. 5, stattfindenden Versammlung zu begleiten, welche vom Verein der jugendlichen Arbeiter Berlins veranstaltet ist. Es ist wünschenswert, dahin zu wirken, daß die jungen Leute sich um die Weiterentwicklung und Förderung ihres Wissens bemühen.

Königs-Wusterhausen.

Ein rätselhafter Fund, der auf ein Verbrechen deutet, ist vorgestern am Rottekanal bei Königs-Wusterhausen gemacht worden. Dortselbst wurden am Ufer eine schwarze Alpabluße, eine weiß-seidene Weste, beide schon getragen, ferner ein Korsett und ein M. T. gezeichnetes Hemd aufgefunden. Das Hemd war total zerfetzt und stark beschmutzt. Die die polizeilichen Feststellungen nun ergeben haben, sind die Schmutzstreifen am Hemd dadurch verursacht worden, daß sich mit demselben jemand die Stiefel gereinigt hat. Die Risse in dem Wäschelein sind frisch und gewaltsam verursacht worden. An der Stelle, wo die Gegenstände gefunden wurden, war der Erdboden zerstampft, als ob dort ein heftiger Kampf stattgefunden hat. Die gefundenen Sachen können nicht lange an jener Stelle gelegen haben, da sie trocken waren. Die Besitzinnen derselben — nach den beiden Blusen zu urteilen handelt es sich um zwei Mädchen — konnten bisher noch nicht ermittelt werden.

Spandau.

Vor dem hiesigen Schöffengericht hatten sich am Mittwoch Frau Anna Dierich, Restaurateur Fr. Böhle, dessen Ehefrau und der Schriftsteller Adolf Stern wegen Vergehens gegen das Vereinsgesetz zu verantworten. Am 16. Januar hatte der hiesige Frauen-Vereinsbildungsvorstand, deren Vorsitzende Frau Dierich ist, eine Versammlung in dem Böhleschen Lokal anberaumt, in welcher der Schriftsteller Stern einen Vortrag über Zweck und Ziele des Frauenbildungsvereins. Die Versammlung war selbstverständlich polizeilich nicht gemeldet. Am Versammlungsende ersticht der Polizeikommissar Wangelin, und trotzdem die Vorsitzende ihn aufforderte, den Saal zu verlassen, blieb er, verlangte von Frau Böhle und von der Vorsitzenden einen entsprechenden Platz und als er solchen nicht erhielt, setzte er sich an das dort stehende Klavier und machte dort Notizen. Böhle selbst war an jenem Abend gar nicht anwesend in seinem Lokal. Bei einer Nebenverhandlung des Vortragenden, die nach der Aussage des Polizeikommissars etwa gelautet habe: „Es haben sich auch Geisliche zusammengetan, um bessere Gehälter zu erzielen, wenn aber Arbeiter dies tun, dann sind sie elende Sozialdemokraten“, löste der Beamte die Versammlung auf. Auf Grund der Notizen, die der Beamte gemacht, war dann auch die Anklage erhoben. In Verhandlungstermin verlas der Kommissar die von ihm gemachten Aufzeichnungen. Der Angeklagte Stern erwiderte hierauf, daß darin sein Gedankengang nicht wiedergegeben sei. Nach etwa 2 1/2 stündiger Verhandlung verurteilte das Gericht Frau Dierich und Schriftsteller Stern zu je 15 Mark Geldstrafe. Es hielt als erwiesen, daß Stern öffentliche Angelegenheiten erörtert, woran ihn die Vorsitzende hätte hindern müssen. Außerdem wäre die Vorsitzende verpflichtet gewesen, dem Beamten einen geeigneten Platz anzuweisen. Die Böhleschen Eheleute wurden freigesprochen.

Verfammlungen.

Die ausgesetzten Lithographen und Stein-drucker hielten am Mittwoch wieder eine Versammlung ab, in der der Sachverhalt des Situationsberichts erstattete. Der Redner bezeichnete die Lage des Kampfes als überaus günstig. Zu den vor acht Tagen festgestellten Zahlen der Ausgesetzten sind nun noch 10 Stein-drucker hinzugekommen. Lithographen sind nicht weiter ausgesetzt worden. Die Unternehmer versuchen durch Inzerate die Stellen der Ausgesetzten zu besetzen, doch gelingt ihnen das nicht. Ein einziger Streikbrecher ist der Gewinn, den die Unternehmer durch zahlreiche Zeitungsinzerate davontragen. Einen neuen Vorstoß haben die Unternehmer mit einem Flugblatt gemacht, worin sie die Prinzipale, welche bisher noch nicht ausgespart haben, dringend ersuchen, die von ihnen beschäftigten Mitglieder des Senefelder Bundes nummehr aber zu entlassen. Das Ergebnis dieses neuesten Vorstoßes ist, daß eine Berliner Firma mit 7 Gehülften und eine Firma in Leipzig mit 17 Gehülften der Mahnung der Scharfmacher Folge leisteten. Die Hoffnung der Unternehmer, daß infolge der Verlegung des Frankfurter Landgerichts die Ausgesetzten nicht hinreichend unterstützt werden könnten, hat sich als trügerisch erwiesen, da durch andere Gewerkschaften Mittel genug zur Verfügung gestellt worden sind, um den Kampf auszuhalten, selbst wenn er noch viele Wochen dauern sollte. — Die 31 Kläger, welche die Verlegung des Frankfurter Landgerichts veranlaßt haben, versichern jetzt in einem Flugblatt, sie hätten die Tragweite ihres Vorgehens nicht voraussehen können, sie würden die Gewerkschaftskasse des Senefelder Bundes freigeben. Der Referent meinte hierzu, es scheine zweifelhaft, ob dies angänglich sei, aber selbst wenn es möglich wäre, die gerichtliche Verfügung soweit aufzuheben, daß die Gelder des Senefelder Bundes frei werden, so bliebe doch immer die Tatsache bestehen, daß die Verlegung doch die gewerkschaftliche Tätigkeit des Bundesvorstandes lahm lege. Das Vorgehen der 31 Kläger bleibe also nach wie vor ein Streich, der sich als Verrat der Arbeiterorganisation darstelle und der deshalb nicht scharf genug verurteilt werden könne, wenn auch die 31 Kläger, veranlaßt durch den Sturm der Entrüstung, den ihr Vorgehen in der ganzen deutschen Arbeiterschaft hervorgerufen hat, ihre Handlungsweise jetzt in einem weniger ungünstigen Lichte erscheinen zu lassen sich bemühen. — Im Laufe der Diskussion wurden Einzelheiten aus verschiedenen Verhältnissen angeführt, die erkennen lassen, daß es den Unternehmern nicht möglich ist, auch nur die notwendigsten Arbeiten durch die ihnen verbliebenen Arbeitskräfte fertigstellen zu lassen.

Verband der städtischen Arbeiter. Die Sektion der Strassenreiner hielt am 11. Juni eine zahlreich besuchte Versammlung in den Arminalhallen ab. Verbandssekretär Dittmer erstattete den Bericht vom Verbandsstage. Für das Weidchen des Verbandes wichtige Angelegenheiten, Grenzfreiteilungen, Taktik und Statuten-

Beratung fanden in Mainz eingehende Würdigung. Besonders die von den Mitgliedern geforderte schärfere Taktik gegenüber den Stadtverwaltungen übte ihren Einfluß auf die Beratungen aus. Die Umänderung der Statuten ergab den weiteren Ausbau der Unterstützungsabteilung. Außerdem sind Einrichtungen festgelegt für vermehrte Agitation. Alles das bedingte eine Erhöhung der Beiträge von 20 auf 25 Pf., für Berlin einschließlich des Ortszuschlages auf 40 Pf. Den Ausführungen wurde debattelos zugestimmt. Hierauf nahm die Versammlung Stellung zum letzten Flugblatt des Ortsvereins. Diese Hirsch-Dundersche Arbeit von Organisation versucht bei passenden und unpassenden Gelegenheiten im Trüben zu fischen und glaubt die Beitragsverhöhung, sowie die Abwehrlichkeit des Obmannes des Arbeiter-Ausschusses dazu benutzen zu können. Die Gesamtheit, sowie einzelne Kollegen zu demütigen, scheint vornehmste Aufgabe jener Ausschüsse zu sein. Die Versammlung protestierte in einer Resolution gegen das Gebahren des Ortsvereinsvorsitzenden und verpflichtete sich durch treue Mitarbeit für den Verband den Hirsch-Dunderschen Passionen ein Ende zu bereiten.

Vermischtes.

Uegen die Automobilfabrikerei,

wie sie in der eben beendeten Herkomerfahrt zum Ausdruck kam und an der sich auch der Bruder des Kaisers, der Prinz Heinrich beteiligte, wendet sich die „Deutsche Volkswirtschaftliche Korrespondenz“ wie folgt:

Verschiedene Todesfälle, schwere Körperverletzungen und großer Materialschaden, das sind, wenn die Tageszeitungen wahrheitsgemäß berichten haben, die einzigen Ergebnisse der Herkomer-Konkurrenz. Denn darüber sind alle Techniker einig, daß die Automobilindustrie bei ihrem heutigen Stande irgend welcher Massenfahrten, mögen sie nun Sicherheits- oder Schnelligkeitsfahrten genannt werden, zur Erprobung ihrer Leistungsfähigkeit nicht mehr bedarf. Vor fünf oder zehn Jahren war es in dieser Beziehung allerdings noch anders, aber jetzt liefert die Industrie betriebssichere Fahrzeuge, wenn sie in den Händen von kundigen und vorichtigen Fahrern sind. Also, vom technischen Standpunkte aus war die Automobilfabrikerei vollständig zwecklos, wohl aber hat sie den Automobilfeinden, besonders den Reichstagsmitgliedern, die ein weitgehendes Haftpflichtgesetz für Motorwagenbesitzer schaffen wollten, neues, schwerwiegendes Material für ihre Anschauungen geliefert, sie hat mit einem Worte den ersten Automobilismus in der schärfsten Weise diskreditiert. Betrachten wir nun die Veranstaltung vom sportlichen Standpunkte, so ist das Resultat kein besseres. Wohl war, worauf der leitende Verein, der Kaiserliche Automobilklub, in verschiedenen Pressenotizen hinwies, die Zahl der Teilnehmer eine verhältnismäßig große, aber qualitativ stand ein Teil derselben auf einem sehr niedrigen Niveau als Sportleute, wie namentlich seitens der ausländischen Mitfahrer sehr scharf hervorgehoben wurde. Auf verschiedenen Etappen trat eine vollständige Disziplinlosigkeit zutage und bedingte auf Veranlassung einer hohen Persönlichkeit die strengsten Maßregeln, oft noch ohne Erfolg. Durchschnittsgeschwindigkeiten bis zu etwa 70 Kilometer in der Stunde setzten Leben, Gesundheit und Eigentum der Passanten auf den nicht abgeperrten Straßen in die größte Gefahr und forderten tatsächlich unabhängige schwere Opfer. Da nun im Interesse der öffentlichen Sicherheit doch entschieden die Forderung aufgestellt werden muß, daß dergleichen Rennenfahrten in Zukunft von den öffentlichen Wegen ferngehalten werden. Wenn die Automobilwüteriche, wie die Gladiatoren in der antiken Arena und die Artisten im Zirkus, ihren Kopf aufs Spiel setzen wollen, dann mögen sie es tun, aber jeder Staatsbürger kann mit Recht einen hinreichenden Schutz gegen solche Auswüchse des Sportpekus verlangen. Die dem Bundesrat augenblicklich vorliegende Reichsverkehrsordnung für Kraftfahrzeuge kann hier leicht Wandel schaffen, sie kann die sportmäßigen Automobilfahrten in Reunbahnen oder auf vollständig abgeschlossene Straßen verbieten. . . Wir können in Veranstaltungen mit den Begleitscheinungen der letzten Herkomer-Konkurrenz keinen Nutzen für unsere vaterländische Industrie und kein erfreuliches Zeichen unserer fortschreitenden Kultur erblicken. Wir wünschen vielmehr — und darin wissen wir uns einig mit dem größten Teile der Bürgerschaft und den ersten Förderern des Automobilismus — entweder eine vollständige Beseitigung derselben oder einen hinreichenden Schutz für Leben, Gesundheit und Eigentum unserer Mitbürger.“

Ob's was hilft? Wir machen ein großes Fragezeichen.

10 Matrosen ertrunken. Der Dampfer „Neuse“, der von der spanischen Küste kam, ist in der Nordsee gesunken. Es heißt, er ist von einem Kriegsschiff gerammt worden. 10 Mann der Besatzung sind ertrunken, 5 gerettet.

Geheimnisvolle Sterbefälle.

In London ist ein Ausschuss ernannt worden zwecks Untersuchung über den geheimnisvollen Tod von 16 Personen in Hull. Man vermutet, daß dieselben durch den Genuß von amerikanischem Konservenfleisch vergiftet worden sind. Mehrere 100 Kilogramm Konserven wurden vernichtet.

Die Soldaten des ersten Infanterieregimentes, welches in Rathurst in Garnison steht, haben sich geweigert, amerikanisches Konservenfleisch zu essen. Ihr Weisheits wird von den meisten übrigen englischen Regimenten befolgt werden. Die Soldaten züchten es vor, kein Fleisch zu essen und verlangen, daß das Konservenfleisch vor dem Gebrauche sowohl von einem Zivil- wie von einem Militärarzt untersucht werde. Wie verlautet, hat der Kriegsminister beschlossen, den Wünschen der Soldaten Rechnung zu tragen.

Ein gewaltiger Brand wird aus Tripolis, 14. Juni, gemeldet. Einem Telegramm aus Ben Ghazi zufolge brach dort im Bazar Feuer aus. 140 Läden sind ausgebrannt. Viele Läden wurden, während das Feuer um sich griff, ausgeplündert.

Explosion auf einem Schiffe. Liverpool, 14. Juni. An Bord des kürzlich aus America hier eingetroffenen Schiffes „Haberford“ hat eine Explosion stattgefunden, die meilenweit zu hören war. Das Schiff, dessen ganzes Deck aufgerissen worden ist, wurde durch die Explosion in Brand gesetzt, doch gelang es, dem Feuers Herr zu werden. Man meint, daß die Explosion, bei der neun Personen getötet und etwa vierzig verletzt worden sind, durch eine Göttemaschine herbeigeführt sein könnte.

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet wochentäglich von 7 1/2 bis 9 1/2 Uhr abends statt. Geöffnet 7 Uhr. Sonnabends beginnt die Sprechstunde um 6 Uhr. Jeder Anfrager ist ein Buchstabe und eine Zahl als Rückzeichen beizufügen. Briefliche Antwort wird nicht erteilt.

Widrig. 47. Sie müssen beim Gewerbeamt entweder beantragen, die Vermögensverteilung vorzunehmen oder um Uebermittlung eines vollstreckbaren Erkenntnisses ersuchen und dann einen Gerichtsvollzieher mit der Pfändung beauftragen. Gesellschaften, wie Sie sie beschreiben, sind nicht zu empfangen; wir müssen es ablehnen, eine Firma zu nennen. — M. R. 1. Ohne den Vertheidiger selbst zu nennen, ist es unmöglich, anzugeben, ob die Berechnung zutrifft. 2. Die Klage wäre ansichtslos, da die Berufsgenossenschaft nach ihrer Darstellung eintritt. 3. Ihre Braut wäre zur Anmeldung des Gewerbes verpflichtet; die von ihr Beschäftigten sind imallden- und trenntrenntverpflichtet. — G. 231. In beiden Fällen müssen Sie bei dem Amtsgericht eventuell anfragen. Soweit ersichtlich, steht den betreffenden Leuten kein Anspruch auf Lohn an, weil der Vormund das Gegehrte ausgemacht zu haben scheint. — G. K. Kelle. Leider sind Sie nicht berechtigt, das Kind vom Religionsunterricht dispensieren zu lassen. Sie können aber eine andere Religion bestimmen. — G. Z. M. Der Beitrag ist in dem Katalog der Berggenossenschaft aufgeführt. Diese würde aber voraussichtlich keine Auskunft geben.

Berliner Marktpreise. Aus dem amtlichen Bericht der städtischen Marktpolizei-Direktion. Rindfleisch Ia 64-68 pr. 100 Pfund, Ha 54-64, IIIa 50-58, IVa 44-50, engl. Bullen 0,00, dan. Bullen 0,00, boll. Bullen 0,00. Kalbfleisch, Doppelländer 105-120, Ia 85-90, Ha 70-80, IIIa 60-68. Hammelfleisch Ia 72-77, Ha 64-70. Schweinefleisch 62-68. Kaninchen per Stück 0,50. Hühner, alte, Stück 1,80-3,15, junge, per Stück 0,60-1,10. Tauben, junge 0,35-0,50, alte 0,00. Enten, prima, per Stück 0,90-0,00, Hamburger, junge, per Stück 2,00-3,25. Gänse, junge, per Pfd. 0,60-0,70, per Stück 3,00 bis 4,50. Gänse 88-110. Schafe 102-114. Weiz. 55. Kle. groß 0,00-0,00, mittel 113-116, klein 0,00, unsort. 89-106. Blößen 0,00. Flunders, pomm. I, p. Schod 3,00-9,00. Kieler, Stiege Ia 4-6, do. mittel, per Stiege 2-4, do. klein, per Stiege 0,00. Büdingen, holl. per Ball 0,00. Kieler 2,00-4,00. Straßlunder 6,00. Kle. groß, p. Pfd. 1,10-1,30, mittel 0,80-1,00, kl. 0,50 bis 0,60. Sprossen, Kieler, 2 Ball 0,00, 15- per Riste 0,00. Sardellen, 1902er, per Unter 82,00, 1904er 80,00, 1905er 00,00. Schottische Rollheringe 1905 0,00, large 40-44, full 36-38, med. 35-42, deutsche 37-44. Heringe, neue Matjes, per 7/8, To. 60-120. Nimmern, Ha, 100 Pfd. 0,00. Krebse, per Schod, große 00,00, mittel 21,50, kleine 9,00, unsortiert 9,00-23,00. Eier, Land, per Schod 3,50, frische 0,00. Butter per 100 Pfund, Ia 109-112, Ha 102-109, IIIa 100-102, abfallende 95-100. Saure Gurken, Schod 3,75-4,25 R., Pfeffergurken 4-4,25 R., Kartoffeln per 100 Pfd. magna bon. 2,40-2,80, rote Dabersche 2,40,

runde weiße 2,40, Italia 0,00, Sommer-Malia 10-11,50, franz. 0,00, ital. 4,50-7,00, ung. 3,50-4,50. Speck, per 100 Pfd. 15-20, Karotten 2 bis 3,50. Rohrrüben, per Schod. 3-3,50. Kohlrabi, per Schod 0,75 bis 1,00. Rettig, bayr., per Schod 2,40-4,80. Rhabarber, Hamb., per 100 Pfd. 0,00, Bergedorfer 0,00. Rabieschen, per Schod. 1,25. Salat, per Schod 1,00-1,50. Gubener, per Schod 0,00. Spargel I, per Pfd. 0,25-0,35, II 0,16-0,20, III 0,02-0,10, Berliner I 0,35-0,42, II 0,15 bis 0,20, III 0,08-0,12. Bruchspargel 0,00. Bohnen (grüne), per 100 Pfd. 70-100. Schoten, hiesige, per 100 Pfd. 15-20, Gubener 0,00. Pfefferlinge per Pfd. 0,25-0,35. Rirschen, ital., per 100 Pfd. 18-25, franz. 0,00. Gubener 15-20, Berbersche 12-18, schlef. 8-15. Heidelberger 0,00. Erdbeeren, holl. per 100 Pfd. 30-40, franz. per Pfd. 0,25-0,40, Berliner, per Pfd. 0,35-0,42, Berbersche, per Pfd. 0,25-0,40, Dresdener, per Pfd. 0,80, hiesige, Halb- per Pfd. 0,60-0,70. Zitronen, Messina, 300 Stück 8,00-10,00, 360 Stück 6,75-9,00, 200 Stück 6,50-9,00, 420 Stück, klein 7,00.

Wasserstand am 13. Juni. Elbe bei Ruffig + 0,17 Meter, bei Dresden - 1,15 Meter, bei Nagbedung + 1,56 Meter. - Unstrut bei Strahfurt + 2,15 Meter. - Oder bei Ratibor + 2,33 Meter, bei Breslau Oberpegel + 5,20 Meter, bei Breslau Unterpegel - 0,64 Meter, bei Frankfurt 00 Meter. - B. e. i. d. e. l. bei Traßmünde + 3,04 Meter. - B. a. r. t. e. bei Bosen + 0,70 Meter.

Witterungsübersicht vom 14. Juni 1906, morgens 8 Uhr.

Stationen	Barometer-stand mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. in Grad. C.	Stationen	Barometer-stand mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. in Grad. C.
Emmende	755	SW	3 wolfig	14	Dapozanba	760	SW	2 heiter	12		
Hamburg	758	SW	5 bedeckt	11	Petersburg	756	SO	2 wolfig	18		
Berlin	757	SW	3 bedeckt	11	Scilly	765	0	2 bedeckt	14		
Frankfurt	760	SW	3 bedeckt	12	Harben	765	SW	3 bedeckt	10		
München	758	SW	2 wolfig	14	Paris	763	SO	4 bedeckt	10		
Wien	756	SW	3 bedeckt	14							

Wetter-Prognose für Freitag, den 15. Juni 1906.
Ein wenig wärmer, teilweise aufklarend, vorwiegend noch trübe bei mäßigen westlichen Winden, keine erheblichen Niederschläge.
Berliner Wetterbureau

Teures Fleisch — billige Seefische!!

Bester Fleischersatz, schmackhaft und durch hohen Nährwert sich auszeichnend!
Große Fänge in lebendfrischer Ware sind soeben eingetroffen.

Deutsche Dampffischerei-Gesellschaft „Nordsee“

Filiale: Berlin C. 2, Bahnhof Börse, Bogen 8-10.
Zentral-Fernsprecher: Amt III No. 8304.
Seefisch-Kochbücher gratis.
Verkaufs-Niederlagen:
Prinzenstraße 30 | Madaistraße 22 | Landsbergerstraße 52-53
(am Moritzplatz) | (im Schloßischen Bahnhof) | (der Kurzenstr. gegenüber)
Vom Mai bis August inkl. bis 8 Uhr abends, außer Sonnabends, geöffnet.

Gr. Schellfisch

mit Kopf im Ganzen 20 Pf.
25 ohne Kopf im Ganzen 23 Pf.
25 mit Kopf im Gans. 20 Pf. im Anschnitt.
Bratschellfische | **25** Pf.
Bratflundern | **25** Pf.
Alle übrigen Sorten Seefische zu billigsten Tagespreisen.

Theater.

Freitag, den 15. Juni.
Anfang 7 1/2 Uhr:
Schauspielhaus, Geflüßten.
Theater Operntheater, Geflüßten.
Deutsches, Caesar und Cleopatra.
Neues. Orpheus in der Unterwelt.
Anfang 8 Uhr:
Leffing, Burlesken.
Schiller O. (Wallner-Theater).
Jugendliche. Die Dienstboten.
Schiller N. (Friedrich Wilhelmstädtisches-Theater). Die Nacht der Jäger.
Kleines. Ein idealer Gatte.
Berliner. Die lustige Witwe.
Komische Oper. Hofmanns Erzählungen.
Zentral. Nanon.
Lustspielhaus. Das Fest der Handwerker. Vorer: Die Verlobung bei der Laterne.
Thalia. Hochparterre links.
Metropol. Was ins Betropol.
Hippok. Das blaue Bild. Spezialitäten.
Carl Weiß. Der Weg des Märtyrers.
Wintergarten. Tortajada. Spezialität.
Wassage. Billy Brager. Spezialität.
Reichshallen. Stettiner Sänger.
Urania. Taubentanz 48/49.
Abends 8 Uhr: Der jüngste Ausruch des Vesuvus.
Sternwarte, Invalidenstr. 57/62.

Urania

Taubenstr. 48/49.
Täglich abends 8 Uhr:
Der jüngste Ausruch des Vesuvus.
Sternwarte Invalidenstr. 57/62.
ZOOLOGISCHER GARTEN
Heute nachmittag 4 Uhr:
Großes Militär-Konzert.
Eintritt 1 R., v. 6 Uhr ab 50 Pf.
Kinder unter 10 Jahren die Hälfte.

Schiller-Theater.

Schiller-Theater O. (Wallner-Theater).
Freitag, abends 8 Uhr:
Jugendliche.
Lustspiel von Adolf Wildbrandt.
Vier auf: Die Dienstboten.
Lustspiel von Roderich Benedix.
Sonnabend, abends 8 Uhr:
Eröffnung der Formis-Oper.
Die Afrikanerin.
Sonnabend, nachm. 3 Uhr:
Martha, oder: Der Markt zu Richmond.
Sonntag, abends 8 Uhr:
Der Trompeter von Säckingen.
Schiller-Theater N. (Friedr.-Wilh. Th.).
Freitag, abends 8 Uhr:
Die Nacht der Finsternis.
Schauspiel in 5 Akten v. Leo R. Tollst.
Deutsch von Raphael Löwenfeld.
Sonnabend, abends 8 Uhr:
Heiratslustig.
Sonntag, nachm. 3 Uhr:
Flachmann als Erzieher.
Sonntag, abends 8 Uhr:
Heiratslustig.
Im Garten tägl. gr. Militär-Konzert.

Achtung! Sonnabend, den 16. Juni, abends 8 Uhr, Achtung!
in Bokers Festsälen, Weberstr. 17:
Gr. Sommernachts-Ball
veranstaltet von den Parteigenossen des
Sozialdemokrat. Agitationsvereins für den Wahlkreis
Arnswalde-Friedeberg. 282/11
Herrenbillets inkl. Tanz 50 Pf., Damenbillets 25 Pf. beim
Genossen Paul Thimm, Tilsiterstr. 79.
Alle Landsleute, Parteigenossen und Gönner des Vereins ladet freundlich ein.
Der Vorstand.

Berliner Theater.

Sollst. des Reuen Operntheaters
aus Hamburg (Direktor Max Knoff).
Die lustige Witwe.
Anfang 8 Uhr.
Am 16. Juni finden die Aufführungen von „Die lustige Witwe“ im
Lessing-Theater statt. — Sonnabend,
16. Juni: Gastspiel Maria Pospischil.
Neues Theater.
Anfang 7 1/2 Uhr.
Orpheus in der Unterwelt.
Kleines Theater.
Anfang 8 Uhr.
Ein idealer Gatte.
Morgen:
Ein idealer Gatte.
Neues kgl. Operntheater
(Kroll). Anfang 7 1/2 Uhr.
Heute geschlossen!
Sonnabend, den 16.: Gastspiel
d'Andrade, Lilli Lehmann und Bella
Alten: Don Juan.
Vorverkauf im kgl. Opernhaus,
Schaller II, A. Wertheim und In-
validendank.
Komische Oper.
Sommerspielzeit 1906.
Hoffmanns Erzählungen.
Sommerpreise.
(Keine Vorverkaufsgelder).
Anfang 8 Uhr.
Apollo-Theater.
Das große Spezialitätenprogramm:
Duo Paulus, Holländisches Duett.
Miss Carma, Transform. Länglein.
Das blaue Bild v. Paul Lincke.
Kumpsti-Bumsti, Recé und
Privost.
La Matschie, Mexikanischer Tanz.
Ein Abend in einem ameri-
kanischen Zingel-Tempel.

Zentral-Theater.

(Operette). 8 Uhr:
Nanon. Operette in
drei Akten.
Lustspielhaus.
Täglich 8 Uhr:
Das Fest der Handwerker.
Vorer: Die Verlobung bei der Laterne.
Metropol-Theater
Anfang 8 Uhr.
!Anf - in's Metropol!
Große Jahresrevue mit Gesang u.
Tanz in 9 Bildern v. Jul. Freund.
Musik von Viktor Hollaender.
Rauchen überall gestattet.

Schweizer Garten.

Am Königstor — Am Friedrichshain 29/32.
Täglich:
Theater-Vorstellung, Spezialitäten und Ball.
Zum Schlag: Die Sonntagsbraut.
Diez' Spezialitäten-Theater.
Landsberger Allee 76/79 (Ringbahnstation).
Ob schön! Im herrlichen Garten oder Saal: Ob Regen!
Täglich: Gr. Konzert, neue Spezialitäten
und Ball. Das größte und beste Programm Berlins.
u. a.: La Matschie! mexikanischer Tanz, ausgeführt vom besten
Tanzduett Jeannette und Vallis.
Erich Sämilch, bester Stummstücker. Robert und Bertram,
das berühmte Grotesk-Duett. Josephine Delilleau, das weltliche
Luststück. Die Wunder der Turfanst: The tree Burtons und
The Eirados, komische Redner. Die Teufelsmaier??
Franz Meißner? der vorzüglichste Humorist, usw.
Kaffeeküche. Volkabelustigungen aller Art.
Anfang 4 Uhr. Entree: Wochentags 20 Pf., Sonntag 30 Pf.

H. Zimmermann

Berlin SO. Juwelier Oranienstr. 206
Gold- und Silberwaren-Fabrik,
Uhren-Großhandlung. 277L
Eigene Werkstatt für Neuarbeit u. Reparatur.
Strong reell. — Billigste Preise.

Berliner Theater.

Sollst. des Reuen Operntheaters
aus Hamburg (Direktor Max Knoff).
Die lustige Witwe.
Anfang 8 Uhr.
Am 16. Juni finden die Aufführungen von „Die lustige Witwe“ im
Lessing-Theater statt. — Sonnabend,
16. Juni: Gastspiel Maria Pospischil.
Neues Theater.
Anfang 7 1/2 Uhr.
Orpheus in der Unterwelt.
Kleines Theater.
Anfang 8 Uhr.
Ein idealer Gatte.
Morgen:
Ein idealer Gatte.
Neues kgl. Operntheater
(Kroll). Anfang 7 1/2 Uhr.
Heute geschlossen!
Sonnabend, den 16.: Gastspiel
d'Andrade, Lilli Lehmann und Bella
Alten: Don Juan.
Vorverkauf im kgl. Opernhaus,
Schaller II, A. Wertheim und In-
validendank.
Komische Oper.
Sommerspielzeit 1906.
Hoffmanns Erzählungen.
Sommerpreise.
(Keine Vorverkaufsgelder).
Anfang 8 Uhr.
Apollo-Theater.
Das große Spezialitätenprogramm:
Duo Paulus, Holländisches Duett.
Miss Carma, Transform. Länglein.
Das blaue Bild v. Paul Lincke.
Kumpsti-Bumsti, Recé und
Privost.
La Matschie, Mexikanischer Tanz.
Ein Abend in einem ameri-
kanischen Zingel-Tempel.

Bernhard Rose-Theater

Gesundbrunnen, Badstraße 58.
Täglich das Rieschen-Programm.
Die Gauklerin.
The Alkers
Nania Troupe
Wallenos
Rivoli
Fox
Francis
Im Saal: Großer Ball.
Anf. 4 1/2 Uhr. Entree 30, num. Pl. 50 Pf.
Carl Weiß-Theater.
Gr. Frankfurterstr. 182.
Der Weg des Märtyrers.
Schauspiel in 5 Akten von Carl Hoff.
Anf. 8 Uhr. Morgen: die. Vorerbeleg.
Im Garten täglich:
Große Spezialitäten-Vorstellung.
Anfang 5 1/2 Uhr. Entree 25 Pf.

Max Kliems Sommer-Theater.

Masenhelds 13-15. Artistische Leitung: Paul Milbitz.
Täglich: Großes Konzert, Theater
und Spezialitäten-Vorstellung.
Jeden Montag: Sommerfest. — Jeden Mittwoch: die beliebtesten
Kinderfeste. — Jeden Donnerstag: Elite-Tag.
Die Kaffeeküche ist täglich von 2 Uhr ab geöffnet.
2 hochlegante Regeldamen, Bäckerbuden, Konditorei, Blumenstand etc.

Wintergarten

Das neue glänzende
Juni-Programm.
Sanssouci-Kottbusser
Sonntag, Montag, Donnerstag.
Hoffmanns Nordd. Sänger
und Tanzkapellen.
(Stets reichhaltiges Progr.)
Entr. 30 Pf., num. Pl. 50 Pf.
Sonnt. Beg. 5. Wochent. 8 U.
Im Vorgart: Freikonzert.
Morgen Sonnabend:
Hoffmanns Nordd. Sänger.
Volksgarten-Theater.
Sadstr. 8 (Behm- u. Reffemannstr.)
Täglich:
Konzert, Theater u. Spezialitäten.
Jed. Mittwoch: Gr. Kinderfreudenfest.
Jed. Donnerstag: Gr. Brill-Feuerwerk.
Volkabelustigungen aller Art.
Die Kaffeeküche ist u. 1 Uhr an geöffnet.

Apollo-Theater.

Das große Spezialitätenprogramm:
Duo Paulus, Holländisches Duett.
Miss Carma, Transform. Länglein.
Das blaue Bild v. Paul Lincke.
Kumpsti-Bumsti, Recé und
Privost.
La Matschie, Mexikanischer Tanz.
Ein Abend in einem ameri-
kanischen Zingel-Tempel.

W. Noacks Theater.

Direktion: Rob. Dill. Blumenstr. 16.
Auf vielfachen Wunsch!
Nur einmalige Wiederholung!
Stammt der Mensch vom Affen ab?
oder: Die Darwinianer.
Vorh. die erstklassige Spezialitäten!
Anfang 6 Uhr.
Fröbels Allerlei-Theater
Schönhäuser Allee 148.
Täglich: Konzert, Theater,
Spezialitäten,
Ball.
15 Attraktionen ersten Ranges 15.
Berlin, wie es lebt u. liebt.
Vollständ. in 3 Akten von Wänders.
Anfang 4 Uhr. Entree 30 Pf.

Passage-Theater.

Anfang 8 Uhr.
Das glänzende Juni-
programm.
Willy Prager
= 14 =
erstklassige Spezialitäten.
Reichshallen.
Stettiner Sänger.
Anfang: Wochentags
8 Uhr, Sonntags 7 Uhr.
Sonnabend,
den 16. Juni:
Benefiz
für Paul
Britton
zur Feier
seiner
Wigligesellschaft bei d.
Stettiner Sängern.
Täglich von 4-8 Uhr nachm.
findet Probewaschen mit den welt-
berühmten patentierten Wasch-
maschinen, Ringmaschinen und
Waschpulver „Ruhperle“ von dem
größten Spezial-Fabrik-Geschäft
der Welt „Karl Kampmann jr.,
G. m. b. H., Rülheim-Kuhf“
statt. — Heinrich Lohbeck, Berlin
N., Invalidenstr. Nr. 142, Hof,
Quergebäude.

Gstbahn-Park

Am Küstnerplatz, Rüdersdorferstr. 71.
Hermann Imbs.
Täglich:
Gr. Konzert, Theater- und
Spezialitäten-Vorstellung.
Dobersteins
Crystal-Palast
Prinzenstr. 94.
Täglich: Gesellschafts-Abend.
Entree und Garderobe frei.
Jeden Donnerstag u. Sonnabend
Damen-Verein.
Jeden Sonnabend: Extra-Ball.
Ausflüglern
empfehlen wir folgende
Spezial-Karten
der
Umgebung Berlins.
Bernau-Vielentbal, Sante-Vielentbal-
und
Sandh-See 1 R.
Buckow u. Umgebung mit angehängtem
Fährer 75 Pf.
Eberswalde und Umgebung
75 Pf. und 1 R.
Erft und Umgebung 75 Pf.
Ferienwalde-Fallenberg 75 Pf.
Ferienwalde, Britzen, Oberberg,
Großdomm 1 R.
Friedrichshagen, Köpenick, Grünau,
Schmöden 75 Pf.
Grünwald und westliche Vororte,
2, 3, 5 u. 8-farbig, 25, 50, 75 Pf.
und 1 R.
Königs-Busterhausen und Umgebung
5-farbig 1,50 R.
Nördliche Vororte, Spandau, Tegel
usw. 1 R.
Potsdam und Umgebung 75 Pf.
Potsdam und Bieder 1 R.
Rüdersdorfer Waldberge, Umgebung
von Woltersdorf u. Ortner 75 Pf.
Spreewald mit prachtvollem Touristen-
fährer 75 Pf.
Strausberg u. der Havel 1 R.
Tegel und Umgebung 75 Pf.
Weiter empfehlen wir:
Wanderbuch für die Wart
Brandenburg. 8 Bände. Zu-
kommen 6,00 R.
I. Teil: Nördliche Umgebung Ber-
lins, umfasst die Gegend von
Goldham, Spandau, Oranienburg,
Königs-Busterhausen 1,50 R.
II. Teil: Westliche Hälfte der Um-
gebung Berlins bis Branden-
burg a. H., Stendal, Tangermünde,
Rau-Heppin, Neu-Strelitz 2,00 R.
III. Teil: Ostliche Hälfte der Um-
gebung Berlins bis Eberswalde,
Frankfurt a. O., Schwedt, Küstrin,
Lübben, Spreewald, Müssau 2,50 R.
Diese Wanderbücher bieten prächt-
volle Schilderungen der Mark, viele
detaillierte Karten und Pläne und sind
so dem Wanderer ein zuverlässiger
Fährer und Berater. 231/7
Expedition des Vorwärts
BERLIN SW. 68
Lindenstraße 69 (Aden).
Stepdecken
Schligt direkt in der
Fabrik
72. Wallstr. 72.
Noch alte Stepdecken aufgearbeitet
werden. Verward Strohmabe,
Berlin Ka. Muster. Katalog gratis.

Dankfagung.

Für die herzliche Teilnahme und Kranzspenden bei der Beerdigung meines lieben Mannes sage ich allen Freunden und Bekannten sowie dem Beerdiger der Berliner Beerdigungsmitteln meinen herzlichsten Dank. 22866

Witwe **Aug. Höfig** geb. **Reitschlag.**

Prater-Theater

Stationen-Allee 7/9.
Täglich: **Amor von heute.**
Wohling, Humor. Varadi-Duett. Dorrington-Family. Kunsttrab-ler. Livrä, Drahtseil. Die Einbrecher von New York, Cont. The Piccad. Konzert. Ball. Anfang 4 Uhr. Eintritt 50 Pf. Nummerierter Platz 50 Pf.

Welt-Ausstellungs-Biograph (St. Louis)

Theater lebender Photographien mit abwechselndem **Abnormitäten-Programm.** Verbindung mit größter Film-Fabrik Frankreichs, daher täglich neueste Bilder. Den ganzen Tag Vorstellung. Vereinen und Gesellschaften bestens empfohlen.

Otto Pritzkow,

Münzstraße 16.

Bestes Teilzahlungs-Geschäft für kein Laden. Brennabor.

Bestes Teilzahlungs-Geschäft für kein Laden. Brennabor. Räder. Günstigste Bedingungen. Berlin SO., Louis Barth, Brückenstr. 10a pt.

Neues Gesellschaftshaus

Neues Gesellschaftshaus. Sub.: Schlachtensee. Fiel. Aug. Käter. Schlachtensee. Fiel. 32 Min. v. Bahnh. Schenkerstr. 20.

Verkäufe.

Gardinenhaus Große Frankfurter-straße 9, parterre. 17
Fahrräder, Teilzahlungen. Berg-straße 28, Eitelstr. 40. 1509K*
Herrenfahrrad, Damenfahrrad, wie neu, 45,00. Holz. Blumen-straße 36b. 1542K*
Treppe! (schlechte) in allen Größen für die Hälfte des Wertes im Teppichlager Grün, Godeschke Markt 4, Bahnh. Börse. 283/3
Hochdruckpumpe Herrenanzüge, Sommerpaletots, die aus feinsten Stoffen gefertigt wurden, 18 bis 38,00. Herrenhosen 7-12,00 verkauft täglich, Sonntag. Deutsches Ver-kaufshaus, Jäger-straße 63, 1 Treppe.
Monatsanzüge und Sommerpaletots von 5,00 an, Hosen von 1,50 an, Gehrockanzüge von 12,00 an, Fracks von 2,50 an, sowie für fertige Figuren. Neue Herrenhosen zu laufendem billigen Preis, aus Hand-geleichen besten Stoffen. Kaufst man am vorteilhaftesten bei Röh. Müller-straße 14. 2348K*
Stropfdecken billig! Großes Frankfurter-straße 9, parterre. 11
Während des Umbaus Möbel zu außerordentlich billigen Preisen. Kleiderkabinett 23.-, Schlafzimmer 20.-, Spiegel 18.-, wunder-liche Garnituren, Sofas 40.-, ent-zückende Schlafkammer in allen Arten, wunderschöne bunte Stühle 60.-, englische Stoffe mit Reherboden 42.-. Kolossale Kassetten. Eigene Werkstätten. Möbelwerkstatt Hirschowitz, Eitelstr. 14. 1595K*
Vorhänge, Tapeten, Kette. Ge-legenheiten Möbel, Große Frank-furter-straße 45/46. 127*
Möbelwerkstatt Saffel, Frank-straße 60, verkauft billig als Laden-geschäfte, weil die hohen Bodenmieten spart. Der Möbel, Spiegel, Polster-matten, Kassetten, beständige das große Lager, Hof 1 und 2 Treppe und Keller. Rein Kaufswang. 2856b
Zwei Damenhemden mit Hand-geleiten 3,30, Herrenhemden, Viertel-längig 2,50, vollständiger Bettzeug 3,95, Ausstattungen sowie Klei-dungsstücke. Eitelstr. 21, Wladimir-straße 21. 240/9
Monatsanzüge, Sommerüber-zieher von 5 Mark an, große Aus-wahl für jede Figur, auch neue ele-gante Herrenhosen aus erster Bezugs-quelle. Schneidermeister Paul Jürken-stein. Nur Rosenhofs-straße 10. Rein Laden. Jede keine Kleider. 206/6
Treppe mit Handgeleiten, Fabrik-niederlage Große Frankfurter-straße 9, parterre. 11
Organisatorischer Redakteur: Hans Weber, Berlin. Für den Inzeratenteil verantw.: Ed. Miede, Berlin. Druck u. Verlan: Bernhards Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW.

Sozialdemokratischer Wahlverein für den IV. Berliner Reichstagswahlkreis

Sonntag, den 24. Juni, in Scheruchs Etablissement, Hasselwerder (Nieder-Schöneweide):

Großes Sommer-Fest

unter Mitwirkung des Rudervereins „Vorwärts“, Mitgliedern des Arbeiter-Radfahrerbundes „Solidarität“, Mitgliedern des Arbeiter-Sängerbundes. • **Konzert** unter Leitung der Musikdirektoren Herren H. Loppe und Jischke. Kasperle-Theater. — Kinder-Fackelpolnase. — Belustigungen aller Art.

Großes Brillant-Feuerwerk.

Am Eingang erhält jedes Kind eine Marke zur Stocklatern und eine Marke zur Schaukel oder Karussell gratis.

Die Kaffeeküche

steht den geehrten Damen sowohl vormittags wie nachmittags zur Verfügung.

Kasseneröffnung morgens 7 Uhr. — Anfang 8 Uhr. — Billets 20 Pf.

243/15 Das Komitee.

Stettin-Skandinavien

vermittelt hochelegant mit allem Komfort eingerichteter Schnell dampfer

Stettin-Kopenhagen-Christiania (via Frederikshavn) jeden Sonnabend und Mittwoch nachm. 2 1/2 Uhr.
Stettin-Kopenhagen-Göteborg jeden Dienstag u. Freitag nachm. 2 1/2 Uhr.
Prospekte gratis und franko durch 124/7*
Gust. Metzler, Stettin P. Det Forenede Dampskibs Selskab Kopenhagen.

Wenn Sie sehen könnten,

wie der Effig, den Sie genießen, oft von Bakterien umhüllt, die dem bloßen Auge nicht wahrnehmbar sind, würden Sie sich Ihren Bedarf an Effig fortan nur noch selbst bereiten. Reiches Effig-Essen ist nur in Original-Effig für 12 bezw. 6 Weinflaschen Effig zu 1,00 R. und 55 Pf. erhältlich in den Drogerien.

Otto Reichel, Berlin SO. 43, Eisenbahnstr. 4.
Man verlange und nehme nur Reichel's Effig. „Sithery“
Effig u. achte auf unverfälschte Kapselverpackung m. Marke „Sithery“

Veranlaßt durch die in letzter Zeit sehr oft vorkommenden Klagen über ganz minderwertige Nachahmung des

Dänischen Kapitän-Kautabak

welche ich darauf hin, daß derselbe nur echt ist, wenn in jedem Stück (5 u. 10 Stk.-Knoten oder Schleifen) der Zettel liegt mit Aufschrift: **Dänischer Kapitän-Kautabak** (gelesen geschäftl.). Gen.-Vert.: C. Röcker, Berlin O., Oranier Weg 112. Amt 7, 3861.
— Zu haben in den meisten Zigarrengeschäften. —

Dr. Simmel, Prinsen-

Spezialarzt für 110/9*
Haut- und Harnleiden.
10-2, 5-7. Sonntags 10-12, 2-4.

Kolonie Röntgenhöhe.

Stat. Buch, Müntzenberg, Feuer- und gesunde hohe Lage, idyll. Um-gebung, große Zukunft. Sandpark, noch billig. R. 10,00. Karte an-Verfasser auf dem Terrain. Kauf erteilt Hohenberg, N. 28, Ramlstr. 38. *

Stukkateure.

Todes-Anzeige.
Am Freitag, den 8. Juni, ver- starb unser Kollege
Rudolf Kurth
im 40. Lebensjahre nach langer Krankheit.
Chre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet statt heute vormittag 1/10 Uhr auf dem Gemeinde-Friedhofe in Reichenhagen, Röllstr. 1, von der Reichenhagenhalle.
Die Ortsverwaltung Berlin des Zentralverbandes der Stukkateure Deutschlands.

Deutscher Metallarbeiter-Verband

Berwaltungsstelle Berlin.
Todes-Anzeige.
Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Arbeiter
Hugo van Dorp
gestorben ist.
Chre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Frei- tag, den 15. Juni, nachmittags 4 1/2 Uhr, von der Reichenhagen- halle des Krankenhauses am Urban aus nach dem Rixdorscher Gemeinde- Friedhofe statt.
Regie Beteiligung erwartet 120/20 Die Ortsverwaltung.

Deutscher Metallarbeiter-Verband

Berwaltungsstelle Berlin.
Berichtigung.
Die Beerdigung des Schlossers
Paul Rosenlöcher
findet heute Freitag, nachmittags 3 1/2 Uhr, von der Reichenhagen- halle des Krankenhauses am Urban auf dem Rixdorscher Gemeinde- Friedhofe statt.
121/1 Die Ortsverwaltung.

Achtung, Genossen!

Hätte mich empfohlen für Anfertigung feiner Herren-Roben sowie Sportbekleidung nach Maß.
Fr. Winter, Gr. Frankfurter- str. Nr. 16.
Berl. Post Georgenstraße Nr. 43.

Kleine Anzeigen

Jedes Wort 10 Pfennig.
Das erste Wort (festgedruckt) 20 Pf. Stellengesuche und Schlafstellen-Anzeigen 5 Pf.; das erste Wort (festgedruckt) 10 Pf. Worte mit mehr als 15 Buchstaben zählen doppelt.

Vermietungen.

Schlafstellen.
Separate Schlafstelle für Herrn. Breuer, Eisenbahnstraße 31, vorn IV.
Möblierte Schlafstelle für Herrn. Schmidt, Bernauerstraße 46, Eingang Wollnerstraße. 152

Mietsgesuche.
Kleines möbliertes Zimmer noch vorn. SO., gesucht. Offerten mit Preisangabe unter D. 38, Exped. d. Postamt 2.

Wäschereibauer sucht ein- oder zwei-stöckiges Zimmer, wenn möglich mit Abwasserkanal, Familienanschluss erwünscht. Nähe Bahnhof Poststraße. Offerten unter S. 4 mit Preisangabe an Expedition des „Vorwärts“.

Zwei Herren suchen möblierte Schlafstelle, Südost. Offerten mit Preisangabe unter P. D. abzugeben Postamt 28. 161

Arbeitsmarkt.

Stellengesuche.
Maurermeister mit Leuten wünscht Stellung als Zementarbeiter. Offerten R. P. Postamt 2, Charlottenburg. *

Blinder Schuhmacher bietet um Arbeit. Stühle werden abgeholt und zurückgebracht. U. Gläser, Noll-straße 27. 1468b

Stellenangebote.
Automobilfahrer! Jedermann wird schnellstens zu erstklassigem Chauffeur ausgebildet. Lehrpläne kostenlos. Wünschenswerte Erfolge. Auto- mobiltechnikum Berlin, Spichern-straße 11/12. 206/2*

Schlossergehellen auf Gitter und Türen verlangt H. Dume, Charlotten- burg, Schillerstraße 97. 1622K*

Jungen-Bauer werden verlangt. Zu melden in Ober-Schöneweide. Tabackstraße 5. 1627K*

Schlosserlehrling verlangt auf- lowerstraße 6. 2383b

Grundbesitzer verlangt Goldschmied- lehrer, Rixdors, Wladimirstraße 18. 282/7*

Verschiedenes.

Kunsthandwerkerei von Frau Kolob, Charlottenburg, Goethestraße 84, I. *

Handleiche, Pringenstraße 68, täglich 8-8, Sonntag bis 2. 1429K*

Patentanwalt Wessel, Wladimir- straße 94a. 2172K*

Fahrrad gesucht, auch defekt. Preis- angabe, Beschreibungen. Große Frankfurterstraße 14, Kommerzell. *

Redakteur-Gesuch.

Für den politischen Teil der „Märk- schen Volksstimme“ in Jork wird zum baldigen Antritt — spätestens 1. Ok- tober — ein tüchtiger Redakteur ge- sucht. Bedingungen sind an den Vor- sitzenden der Prüfungskommission Paul Rubensdunst, Rotthaus, Sandow- erstraße 58, zu richten. 1528K*

Borarbeiter

oder Werkmeister für kleinere Zim- u. Bleihütte gesucht; mehrjährige Erfahrung im Schacht- und Flammofen- Betrieb Bedingung. Solche mit Kenntnis von Äschen-Ver- arbeitung bevorzugt.
Offerte mit Lebenslauf und Gehaltsansprüche sub „Ver- lässlich 482“ an die Annoncen- Expedition Rafael u. Witzel, Wien, I. Graben 28. 203/7*

Kastenmacher,

tüchtige, die auf Wagen gearbeitet haben, finden dauernde Beschäftigung bei hohem Lohn. 208/3

Ed. Hesselbein,

Pol-Wagenfabrik-Braunschweig.

Arbeitersekretär

für das zum **Braunschweig** zu eröffnende Arbeitersekretariat gesucht. Anfangsgehalt 3000 Mark. Gemeindegewandene Probearbeit über die Aufgaben eines Arbeitersekretärs beizufügen ist, bis 22. d. Mts an **Braunschweig.**
Aug. Wesemeier, Wendemannstr. 26 III.

Orts-Krankentasse

Pichtenberg.
Kassierer
per 1. August cr. verlangt. Offerten mit der Aufschrift „Kassenbote“ sind bis 30. Juni bei uns einzureichen.
Bureaubeamter,
im Krankentassenwesen durchaus be- wundert, geschäftstüchtig und selbst- ständiger Arbeiter, aber nur solcher, per 1. Oktober 1906 event. früher ge- sucht. Off. mit der Aufschrift „Bureau- beamter“ bis 15. Juli 1906 erbeten. Pichtenberg bei Berlin I, Frankfurter Chaussee 150, 274/9 Der Vorstand.

Deutsch. Buchhändlerverband

(Zastelle Berlin).
Folgende Firmen haben, weil das Personal nach der Beendigung der Aussperrung nicht regelmäßig und bedingungslos in die Betriebe zurück- kehrte, weiter respektive erneut aus- gesperrt:
G. Wabben & Co., Wilhelm-straße 9.
H. Sperling, Friedrichstr. 16.
D. Bleisteln, Friedrichstr. 16.
Lüderitz & Bauer, Mauer-straße 50.
Frische-Baumbach, Schön- neberg, Bahnhofsstr.
H. Reib, Wladimirstr. 107/8.
H. Schubert, Wilhelmstr. 121.
C. Metschke & Co., Zimmer-straße 94.
A. Schoß, Quitzamerstraße 19.
A. Schoß, Dessauerstraße.
Schneider & Ziegler, Ritterstr. 76.
Rickmann, Wilhelmstr. 121.
Nauck'sche Buchdruckerei, Stall- schreiberstraße 5.
Ad. Ludwig, Wladimirstr. 5/6.
Fleck Nachf., Wladimirstr. 57.
Kammerer, Kochstr. 67.
C. F. Walter, Wladimirstr. 16/17.
Rich. Gahl, Chaussee 2a.
Agthe, Wilhelmstr. 119/30.
Lotze & Sieler, Kochstr. 3.
Ad. Wittenburg, Wilhelm-straße 16.
Xaver Kölle, Reichenberger-straße 36.

ANZEIGEN

für die nächste Nummer werden in den Annahme- stellen für Berlin bis 1 Uhr, für die Vororte bis 12 Uhr, in der Haupt-Expedition, Lindenstraße 69, bis 5 Uhr angenommen.

Kartonnarbeiter u. Arbeiterinnen!

Kartonnarbeiter!
In der Kartonfabrik von **Ad. Lesser, Krautstraße,** sind tarif- liche Differenzen ausgebrochen. Diese Betriebe sind gesperrt! Die Firma **Aloys Sak,** Reander-straße 4 (Reanderhof) ist für Galanteriearbeiter und Arbeiterinnen wegen Differenzen gesperrt.
Achtung!
In der Firma **A. Schlob,** Alexanderstraße, sind Differenzen ausgebrochen.
Vor Arbeitsaufnahme wird gewarnt! Zuzug ist streng fernzuhalten! Erkundigungen sind auf dem Bu- reau, Engel-Ufer 15 II, Zimmer 21, einzulegen.
Die Ortsverwaltung. 24/12

Achtung! Fliesenleger!

Wegen Unforbarkeit und anderer Differenzen sind sämtliche Bauten der Firma
Schmalisch & Below
gesperrt.
Die Bauten sind:
Kochstr. 39 und 39, Bau Tischbe.
Neue Kaufstr. 1, 2 und 3 sowie der Bau Lange.
Luisenpark, Ecke Kaiser Friedrichstraße, Bau Haase.
Sadowstr. 10, Bau Hollmann.
Barbaroschstraße.
Südost, Donaustr. 83, Bau Berndt.
Berlinerstraße, Ecke Straße 12b, Bau Langsdorf und Bau Lang.
Wismarstraße, Bau Schlüsselburg.
Gleditschstraße, Bau Perold.
Ziegler Weg 105.
Klosterstraße, zwei Bauten Gunning.
Bismarck-Krankenhaus, Eitelstraße, Freiheitstraße, Bau Kölle.
Schmalischstraße, Bau Gander.
Verdigerstraße, Bau Brock.
Friedrichsberg, Mühlengasse, Ecke der Schrammstraße.
Kornstr. 10.
Es ist Pflicht jedes organisierten Kollegen, diese Bauten streng zu meiden. 144/11*
Die Zentralseitung.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Zastelle Rixdors.
Die Bauhütten von **Kastner,** Wladimirstraße 46, ist wegen Differenzen gesperrt. 83/11*
Die Ortsverwaltung.